

Editorial

Neben dem Krieg in der Ukraine hat sich die politische Lage im Nahen Osten verschärft. Gewalt wird immer mehr zu einem „legitimen“ Mittel der zwischenstaatlichen Auseinandersetzung, die Diplomatie als Mittel zum nichtkriegerischen Interessenausgleich wird zurück gedrängt. Dass dies keine guten Zeitzeichen sind, muss hier nicht näher erläutert werden. Sie haben ihre historischen Vergleichssituationen.

Sehr böse Zeiten haben Annedore und Julius Leber erlebt, die als überzeugte Mitglieder der Sozialdemokratie ihren Beitrag zum Widerstand gegen das NS-Regime geleistet haben; Julius Leber büßte dafür mit seinem Leben. Die von ihnen mitbetriebene Kohlenhandlung „Bruno Meyer Nachf.“ in der Torgauer Straße auf der „Roten Insel“ in Berlin-Schöneberg wurde zu einem Treffpunkt der antifaschistischen Netzwerkbildung. Die historische Stätte stellt in diesem Heft *Egon Zweigart* vom „Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber“ in der Rubrik „Verlage Bibliotheken Gedenkstätten“ vor. Der Beitrag über den Verlag Edition AV von *Andreas W. Hohmann* über 36 Jahre emanzipatorischer Geschichte komplettiert die für die *Mitteilungen* konstitutive Rubrik.

Doch besitzt Heft 66 dieses Mal einen erkennbaren frauengeschichtlichen Akzent. Neben Annedore Leber und ihrem Wirken, auch nach der Hinrichtung ihres Mannes durch die Nazis, möchten wir auf den Beitrag von *Gisela Notz* über „August Bebel oder: Der revolutionäre Sozialdemokrat“ hinweisen. Den Vortrag hielt sie auf der öffentlichen Veranstaltung vor unserer Jahresmitgliederversammlung am 27. April 2024. Bebels großes Werk „Die Frau und der Sozialismus“ gehört zu den meistgelesenen Büchern der Arbeiterbewegung im deutschsprachigen Raum und bedeutete einen Meilenstein im Kampf für die Selbstbestimmung der Frauen. Gewerkschaftliche Kämpfe wurden längst nicht nur von Männern geführt, wie die zeitgenössische Medienberichterstattung es nahelegen könnte. *Alicia Gorny* stellt unter „Aus der Forschung“ ihr Dissertationsprojekt an der Ruhr-Universität Bochum zum Thema „Die Unorganisierbaren“. Weibliches Engagement in der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (1945-1998)“ vor. Sie verdeutlicht, dass nicht nur der Widerstand der Arbeitgeberseite den kämpfenden Frauen Steine in den Weg legte, sondern männliche Gewerkschaftsfunktionäre keinesfalls vorbehaltlos solidarisch agierten. Ebenso in den „Rezensionen“ finden wir eine Buchbesprechung über eine Aktivistin der Studentinnen- und Frauenbewegung: Gretchen Dutschke, die immer etwas im Schatten ihres Mannes, des bedeutenden Repräsentanten des SDS, Rudi Dutschke, verblieb. Ein Hinweis auf in Frankreich neu entdeckte Briefe Rosa Luxemburgs darf nicht fehlen. Unter „Besondere Zeitdokumente“ kontextualisiert *Michael Klein* die Arbeit des antikommunistischen „Be-

freiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür“, eng verbunden mit der vormaligen Kommunistin und späteren Konservativen Margarete Buber-Neumann.

Die Rubrik „Aus den Archiven“ gehört zu den Markenzeichen der *Mitteilungen*. In diesem Heft stellt sich das „Archiv Aktiv“ aus Hamburg im Beitrag von *Holger-Isabelle Jänicke* vor. Über die 34. Sitzung des Kuratoriums der SAPMO und über deren Beständeentwicklung berichtet *Holger Czitrich-Stahl*. Zusätzlich erläutert *Andreas Grunwald* den Änderungserlass zum SAPMO-Stiftungserlass, so dass sich ein Überblick über die aktuellen Debatten und Prozesse rund um die SAPMO gewinnen lässt. Ein weiteres Interview mit dem Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates der *Mitteilungen*, *Christoph Stamm*, geführt von *Holger Czitrich-Stahl* und *Rainer Holze*, darf nicht fehlen, bedeuten doch diese Antworten stets eine wichtige Rückmeldung zur Entwicklung unseres Fachorgans. Die Redaktion hofft, auch in diesem Heft wieder interessante Lektüre und Denkanstöße geben zu können.

Noch ein Wort in eigener Sache:

Die allgemeine Teuerung hat auch auf unseren Verein Auswirkungen. Zum ersten Mal überschritten in 2023 die Ausgaben die Jahreseinnahmen. Die Produktionskosten und das Porto für den Versand der *Mitteilungen* sind gestiegen. Um weiterhin unsere Zeitschrift in guter Qualität ausliefern zu können, bitten wir unsere Leserinnen und Leser um **Spenden** auf das Förderkreiskonto: Commerzbank Berlin, IBAN: DE39 1208 0000 0662 8217 00. Vielen Dank!

Die Redaktion

Inhalt

Editorial

Aus den Archiven

Ist das Geschichte oder kann das weg?
Das Archiv Aktiv in Hamburg
Holger-Isabelle Jänicke 7

Erschließungsarbeiten und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) im
Jahr 2023
Holger Czitrich-Stahl 10

Zum Änderungserlass der Beauftragten der Bundesregierung für
Kultur und Medien über die Arbeit der „Stiftung Archiv der Parteien
und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv
Andreas Grunwald 13

Bericht über die 34. Sitzung des Kuratoriums der SAPMO
am 18. April 2024
Claudia Gohde / Holger Czitrich-Stahl 14

Verlage, Bibliotheken und Gedenkstätten

Verlag Edition AV – 36 Jahre Bücher für die emanzipatorische
Geschichte
Andreas W. Hohmann 17

Ein Lern- und Gedenkort für Annedore und Julius Leber
Egon Zweigart 20

Interview

Interview mit Christoph Stamm
Holger Czitrich-Stahl / Rainer Holze 25

Besondere Zeitdokumente

Die Programmatik des „Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür“ 1950-1952
Michael Klein 29

Vortrag

August Bebel oder: Der revolutionäre Sozialdemokrat
Gisela Notz 38

Berichte

Bericht von der Zweijahresmitgliederversammlung des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. am 28. Juni 2024
Holger Czitrich-Stahl 47

Aus der Forschung

„Die Unorganisierbaren“. Weibliches Engagement in der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (1945-1998)
Alicia Gorny 49

Informationen

Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft (IRLG) 53

Aus dem Inhalt der BzG 53

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 33. Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung 55

Glückwünsche zum 90. Geburtstag von Prof. Dr. Heinz Deutschland 57

Nachruf auf Gerd Callesen (10.11.1940 – 9.11.2023)
Peter Mönnikes 58

Einladung zum Besuch des Lern- und Gedenkorts für Annedore und Julius Leber am 23. Oktober 2024 59

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Ulrich Brand, Markus Wissen: Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. oekom München
Jürgen Wasem-Gutensohn 61

Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Wladimir Iljitsch Lenin oder: Revolution gegen das „Kapital“. Berlin 2024
Milan Mentz 63

Holger Czitrich-Stahl: Der Oppositionelle. Georg Ledebour 1850-1947: Linksliberaler, Sozialdemokrat, Linkssozialist. Metropolis Verlag, Berlin 2024
Günter Benser 68

Miklós Nyiszli: Im Jenseits der Menschlichkeit. Ein Gerichtsmediziner in Auschwitz. Herausgegeben von Andreas Kilian und Friedrich Herber. Karl Dietz Verlag, Berlin 2024
Wolfgang Kaiser 72

Paul Mattick: Die Rückkehr der Inflation. Geld und Kapital im 21. Jahrhundert, Dietz Berlin, 2024
Jürgen Wasem-Gutensohn 74

Auf stacheligen Wegen zur Befreiung. Immer wieder Aufbruch und Neuanfang. Gretchen Dutschke im Interview mit Cornelia Dilde. Trafo Literaturverlag Berlin
Holger Czitrich-Stahl 77

Etta Grotrian: Barfuß oder Lackschuh? Geschichtswerkstätten und „neue Geschichtsbewegung“ in den 1980er-Jahren. www.epubli.de, Berlin 2023
Bernd Hüttner 79

Aus den Archiven

Ist das Geschichte oder kann das weg? Das Archiv Aktiv e. V.

Das Archiv Aktiv sammelt Materialien der Gewaltfreien Bewegungen in all ihrer Vielfalt. Auch Nachlässe von Menschen, die aktiv die Gewaltfreie Bewegung gestaltet haben, finden sich im Archiv und ergänzen damit die Bestände der einzelnen Kampagnen sinnvoll.

Die Gewaltfreien Bewegungen haben unzweifelhaft einen wichtigen Anteil an positiven Veränderungen in der Gesellschaft. Ob Friedensbewegung, Anti-Atom-Widerstand oder die Klimagerechtigkeitsbewegung – immer sind wichtige gesellschaftliche Debatten ausgelöst worden, deren Erfolg nicht nur in der Erfüllung der Forderung zu messen sind, sondern auch in den Veränderungen des gesellschaftlichen Diskurses. Auch wenn wir derzeit eine Gegen-Entwicklung beobachten, hat sich das Verhältnis der Gesellschaft zu Militär, Naturzerstörung und Gewalt seit den 50er-Jahren stark verändert. Wie immer bei gesellschaftlichen Veränderungen ist es kaum möglich, direkte Ursache-Wirkungsmechanismen plausibel festzustellen. Bei der Untersuchung der mannigfaltigen Einflüsse wird aber am Beitrag der Gewaltfreien Bewegungen kein Weg vorbeiführen.

Der Umgang zwischen den Menschen und in der Gesellschaft hat sich im Laufe der Jahrzehnte verändert. Gewaltfreiheit und Toleranz gegenüber anderen Lebensentwürfen hat sich zwischen den 50er- und den 90er-Jahren spürbar verändert. Erst im letzten Jahrzehnt dreht sich die Stimmung wieder dramatisch. Daher wäre eine fundierte Analyse wünschenswert, wie Bewegungen nicht nur politische Forderungen durchsetzen, sondern auch gesellschaftliche Stimmungen verändern können; und wie es kommt, dass sich dies so schnell wieder drehen kann. Die Geschichte der Gewaltfreien Bewegung bildet aber auch sehr gut ab, was in der Zivilgesellschaft zu unterschiedlichen Zeiten als relevant betrachtet wurde.

Dazu beigetragen haben seit den 70er-Jahren auch die Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen und die Graswurzelwerkstätten. Die Hamburger Graswurzelwerkstatt stand 1986 vor dem Problem, dass ihr kleines Büro in der Werkstatt 3 aus allen Nähten platzte, also musste „ausgemistet“ werden. Viele der vollen Ordner wurden nicht mehr für die tägliche Arbeit gebraucht. Sie wegzuerwerfen war keine Option, steckte doch in diesen Ordnern die Geschichte der bisherigen Aktivitäten. Die Ordner an das Staatsarchiv abzugeben ist für Anarchisten keine gute Option. So kam es zur Gründung des Archiv Aktiv e. V. und der Bestand der Graswurzel-Werkstatt Hamburg ist unser Ursprungsbestand.

Von Anfang an wurde das Archiv als ein „Archiv der Gewaltfreien Bewegung“ verstanden. Die Voraussetzungen dafür waren gut. Die Gründer*innen und das Archivteam waren selber aktiv in Gewaltfreien Bewegungen unterwegs. Es gab also immer einen engen Kontakt zu verschiedenen Gruppen. So konnte im Laufe der Zeit die Gewaltfreie Bewegung breit abgebildet werden.

Als Sammelgebiet für das Archiv Aktiv wurde schon sehr früh definiert: Dokumente der Gewaltfreien Bewegung in Deutschland seit 1945. Später kamen auch Plakate dazu und seit 2007 auch andere Archivalien wie Transparente und Schilder, Fotos, Videos etc., sodass es nun also Archivalien der Gewaltfreien Bewegung in Deutschland seit 1945 heißen muss.

Die Beschränkung auf Deutschland bedeutet nicht, dass wir nicht auch ausländische Zeitschriften oder Unterlagen von Gruppen aus dem Ausland archivieren. Diese aber nur insoweit, als sie Kontakte und Aktivitäten deutscher Aktionsgruppen widerspiegeln. Die Beschränkung auf die deutsche Gewaltfreie Bewegung ist für uns notwendig, um das Sammelgebiet auch bewältigen zu können. Das gilt auch für die zeitliche Beschränkung (seit 1945). Unterlagen aus der Zeit vor 1945 zu akquirieren, ist sehr aufwändig und hätte die räumlichen und personellen Kapazitäten des Archivs gesprengt.

Unter Gewaltfreier Bewegung fassen wir vor allem Aktivitäten, die sich Mitteln der Gewaltfreien Aktion und des zivilen Ungehorsams bedienen. Wir wollen damit die Bedeutung von legalen Protestformen keineswegs kleinreden. Natürlich braucht es strategisch ein gutes Zusammenspiel von Protest und weitergehender Gewaltfreier Aktion. Wir wissen aber auch, dass Protest in vielen Archiven gesammelt wird – und dort gut aufgehoben ist, sowohl archivfachlich als auch hinsichtlich der jeweiligen Sammelgebiete. Protest als Versuch, politisch etwas positiv zu verändern, ist so unglaublich vielfältig und umfangreich, dass hier jeweils Schwerpunktsetzung notwendig ist, um die Materie für das jeweilige Archiv bewältigbar zu halten. Unser Fokus liegt daher dezidiert auf dem Teil der Gewaltfreien Bewegungen, der über den Protest hinaus geht.

Oft werden wir gefragt, wie wir Gewaltfreiheit definieren und wo wir die Grenzen ziehen. Es existieren eine ganze Reihe von Definitionen und Herleitungen von Gewaltfreiheit. Natürlich haben die Mitarbeiter*innen des Archivs eine Position zu der Frage, was Gewaltfreiheit ausmacht und was nicht mehr als Gewaltfreiheit betrachtet wird. Als Archiv steht es uns nicht zu, die eine Definition herauszuheben. Unsere Aufgabe besteht darin, Gewaltfreie Bewegungen abzubilden – und dies in ihrer ganzen Breite. Deshalb gehen wir von der weitestgehenden Definition aus: Gewaltfreiheit schließt die Verletzung oder Tötung von Menschen definitiv aus. Und auf der anderen Seite bedeutet Gewaltfreiheit für uns immer, wie oben schon angedeutet, dass sie auch den Aspekt der Verantwortung und des Handelns beinhaltet. Innerhalb dieses Rahmens nehmen wir alles an, was uns angeboten

wird, auch dann, wenn wir als Person eine andere Auffassung von Gewaltfreiheit vertreten. Dadurch gewährleisten wir, die Gewaltfreie Bewegung in ihrer ganzen Breite und Vielfalt abzubilden.

Entsprechend sind im Archiv Aktiv Gruppen, Kampagne und Einzelpersonen aus unterschiedlichen Spektren der Gewaltfreien Bewegung vertreten. Der Bestand der Graswurzel-Werkstatt Hamburg wurde oben schon angesprochen. Aus den Jahren davor gibt es u. a. eine Schachtel zur Besetzung der Insel Helgoland 1949, den Nachlass von Trude Westhoff, die seit den 50er-Jahren u. a. am Projekt der WRI (War Resisters' International) zum Aufbau einer „Gewaltfreien Friedensbrigade“ beteiligt war, aber auch in Deutschland viel für die Verbreitung der Gewaltfreiheit getan hat. Der Bestand Weber-Zucht, soweit er die Aktivitäten innerhalb der WRI und der Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen betrifft, kann im Archiv Aktiv eingesehen werden.

Durch einen Nutzer erfuhren wir vor einigen Jahren, dass wir auch Material zur ersten Sitzblockade in Deutschland besitzen, die 1957 in Dortmund gegen die Wiederaufrüstung stattfand. Die Unterlagen der Ostermärsche bis ins Jahr 1972 liegen bei uns. Zur ersten größeren Sitzblockade in Großengstingen haben wir einige Schachteln und eine Diaschau. Der Gewaltfreie Widerstand gegen die atomaren Pershing-II-Raketen in den 80er-Jahren füllt einen eigenen Raum, in dem alle Gruppen und Personen vereinigt sind, die am Widerstand beteiligt waren. Außerdem beherbergen wir einen größeren Bestand zur Totalen Kriegsdienstverweigerung, Unterlagen zur Frauenfriedensbewegung, Material zu Manöverbehinderungen, gegen Truppenübungsplätze und die Kriegseinsätze in Ex-Jugoslawien und Irak.

Der erfolgreiche Widerstand gegen das AKW Whyll ist in Freiburg im Archiv der Sozialen Bewegungen beheimatet, wo er schon wegen der Nähe zu Whyll sehr gut aufgehoben ist. Dennoch kann sich unser Bestand zur Anti-AKW-Bewegung sehen lassen. Neben etlichen Schachteln zu Öffentlichkeits-Arbeit, Protest und Gewaltfreien Aktionen an verschiedenen AKWs, beherbergen wir den Bestand von X-Tausendmal quer. Im Sammelbereich Umwelt sind außerdem Unterlagen von Gendreck-Weg, der geplanten Daimler-Teststrecken in Papenburg, ausgestrahlt und der Klimagerechtigkeitsbewegung, insbesondere Ende Gelände, nutzbar.

Außerdem haben wir Bestände von unbekanntem und bekannten Aktivist*innen, wie Elisa Kauffeld, Barbara Müller, Dieter Schöffmann, Andreas Speck, und Jochen Stay. Daneben sind rund 150 Zeitschriften in unserem Bestand.

Zu den Materialien gehört klassisches Archivgut wie Protokolle, Akten, Briefe und Flyer. Literatur wie Bücher, Zeitungen und Zeitschriften; Transparente; Fotos, Dias, Filme, Videos und Objekte wie Demoschilder, Tassen, Buttons, T-Shirts, u. a. Für die Archivierung der Transparente haben wir ein eigenes Archivie-

rungssystem entwickelt, das unseren technischen und finanziellen Möglichkeiten entspricht.

Das Archiv Aktiv bietet also allen Interessierten einen großartigen Einblick in viele Jahrzehnte Gewaltfreier Bewegung in Deutschland. Das ist nicht immer einfach, denn wir sind als gemeinnütziger Verein auf Spenden angewiesen und bekommen keine staatlichen Gelder und arbeiten ausschließlich ehrenamtlich.

Wir wollen das Archiv Aktiv als Gedächtnis der Gewaltfreien Bewegung auf jeden Fall weiterführen und auch weiterhin neue Materialien aufnehmen. Mittlerweile sind aber die zur Verfügung stehenden Räume voll und wir brauchen dringend neue günstigere Räume. Das geht aber nur, wenn es uns gelingt, dass für größere Räume und den Umzug notwendige Geld einzusammeln. Bei der Finanzbeschaffung können wir gut noch Unterstützung gebrauchen.

Holger-Isabelle Jänicke

Vorsitzende des Archiv Aktiv e. V.

Das Archiv Aktiv hat seinen Sitz in Hamburg im Normannenweg 17-21. Für Besuche und Anfragen sind wir unter 0170-75 65 451 erreichbar.

www.archiv-aktiv.de

Erschließungsarbeiten und Bestandszugänge der SAPMO (BArch) im Jahr 2023

In seinem auf der 34. Sitzung des Kuratoriums am 18. April 2024 vorgelegten Bericht legte der Direktor i. V. Dr. Nicolai M. Zimmermann ausführlich den jeweiligen Stand der Bestandserschließung und Bestandsentwicklung des Archivs und der Bibliothek der SAPMO dar.

Die Stiftung verfügte 2023 über 412.246 Verzeichniseinheiten (VE) Schriftgut (416.004 in 2022). Davon sind 290.597 VE komplett erschlossen. Dies entspricht 70,5 % gegenüber 69,8 % im Vorjahr. Da weitere 61.089 VE vorläufig erschlossen sind, können 85,3 % der VE genutzt werden (Vorjahr 85,0 %).

Einen bedeutenden Zuwachs an VE gab es bei den Fotos um 76.000 und bei den Tonaufnahmen um 147. Die Tonaufnahmen (8.399 VE) sind fast vollständig erschlossen, die Fotos (1.810.044 VE) zu etwas mehr als zwei Dritteln, die Plakate (14.303 VE) zu mehr als 90 %. Insgesamt wurden 2023 ganze 381,6 laufende Meter (lfd. M.) Unterlagen bearbeitet, dabei sank die Kassationsquote auf 7,6 % gegenüber 24,4 % im Vorjahr, in dem 276 lfd. M. bearbeitet und bewertet wurden. Die 381,6 lfd. M. setzten sich aus 238,46 lfd. M. aus Beständen des

FDGB und der Gewerkschaften der DDR, verschiedener Abteilungen der SED, der Büros von Günter Mittag, Erich Honecker, Walter Ulbricht und Egon Krenz, ferner der Bestände politischer und gesellschaftlicher Organisationen sowie aus 143,15 lfd. M. Nachlässen zusammen, auf die gesondert eingegangen werden soll.

Höchste Priorität bei der Erschließung besitzen weiterhin die rund 250 lfd. M. betragenden, noch nicht bewerteten Unterlagen der SED, vorwiegend aus den weniger zentralen Abteilungen des ZK und um verschiedene angeschlossene Institute oder Betriebe. Aus dem Bestand DY 30 (SED) wurden 2023 rund 37 lfd. M. bewertet und erschlossen. Im Gewerkschaftsbereich ging es vor allem um die Erschließung neu hinzugekommener Liquidationsunterlagen des FDGB, bei den anderen Massenorganisationen vorwiegend um die Bewertung und Erschließung der Bestände (DY 59) der *Gesellschaft für Sport und Technik* (GST) und der *Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe* (DY 19).

Den Schwerpunkt der Erschließung bei den Nachlässen bildeten die übergebenen persönlichen Unterlagen u. a. von Josef „Jupp“ Angenfort (NY 4221), Karl Schirdewan (NY 4567), Werner Lamberz (NY 4205), Friedrich Wolf (N 2646), Kurt Hager (NY 4286) und Christa Luft (N 2591). Der Nachlass von Gerhard Zwerenz (N 2721, 63 lfd. M.) wurde grob erfasst. Übernahmen von vor- oder nachgelassenem Schrift- und Archivgut erfolgten darüber hinaus u. a. von Hans Modrow, Gerlinde Grahn oder Ruth Werner.

Audiovisuelles Archivgut wurde ebenfalls in erheblichem Maße erschlossen. In der Biographischen Fotosammlung der SAPMO (BILDY 10) konnte der Sammlungsteil zu Wilhelm Pieck abgeschlossen werden. Erschlossen wurden die Bildbestände des DFD (BILDY 8) und der Liga für Völkerfreundschaft (BILDY 6) mit insgesamt über 41.000 Bildern.

Direktor i. V. Dr. Zimmermann wies mehrfach darauf hin, dass ein wichtiger Teil der Erschließungstätigkeit in der Prüfung der Unterlagen auf berechnete Belange Dritter und der daraus folgenden Vergabe von Schutzfristen für personenbezogene Unterlagen bestehe. Diese Anforderung erwachse einerseits aus der zunehmenden Nutzung der Digitalisierung on Demand (DoD), andererseits aus der nur langsam vor sich gehenden Migration der Unterlagen von ARGUS nach Invenio, um die Einheitlichkeit der Systeme innerhalb des Bundesarchivs herzustellen. Dieser Prozess aber gehe wegen erheblicher Personalknappheit im Bereich der IT nur äußerst schleppend voran. Zudem erfüllten die Scans der Unterlagen oft nicht die Qualitätsstandards, so dass eine erneute Digitalisierung vorgenommen werden muss, ausgehend von Microfilmen/Microfiches. Wann ARGUS als veraltete Rechercheplattform abgeschaltet werden könne, sei so noch nicht absehbar.

Erwähnenswert sind auch die Abgaben der SAPMO. So wurden 5,5 lfd. M. Archivgut der KPD in der SBZ/BRD an das BArch in Koblenz abgegeben, weil dort die entsprechende Zuständigkeit angesiedelt ist. Dies betrifft weiteres Archiv-

gut etwa der *Stiftung Nord-Süd-Brücken*, des *Solidaritätsdienstes International e. V.* oder der *Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde*, die nach 1990 entstanden.

Das Bibliotheksgut der SAPMO umfasste 2023 an allen Standorten exakt 2.093.815 Bände, davon 1.682.000 in Lichterfelde. Insgesamt bedeutete dies einen Rückgang von rund 87.000 Bänden insgesamt und 29.000 in Lichterfelde, die aussortiert wurden. Die wenigstens konnten verkauft werden, auch Antiquariate nähmen immer seltener Bücher an. Von der Gesamtzahl sind 1.118.206 Bände im Online-Katalog recherchierbar, ein Zuwachs von knapp 46.000 Bänden und eine Quote von 53,25 % (51,01% in 2022). Weitere 27 % sind in Zettelkatalogen nachgewiesen, der Rest ist noch unerschlossen. Dieser wurde 2023 von 892.629 Besuchern aufgerufen, gegenüber 2022 eine Steigerung von mehr als 50 %. Die Bibliotheksbestände des BArch sind außerdem im Index des Bibliotheksverbundes Berlin-Brandenburg (KOBV), im Karlsruher Virtuellen Katalog (KVK) sowie im internationalen Fachportal adlr.link nachgewiesen.

Die Konversion konventioneller Kataloge in den Online-Katalog litt ebenfalls unter dem Personalmangel. Allerdings steht als zentrales Projekt die Erfassung der Periodika des IML im Zentrum und stellt sich bereits nach dem erfolgten Abschluss der Erfassung der Titel mit dem Buchstaben A als Schatzgrube heraus, wie auch die beiden dazu eingeladenen Referentinnen Frau Baumann und Frau Mielke hervorhoben. 2023 konnten 514 Titeldaten- und 2.220 Exemplardatensätze erfasst und katalogisiert werden. Im IML wurden die gesammelten Titel besonders im Rahmen der Marx-Engels-Forschung katalogisiert und sind somit deutschlandweit von großem und teilweise unikalem Wert. Nach und nach finden sie Eingang in die Datenbanken ZEFYS und ZDB.

Die Verlagerung der Nutzung von Archivgut und Bibliothek von der Präsenz zur Digitalität schlug sich 2023 in Zahlen nieder. So wuchs die Anzahl der DoD von 100 auf 239 Archiveinheiten (AE), die Anzahl der archivischen Anfragen blieb konstant. Die Lesesaalbenutzung sank von 721 im Jahr 2022 auf 607 in 2023, die Zahl der Fernleihanfragen hingegen stieg von 80 auf 108 leicht an.

Auch 2023 wurde NS-Raubgut im Bestand ermittelt und abgegeben. In den meisten Fällen handelte es sich um Bände aus dem von den NS-Behörden geschlossenen und konfiszierten Institut für Sozialforschung (IfS) in Frankfurt am Main. So konnten die durch die DDR geretteten Bände und Periodika in einem Umfang von knapp 1.000 Exemplaren an das IfS restituiert werden.

Holger Czitrich-Stahl

Zum Änderungserlass der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über die Arbeit der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv

Im Zusammenhang mit der Neufassung des Bundesarchivgesetzes (Gesetz über die Nutzung und Sicherung von Archivgut des Bundes) vom 10.03.2017 und organisatorischen Veränderungen im Bundesarchiv hob die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Claudia Roth, den Erlass zur Errichtung der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR“ im Bundesarchiv vom 06.04.1992 auf.

An dessen Stelle wurde am 04.05.2022 ein Änderungserlass in Kraft gesetzt.

Neben den Hinweisen auf die konkreten Bestimmungen des neuen Bundesarchivgesetzes sind mit dem Änderungserlass folgende Änderungen vorgenommen worden:

- Das Archivgut, das sich nach seiner Zweckbestimmung auf natürliche Personen bezieht, darf nunmehr frühestens zehn Jahre (vorher 30 Jahre) nach dem Tode der oder des Betroffenen durch Dritte benutzt werden. Ist das Todesjahr nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand festzustellen, endet die Schutzfrist 100 Jahre (vorher 110 Jahre) nach der Geburt der betroffenen Person (§ 4, Abs. 2). Hierbei ist zu betonen, dass die mit den Einbringern von Nachlässen ausgehandelten Modalitäten der Benutzung dieser Unterlagen unberührt bleiben.

- Der in der Fassung von 1992 enthaltene Absatz § 4, 2 „Die in § 5 Abs. 1 des Bundesarchivgesetzes genannte Schutzfrist von 30 Jahren findet auf die Bestände der Stiftung keine Anwendung“, ist weggefallen. (Die Schließung der in der SAPMO überlieferten Akten dürfte die 30-Jahresfrist inzwischen deutlich überschritten haben.)

- Der in der alten Fassung nach § 8 des Erlasses eingesetzte wissenschaftliche Beirat ist in der neuen Fassung nicht mehr enthalten. Damit ist auch der entsprechende bisherige § 8 vollständig weggefallen.

Auf Grund der seit 1998 veränderten Zuständigkeit der Bundesregierung für das Bundesarchiv ist in allen entsprechenden Passagen die Formulierung „Bundesminister des Innern“ durch Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien ersetzt worden.

Der Text des Stiftungserlasses vom 06.04.1992 und des Änderungserlasses vom 04.05.2022 sowie des Bundesarchivgesetzes können auf der Internetseite des Bundesarchivs eingesehen werden.

Bericht über die 34. Sitzung des Kuratoriums der SAPMO am 18. April 2024 im Bundesarchiv in Berlin-Lichterfelde

Frau Bering als Vorsitzende des Kuratoriums berichtete, dass sich der Demokratische Frauenbund Deutschlands (DFD) im April des Jahres 2023 aufgelöst hat und darum keine Vertretung mehr ins Kuratorium entsendet. Die Eigentumsrechte wurden folglich an die SAPMO übertragen. Weiterhin gab sie bekannt, dass für die Partei DIE LINKE nun Frau Katina Schubert anstelle von Herrn Tobias Bank Mitglied des Kuratoriums ist. An der Stellvertretung (Herr Dr. Czitrich-Stahl) hat sich nichts geändert. Das Protokoll der 33. Sitzung wurde ohne Beanstandung angenommen.

Der Stellvertretende Direktor Dr. Zimmermann (Direktor i. V.) erläuterte seinen schriftlich vorliegenden Bericht. Schwerpunkte seiner Ausführungen waren die personellen Veränderungen im Direktorium, der Rückzug des DFD und die Eingliederung der Bibliothek des Stasi-Unterlagenarchivs (StUA). Mit dem 19.1.2024 ging die bisherige Direktorin Frau Dr. Walther-von Jena in den Ruhestand. Acht Jahre hatte sie diese Funktion inne.

Durch die Eingliederung der Dienstbibliothek der StUA verlagerte sich die personelle Struktur zu 63 % auf den Bibliotheksbereich, zu 34 % auf das Archiv und zu 3 % auf die Direktion. Schwierigkeiten bereitet die Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die StUA-Dienstbibliothek befindet sich derzeit in der Frankfurter Allee und umfasst 127.000 Bände. Dr. Zimmermann berichtete ferner, dass zurzeit noch alle Dienstbibliotheken im Zuständigkeitsbereich der SAPMO (StB 1) angesiedelt sind. Weiterhin ging er auf den Stand der Erwerbungen und Erschließungen ein. Erschließungsschwerpunkte waren die Nachlässe und die SED-Abteilungen und ihre Bestände. Viel Aufwand bereitete die Migration von ARGUS auf INVENIO, um die SAPMO-Bestände mit den BArch-Beständen digital zu vereinheitlichen. Themen der anschließenden Diskussion waren:

- Die Rückgabe von Raubgut (Enteignung durch das NS-Regime) an das Frankfurter Institut für Sozialforschung;
- Die Erschließung der IML-Zeitschriftenbestände, die sehr langsam vorangeht (Buchstabe A abgeschlossen);
- Die Frage, ob die SAPMO Eigentümerin ihrer Bestände im juristischen Sinn ist. Das wurde von Herrn Hollmann bejaht für die Bestände bis 1995, die danach erworbenen Bestände sind Eigentum des Bundesarchivs.
- Die Abgabe der Akten der KPD-West (bis 1956) an das Archiv in Koblenz, die seinerzeit im Raum Düsseldorf vom Verfassungsschutz beschlagnahmt wurden und inhaltlich in die Zuständigkeit der Bundesrepublik gehören.

- Der Umgang mit überschüssigen Büchern. Es ist sehr schwer, Bücher zu verkaufen oder abzugeben, es werden aber große Anstrengungen unternommen, um Vernichtung (Makulierung) zu vermeiden.

Im Anschluss hielt der Präsident des Bundesarchivs Prof. Dr. Hollmann seinen Bericht zum Stand des Transformationsprozesses und zu organisatorischen Fragen. Die Übernahme des Stasiunterlagenarchivs (StUA) mit 111 km Akten und über 1.200 Mitarbeiter*innen war ein großer Transformations- und Integrationsprozess. Es wurde ein gemeinsames Dach gebildet, unter dem die Sichtbarkeit des StUA erhalten bleiben soll. In den östlichen Bundesländern müssen 23 dezentrale Archivstandorte vorgehalten werden.

Die Planung für den Campus für Demokratie in Lichtenberg kommt nur langsam voran, dort sollen theoretisch alle Bestände der DDR in einem Archivzentrum DDR-Geschichte zusammengefasst sein, dazu gehört auch SAPMO mit ihrer besonderen eigentumsrechtlichen Konstitution. Es gibt keine belastbare Aussage darüber, wann der Umzug stattfinden wird. Neben diesem Archivzentrum soll das Deutsche Reich bis zum 8.5.1945 seinen Platz im Archivzentrum Lichterfelde haben, die Geschichte der BRD seit 9.5.1945 bleibt in Koblenz als Archivzentrum. Die Zukunft des Standortes Freiburg (Militärgeschichte) ist ungeklärt. In Lichtenberg sind immer noch nicht alle Eigentumsfragen geklärt, erst danach geht es an die Bauplanung, die dann zehn bis zwölf Jahre in Anspruch nehmen wird. Danach könnte der Umzug in Form einer Zwiebellösung vonstattengehen. Wenn nicht alle Bestände der SAPMO nach Lichtenberg können, bleiben sie komplett in Lichterfelde. Prof. Hollmann sicherte zu, diese Fragen im Kuratorium zu besprechen.

Die Stelle des Direktors/der Direktorin soll noch 2024 wieder besetzt werden, die Stelle einer Abteilungsleitung wird im Laufe des Jahres ausgeschrieben werden. Die SAPMO sei eigentlich zu klein für eine Abteilung. Zukünftig sollen der Abteilungsleitung weitere Aufgaben übertragen werden, z. B. zivile DDR-Überlieferungen. Diese Antworten bezogen sich auf eine Anfrage des stv. Kuratoriumsmitgliedes Dr. Czitrich-Stahl vom 15.3.2024 an den Präsidenten. Die Frage nach den SAPMO-Beständen, die Zeiten vor 1945 betreffen, also speziell die Bestände der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften etc., die aus dem Zentralen Parteiarchiv (ZPA) der SED und aus dem IML überliefert wurden, wurde vom Präsidenten nicht eindeutig beantwortet. Ein solcher Vorgang stehe derzeit nicht im Raum. Er wies aber darauf hin, dass die Bestände der SAPMO im Vergleich zu anderen Beständen recht gering seien. Letztlich sei die Entscheidung darüber eine politische Entscheidung, an deren Findung das Kuratorium beteiligt würde. An anderer Stelle führte er aus, dass es für Lichterfelde oder Tegel (WAS) keine Regelungen geben könne, solange die Frage des Standortes Lichtenberg nicht geklärt sei.

Im Anschluss gab Prof. Hollmann die Information, dass 170 von rund 2.300 Stellen im Bundesarchiv mangels Geld nicht besetzt sind. Abschließend hob er die Bedeutung der Digitalisierungsprozesse im Bundesarchiv hervor. Besonderes Augenmerk gelte hinsichtlich der 100. Wiederkehr der Errichtung der NS-Herrschaft der Digitalisierung von Archivgut aus der Zeit von 1933-1945.

Anschließend berichteten Frau Mielke und Frau Baumann (Bibliothek) über die Erschließung der Periodikabestände des IML. Rund 22.100 Titel in 70.000 Bänden in sieben Katalogschränken werden langfristig katalogisiert und in Datenbanken wie ZEFYS oder ZDB integriert. Dass allein die Titel mit dem Buchstaben A der Periodikabestände, die 2023 erschlossen wurden, zu 30 % als Neukatalogisierung und zu 70 % als Bestandsergänzung an das ZDB weitergeleitet wurden, verdeutlicht die immense Bedeutung dieser akribischen IML-Sammlung, so die Berichterstatterinnen.

Die 35. Sitzung des Kuratoriums soll im April 2025 in Berlin-Lichterfelde stattfinden.

Claudia Gohde / Holger Czitrich-Stahl

Verlage Bibliotheken und Gedenkstätten

Verlag Edition AV 36 Jahre Bücher für die emanzipatorische Geschichte

Kurze Vorbemerkung

Der Verlag Edition AV engagiert sich seit 36 Jahren als konzernunabhängiger Verlag in dem Bereich der emanzipatorischen Ideengeschichte, wie etwa der anarchistischen und anarcho-syndikalistischen Geschichte.

Der Verlag hat seinen Sitz mit wechselnden Standorten in Deutschland und lässt seine Bücher seit 36 Jahren raumnah und unter fairen Arbeitsbedingungen produzieren, da der Inhalt der Bücher sich auch in den Produktionsbedingungen widerspiegeln muss. Seit ca. 15 Jahren spielt auch die Ökologie (Nachhaltigkeit) eine wichtige Rolle. Die Lieferkette von Papier bis Energie ist uns bei der Auswahl der Druckerei wichtig.

Zum Verlag Edition AV

36 Jahre Verlag Edition AV – eine lange Zeit. Seit 1988, mit der Gründung des Verlages, machen wir Bücher aus der emanzipatorischen Szene und sehen uns dabei auch als Ort, der die Geschichte von Menschen aus diesem Bereich in Form von Büchern lieferbar macht und bewahrt. Unter diesen Bedingungen kann der Verlag nur ehrenamtlich arbeiten. Dabei verzichtet der Verlag nicht auf Professionalität und Seriosität, aber Gelder (ausgenommen sind Stipendien für Autor:innen und Übersetzungsförderungen), die zur Finanzierung eines bestimmten Buches dienen, lehnt der Verlag bis heute ab. Dies soll der Unabhängigkeit des Buches dienen und den Verlag nicht zwingen, Bücher aus rein wirtschaftlichem Kalkül zu verlegen. Weiterhin verzichtet der Verlag auf das Verramschen und Makulieren. Dies tut der Verlag aus Respekt vor der Arbeit der Autor:innen. Die lange Lieferbarkeit der Bücher spielt dementsprechend eine Rolle bei der Programmgestaltung.

Was vor 36 Jahren als rein engagiertes Projekt für ein bis zwei Bücher im Jahr angefangen hat, hat sich inzwischen zu einem Projekt entwickelt, mit vier ehrenamtlich arbeitenden Mitarbeiter:innen, einer festen Autor:innenschaft von 53 Autor:innen & Herausgeber:innen, 12 bis 14 neupublizierten Büchern im Jahr und einer „Backlist“, einer Liste lieferbarer Bücher von knapp 300 Titeln. Zusätzlich wird der Verlag von vielen ehrenamtlichen Helfer:innen unterstützt, die meisten von ihnen ehemalige Verlagsmitarbeiter:innen (i. R.). Sie bringen nicht

nur ihre Ideen und Kompetenz mit in den Verlag, sondern wirken auch aktiv an der Programmgestaltung mit.

Ein paar Beispiele – in der Marketingsprache würde man „Leuchtturm-Projekte“ sagen – möchte ich hier aber mal vorstellen. Neben der facettenreichen Geschichte des Anarcho-Syndikalismus und der umfangreichen publizistischen Tätigkeit über die Geschichte des Spanischen Bürgerkrieges und die Klassiker der anarchistischen Bewegung (Bakunin, Kropotkin, Nettelbladt):

„Ausgewählte Schriften“ von Gustav Landauer

Gustav Landauer war ein deutsch-jüdischer Anarchist und eine einflussreiche Person in der deutschen anarchistischen Bewegung. Er leistete einen bedeutenden Beitrag zur anarchistischen Theorie und Praxis Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine seiner wichtigsten Ideen war das Konzept des „Anarchismus ohne Adjektive“, das die Bedeutung individueller Freiheit, freiwilliger Kooperation und der Dezentralisierung von Macht betonte. Die Schriften von Gustav Landauer bleiben in anarchistischen Kreisen einflussreich und er wird als eine der führenden Figuren des deutschen Anarchismus angesehen. Seit der Ermordung Gustav Landauers sind einzelne Bände immer wieder publiziert worden. Es ist aber dem Herausgeber Siegbert Wolf zu verdanken, dass mit den „Ausgewählten Schriften“ eine hervorragend kommentierte Gesamtausgabe erschienen ist. In über 18 Jahren haben wir 15 Bände über Gustav Landauer herausgegeben und halten alle Bände lieferbar, damit die Ideen von Gustav Landauer nicht vergessen werden.

„Ausgewählte Schriften“ von Cornelius Castoriadis

Cornelius Castoriadis war ein wichtiger französischer Philosoph und Sozialkritiker, sowie eine Schlüsselfigur in der Entwicklung der sozialen und politischen Theorie des 20. Jahrhunderts und Mitbegründer der Gruppe Socialisme ou Barbarie (Sozialismus oder Barbarei), einer wichtigen Organisation innerhalb der europäischen Linken.

Ein zentraler Aspekt von Castoriadis' Denken war seine Kritik am sowjetischen Marxismus und seine Ablehnung jeglicher Form von autoritärem Sozialismus. Stattdessen betonte er die Bedeutung der individuellen und kollektiven Autonomie sowie die Schaffung einer Gesellschaft, in der die Menschen selbstbestimmt ihre eigenen Angelegenheiten regeln. Seine Bücher umfassen eine breite Palette von Themen, darunter politische Philosophie, Sozialtheorie, Psychoanalyse und Geschichtsphilosophie. Auch hier sind seine „wichtigsten“ Schriften in großen Verlagen erschienen. Michael Halbrodt und Harald Wolf haben sich aus diesem

Grund auf die weniger bekannten Texte konzentriert und diese für das deutschsprachige Publikum verfügbar gemacht. Auch an diesem Projekt arbeiten wir schon seit über zehn Jahren.

„Sie werden nicht durchkommen“ – Deutsche an der Seite der Spanischen Republik und der sozialen Revolution

Als im Juli 1936 in Spanien reaktionäre Generäle gegen die aus den Wahlen vom 16. Februar siegreich hervorgegangene Volksfront-Regierung putschten, eilten Tausende ausländischer Freiwilliger der bedrängten Republik zu Hilfe. Unter ihnen waren auch ca. 3.500 Männer und Frauen aus Deutschland. Andere Deutsche unterstützten diejenigen, die die soziale Revolution in Spanien vorantreiben wollten. Trotz aller Differenzen hatten sie ein gemeinsames Ziel: Den Kampf gegen die Bedrohung Europas durch den Faschismus.

Erstmals in Deutschland wird mit diesem Buch versucht, möglichst alle Deutschen zu erfassen, die in diesen Jahren in Spanien gekämpft, gearbeitet oder als Künstler, Schriftsteller und Journalisten ihren Beitrag für die Republik geleistet haben. Das Hauptaugenmerk liegt aber in jedem Fall auf der Zeit in Spanien, also zu welcher Zeit, in welcher Einheit, mit welchem Rang die betreffende Person dort gekämpft hat. Erwähnt werden aber auch, soweit das möglich ist, persönliche Elemente wie Ausbildung, Zugehörigkeit zu Parteien und Organisationen, politisches Engagement, Stationen und Schicksale nach dem Bürgerkrieg, Teilnahme an den antifaschistischen Kämpfen des 2. Weltkriegs sowie politische und berufliche Positionen im Nachkriegsdeutschland und in der DDR, der BRD und im Ausland. Der Band enthält die Namen von ca. 4.500 Personen.

Es ist Werner Abel & Enrico Hilbert zu verdanken, dass dieses Projekt, an dem sie jahrelang forschten, erschienen ist.

Als letzte möchte ich noch die *Reihe „Widerständige Frauen“* vorstellen. Frauen machen und bestimmen historische Ereignisse. Ganz ehrlich jetzt, ganz spontan: Nennen Sie mir eine Komponistin, Widerstandskämpferin oder welche Rolle spielten die Frauen in der Französischen Revolution? All diesen Frauen, viele sind in Vergessenheit geraten, wollen wir ein Forum bieten. Die Herausgeberinnen und Autorinnen leisten hier einen wertvollen Beitrag, um diese Personen der Vergessenheit zu entreißen.

Dies ist nur eine kleine Auswahl von Projekten, die wir in den letzten drei Jahrzehnten ohne jegliche Förderung gestemmt haben, und es wird hoffentlich noch weitere geben. Mehr spannende Projekte unter: <http://www.edition-av.de>.

Andreas W. Hohmann

Ein Lern- und Gedenkort für Annedore und Julius Leber

„Verschwörerbude“ steht in bunten Buchstaben auf einer Mauer an der Torgauer Straße in Berlin-Schöneberg. Dicht dahinter erscheint ein teilweise mit Graffiti besprühter weißer Flachbau. Unscheinbar und doch besonders: Es ist ein Ort des zivilen Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. „Verschwörerbude“, so nannte Theodor Heuss, der erste Bundespräsident, voller Anerkennung das kleine Häuschen der Kohlenhandlung an der Torgauer Straße, in der Julius Leber Teilhaber war. Es handelte sich um einen idealen Treffpunkt des konspirativen Widerstands gegen die Nazi-Herrschaft. Heute steht dort ein Haus, das Annedore Leber nach dem Krieg errichtet hat, als sie die Kohlenhandlung wieder aufbaute.

Julius Leber stammte aus ärmlichen Verhältnissen im Elsass. Nach einem Ökonomie-Studium, Promotion und der Teilnahme am 1. Weltkrieg ging er nach Lübeck, wo er als Redakteur des sozialdemokratischen Lübecker Volksboten arbeitete. Bald war er auch Reichstagsabgeordneter der SPD. Er wurde zum leidenschaftlichen Gegner der Nationalsozialisten, die ihn nach ihrer Machtübernahme 1933 zu einem langen Leidensweg durch Gefängnisse und Konzentrationslager zwangen. Seine Frau Annedore zog mit ihren Kindern nach Berlin, um die Chancen für seine Entlassung aus dem KZ zu vergrößern. Jahrelang kämpfte sie um die Freiheit ihres Mannes. Sie arbeitete zunächst selbständig als Schneiderin, um die Familie zu ernähren. Später leitete sie die Schnittmusterabteilung im Deutschen Verlag.

Nach seiner Freilassung 1937 konnte Julius Leber nicht mehr als Journalist oder Politiker arbeiten. Er wurde Mitarbeiter in der von Richard Krille geleiteten Kohlenhandlung „Bruno Meyer Nachf.“ in Berlin-Schöneberg, in der er 1939 auch Teilhaber wurde. Trotz seiner vorangegangenen KZ-Haft nahm Julius Leber vorsichtig wieder Kontakt zu Parteifreunden der SPD und zu Gewerkschaftern auf. Und er knüpfte neue Kontakte zu anderen Oppositionellen. Ende 1943 intensivierte sich Lebers Widerstandsarbeit. Eng arbeitete er mit führenden Mitgliedern



Annedore und Julius Leber, 1930.
J. und A. Leber Archiv

des Kreisauer Kreises zusammen, darunter Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg. Der Gewerkschafter Wilhelm Leuschner führte ihn in die Gruppe um den Nationalkonservativen Carl Friedrich Goerdeler ein. Bald lernte Leber auch Claus Schenk Graf von Stauffenberg kennen, zu dem er eine enge persönliche Beziehung aufbaute. Viele seiner Mitverschwörer trafen ihn in der Kohlenhandlung. Aber auch im Zehlendorfer Wohnhaus, wo Annedore Leber bei den Treffen immer dabei war. Über Stauffenberg wurde Leber in die Planungen des militärischen Widerstands eingebunden. Trotz unterschiedlicher Ziele und Weltanschauungen entstand ein breites Bündnis, das linke, bürgerliche und militärische Kreise zusammenführte, um den Sturz des Regimes zu planen.

Julius Leber war nach einem erfolgreichen Umsturz als Innenminister einer neuen Regierung vorgesehen. Doch dazu kam es nicht. Um dem Bündnis gegen das NS-Regime eine möglichst breite Basis zu verschaffen, nahm Leber Kontakt zu Kommunisten auf. Gemeinsam mit seinem Freund Adolf Reichwein traf er sich mit Franz Jacob und Anton Saefkow, Vertretern der illegalen KPD. Ein Gestapo-Spitzel unter den Teilnehmern des Treffens verrät Leber und Reichwein. Beide wurden verhaftet, noch bevor Stauffenberg am 20. Juli 1944 das gescheiterte Attentat auf Hitler ausführt. Julius Leber wurde – wie viele weitere Beteiligte – in einem Schauprozess vor dem Volksgerichtshof unter Vorsitz von Roland Freisler im Kammergericht am Kleistpark zum Tode verurteilt und am 5. Januar 1945 in der Strafanstalt Berlin-Plötzensee hingerichtet.

Ende März 1944 wurde die Kohlenhandlung bei einem Bombenangriff zerstört. Das Büro zog gegenüber in das Erdgeschoss des beschädigten Hauses Torgauer Straße 7, während der Betrieb weiterlief. Als sich Annedore Leber nach dem Krieg eine neue Existenz als Politikerin und Publizistin aufbaute, nahm sie den Geschäftsbetrieb wieder auf, nun als alleinige Inhaberin. Ende 1950 stellte sie den Antrag zur Errichtung eines festen Hauses für Büros und Umkleieräume. Da die Kohlenhandlung um das östlich angrenzende Grundstück der ehemaligen Bahnmeisterei erweitert wurde, steht der Neubau auf den Fundamenten eines vormaligen Werkstattgebäudes der Bahn.



*Julius Leber vor dem Volksgerichtshof,
1944. J. und A. Leber Archiv*

Neben ihrer politischen Tätigkeit in der SPD und in der ersten Stadtverordnetenversammlung Berlins wurde Annedore Leber zusammen mit dem ehemaligen

Reichspräsidenten Paul Löbe und dem Journalisten Arno Scholz Lizenzträgerin der SPD-nahen Zeitung „Telegraf“. Von 1947 bis 1949 gab sie außerdem ihre eigene Zeitschrift „Mosaik“ heraus. Sie gründete dafür den „Mosaik Verlag“ (ab 1961 „Annedore Leber Verlag“), in dem sie 1954 ihren ersten Band mit Widerstands-Biografien unter dem Titel „Das Gewissen steht auf“ herausgab. Damit legte sie einen Grundstein für die breite Anerkennung des Widerstandes in der Bundesrepublik, wo in den frühen Jahren noch weite Teile der Bevölkerung den Attentatsversuch vom 20. Juli 1944 als Verrat betrachteten.

Annedore Leber beschäftigte in den 1950er-Jahren mehrere Angestellte für den Kohlenhandel und den „Mosaik Verlag“, die beide in der Torgauer Straße angesiedelt waren. In den 1960er-Jahren türmten sich hohe Kohlenstapel auf dem Grundstück, die zur West-Berliner Senatsreserve gehörten. Annedore Leber starb 1968. Fünf Jahre nach ihrem Tod wurde der Kohlenhandel eingestellt, das Betriebsgelände aber weiterhin gewerblich genutzt.

2009 erwarb das Land Berlin alle Flächen an der Torgauer Straße. Im Rahmen des Förderprogramms Stadtumbau West wurde ab 2008 ein Grünzug entlang des S-Bahnringes geplant. Dabei sollte auch das Häuschen von Annedore Leber abgerissen und stattdessen ein Kunstobjekt im neuen Park installiert werden. Heftige Kritik kam nicht nur von namhaften Historikern und Institutionen. Ein Arbeitskreis aus engagierten Anwohnerinnen und Anwohnern, dem Stadtteilverein Schöneberg und der Berliner Geschichtswerkstatt gründete sich. Nach langen, harten Auseinandersetzungen beschloss die Bezirksverordnetenversammlung, das Gebäude zu erhalten.

Der ehrenamtliche Arbeitskreis entwickelte ein Konzept für einen Lern- und Gedenkort und 2016 konnte der Stadtteilverein Schöneberg einen Nutzungsvertrag mit dem Bezirk Tempelhof-Schöneberg für das Grundstück der ehemaligen Kohlenhandlung abschließen. Neben regelmäßigen Ausstellungen am Bauzaun der Kohlenhandlung und Veranstaltungen veröffentlichte der ehrenamtliche Arbeitskreis Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber 2020 auch ein Buch über die Geschichte des Ortes und der Menschen unter dem Titel „Treffpunkt Kohlenhandlung“.

2024 erinnert der Arbeitskreis in einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Leben für die Demokratie – Annedore und Julius Leber“ an den 120. Geburtstag von Annedore Leber und an die 80 Jahre zurückliegenden Ereignisse der Verhaftung, des Prozesses und der Hinrichtung von Julius Leber. Im Vordergrund steht dabei neben der historischen Betrachtung die Frage, was Zivilcourage und Handeln des Ehepaares Leber uns heute, in einer Zeit der zunehmenden Anfeindung der Demokratie, vermitteln können.

Nachdem die Lotto Stiftung Berlin Mittel in Höhe von 350.000 Euro für den Umbau der ehemaligen Kohlenhandlung 2021 bewilligte, genehmigte der Bezirk

Tempelhof-Schöneberg 2022 den Bauantrag. Aufgrund der gestiegenen Baukosten musste der Stadtteilverein einen neuen Finanzierungsplan vorlegen. Die neue Kalkulation bezieht neben den Lottomitteln Spenden und Kredite ein, da die reinen Baukosten etwa 550.000 Euro betragen. Dieser Finanzierungsplan liegt derzeit bei der Berliner Senatsverwaltung für Bauen zur Prüfung. Über einen Förderkreis werden die jährlichen Betriebskosten des Lern- und Gedenkortes finanziert.

In Annedore Lebers Häuschen soll wieder Leben einziehen. Geplant sind ein Ausstellungsbereich sowie Platz für den Austausch mit Besucherinnen und Besuchern. Der östliche Anbau wird in einen Raum für Seminare und Veranstaltungen umgebaut. Schulklassen, Jugend- und Erwachsenengruppen sollen sich dort mit dem Thema Widerstand, und was das heute für unsere Demokratie bedeuten kann, auseinandersetzen. Zugang und Sanitäreinrichtungen werden barrierefrei.

Das Außengelände wird zusammen mit Studierenden der Peter-Lenné-Schule, einem Oberstufenzentrum für Natur und Umwelt, geplant. Die Studierenden haben mit Begeisterung das Gelände vermessen, sich mit der Geschichte der Kohlenhandlung und den Biografien auseinandergesetzt und vielfältige, fantasievolle Entwürfe für die Gestaltung erstellt.

Ein Grafiker und Fassadenkünstler hat die mit Graffiti übersäte Mauer für den Arbeitskreis neu gestaltet. Hinter der Mauer in der früheren „Verschwörerbude“ kann hoffentlich bald der Umbau zum „Lern- und Gedenkort Annedore und Julius Leber“ beginnen.

Egon Zweigart

*Die ehemalige Kohlenhandlung liegt an der Torgauer Straße 25 in Berlin Schöneberg.
E-Mail: redaktion@gedenkort-leber.de | Webseite: gedenkort-leber.de
Instagram: [@gedenkort_leber](https://www.instagram.com/gedenkort_leber)*



Die ehemalige Kohlenhandlung, 2024. Egon Zweigart

Die Buchmacherei
September 2024

207 Seiten
15,00 Euro
ISBN:
978-3-9826199-1-0



Die russische Invasion in der Ukraine sorgte für große Verwirrung innerhalb der Linken. Die NATO galt vielen plötzlich als Schutzmacht der Schwachen und die Ukrainische Armee als antifaschistische Guerilla, der man Opfer erbringen müsse, da die Freiheit der Menschheit auf dem Spiel stehe. Über Nacht schien der westliche Imperialismus rehabilitiert und seine Staaten konnten, ohne nennenswerten Widerstand, zur massiven Aufrüstung übergehen. Der Vorkrieg hatte begonnen. Gegen diesen neuen Militarismus will unser Buch Widerspruch einlegen. So schafft der Krieg das Klassenverhältnis schließlich nicht ab, sondern verstärkt nur die bestehenden Widersprüche: Auf beiden Seiten werden Arbeitsrechte angegriffen, die politische Repression ausgeweitet und der Nationalismus nimmt zu. Über die Situation hinter den Frontlinien berichten ukrainische und russische Linke, die sich dem Ruf nach Landesverteidigung widersetzen und die, zusammen mit westlichen Linken, in diesem Buch für einen neuen Internationalismus gegen Krieg und Aufrüstung plädieren.

Interview

Interview mit Christoph Stamm

Christoph Stamm studierte Politikwissenschaft, Geschichte und Staatsrecht an der Universität Bonn und absolvierte zudem den berufsbegleitenden Masterstudiengang Archivwissenschaft an der FH Potsdam. Er ist als Wissenschaftlicher Archivar im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin tätig. Neben zeitgeschichtlichen und archivfachlichen Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Zeitschriften erschien Ende 2019 seine Monographie über die Auseinandersetzung um das Zentrale Parteiarchiv der SED nach 1990 in der Schriftenreihe des Bundesarchivs. Seit Mai 2023 gehört er dem Wissenschaftlichen Beirat unserer Zeitschrift an.

Lieber Herr Stamm, seit längerer Zeit unterstützen Sie die Arbeit unseres Förderkreises und seiner „Mitteilungen“ regelmäßig. Was hat Sie dazu bewogen, so dem Förderkreis hilfreich zur Seite zu stehen?

Ich finde es wichtig, dass es Foren gibt, in denen Interessierte an der Geschichte der Arbeiterbewegung unabhängig von ihrem politischen Hintergrund neue Anregungen und Informationen erhalten können. Forschungen zur Arbeiterbewegung als eine der großen Sozial- und Emanzipationsbewegungen gehören ja nicht zum Mainstream der universitären Forschung. Insofern halte ich den Förderkreis und seine *Mitteilungen* – neben der Zeitschrift *Arbeit–Bewegung–Geschichte* – für eine wichtige Plattform und habe mich über die Anfrage zur Mitarbeit im Beirat sehr gefreut.

Seit dem Mai 2023 gehören Sie dem Wissenschaftlichen Beirat unseres Fachorgans an. Was sollte der Beirat aus Ihrer Sicht leisten? Welche konkreten Arbeits- und Gestaltungsvorschläge haben Sie dazu?

Der Wissenschaftliche Beirat trägt primär zur Unterstützung des Redaktionsteams der *Mitteilungen* bei. Die Beiratsmitglieder können in ihrem Umfeld neue Interessenten für die Arbeit des Förderkreises und seiner *Mitteilungen* werben und Ideen für die weitere inhaltliche Gestaltung der Hefte unterbreiten. Ich fände es in jedem Fall lohnenswert, wenn sich der Beirat gelegentlich auch in Präsenz trafe. Durch die unterschiedlichen Wohnorte der Mitglieder ist das sicher schwierig, ein jährliches Treffen würde ich aber dennoch sehr begrüßen.

Mit Blick auf die letzten beiden Hefte der „Mitteilungen“, also Heft 64 und 65: Wie lautet Ihre Blattkritik?

Die *Mitteilungen* sind sehr informativ und mir gefallen die festgelegten Rubriken. Sehr positiv sehe ich zudem die seit den letzten sechs Heften neukonzipierte graphische Gestaltung der *Mitteilungen*. Ich könnte mir vorstellen, dass man neben der Vorstellung von Archiven auch einzelne für die Zwecke des Förderkreises themenrelevante Bestände aus Archiven, welche nicht schwerpunktmäßig Überlieferungen zur Arbeiterbewegung besitzen, vorstellen könnte. Ausführlichere Informationen über laufende oder seit Kurzem abgeschlossene universitäre Forschungsprojekte zu präsentieren, fände ich ebenfalls sehr interessant.

Wie kamen Sie überhaupt auf die Thematik des Umgangs mit dem Parteiarchiv der SED im Besonderen?

Im Gegensatz zu den Debatten um die Öffnung und Nutzung der Stasi-Akten, die in der Öffentlichkeit zu Recht eine große Aufmerksamkeit fand und nach wie vor findet, wurden die zu Beginn der 1990er-Jahre kontrovers geführten Verhandlungen über die dauerhafte Sicherung und Nutzung des Archivgutes der SED recht wenig zur Kenntnis genommen. Für die Erforschung des Herrschaftssystems in der SBZ/DDR sind die SED-Akten alleine aufgrund des Führungsanspruchs der Partei, der ab Ende der 1960er-Jahre sogar verfassungsmäßig verankert war, natürlich von zentraler Bedeutung. Dass es über die Auseinandersetzung um die Zukunft der archivischen Hinterlassenschaft der SED nach 1990 keine wissenschaftliche Untersuchung gab – abgesehen von profunden und sehr informativen Darstellungen einiger am Prozess Beteiligter –, empfand ich nicht nur in archivgeschichtlicher Hinsicht, sondern auch als Teilaspekt der Wiedervereinigung als Leerstelle in der Forschung. Daher habe ich mich dieses – wie ich finde – spannenden Themas angenommen.

Als Funktionsträger im Kontext der Archive der Opposition in der DDR: Was könnten wir stärker berücksichtigen, auf welche Initiativen der historischen Erinnerung sollten wir verstärkt schauen?

Die freien Archive bzw. Bewegungsarchive sichern die Überlieferung von sozialen Bewegungen und sind in der Regel auch aus diesen Bewegungen heraus gegründet worden. In den ostdeutschen Bundesländern bzw. in Berlin sind dies bezogen auf die DDR natürlich die zu Beginn der 1990er-Jahre entstandenen Archive der Oppositions- und Bürgerbewegung. Zu nennen sind hier vor allem das Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin, das Archiv

Bürgerbewegung Leipzig, das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte ‚Matthias Domaschk‘ in Jena, das Martin-Luther-King-Zentrum in Werdau sowie die Umweltbibliothek Großhennersdorf. In diesen Archiven werden die Selbstzeugnisse der Oppositions- und Bürgerbewegung als Gegenüberlieferung zu den staatlichen Akten gesichert. Neben historischen Forschungen zu oppositionellen Gruppierungen oder Personen können die Überlieferungen aus den o. g. Archiven auch ein ergiebiger Fundus für Forschungen zur Sozial- oder Alltagsgeschichte in der DDR sein.

Im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft, in dem ich tätig bin, haben wir etwa mit dem ‚Archiv GrauZone‘ die größte Sammlung zur autonomen Frauenbewegung in der DDR gesichert, die in den letzten Jahren zu einem der gefragtesten Bestände in unserem Haus geworden ist. Im Kontext der Geschichte der Arbeiterbewegung sind unter anderem Sammlungen zur Vereinigten Linken und zur Initiative für unabhängige Gewerkschaften zu nennen.

Sie haben über den Umgang mit dem SED-Parteiarchiv eine gewichtige Monographie verfasst. Sehen Sie die Gefahr, dass den Überlieferungen aus dem Herrschaftsbereich der DDR nicht das ihnen gebührende Augenmerk zuteilwird?

Zunächst ist zu sagen, dass sich – abgesehen von den Stasi-Akten – die Sicherung der DDR-Unterlagen staatlicher Provenienz, also Akten des Staatsrates, des Ministerrates, der Volkskammer, der Ministerien und nachgeordneten Einrichtungen, die sich zum Teil schon im Zentralen Staatsarchiv der DDR befanden, durch die im Einigungsvertrag geregelte Übernahme ins Bundesarchiv relativ problemlos gestaltete – zumindest im Vergleich zu den Sicherungsbemühungen der Hinterlassenschaft der Parteien und Massenorganisationen der DDR. Mit der Einrichtung der SAPMO als unselbständiger Stiftung unter dem Dach des Bundesarchivs wurden dann vor allem durch den Wegfall der 30-Jahres-Schutzfrist sehr gute Rahmenbedingungen geschaffen, um eine quellengeschützte Aufarbeitung der Diktatur in der DDR zu ermöglichen, da es neben dem ehemaligen Zentralen Parteiarchiv der SED auch gelungen ist, die Überlieferungen zahlreicher weiterer Organisationen zu sichern, etwa die der FDJ, des FDGB, des Kulturbundes etc.

Die archivische Hinterlassenschaft der ehemaligen DDR ist ja sehr vielseitig. Sowohl im Bundesarchiv und in der SPAMO, in den Landesarchiven und Kommunalarchiven der ostdeutschen Bundesländer, in den Wirtschafts- und Kirchenarchiven als auch in den Bewegungsarchiven, finden sich zahlreiche Archivalien, mit denen man eine Vielzahl von Themen zur DDR-Geschichte bearbeiten kann. Die Nutzungsanfragen im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft sind für die Größe unseres Archivs beständig hoch. Auch das Bun-

desarchiv kann sich vermutlich über zu wenige Anfragen zu Quellen aus DDR-Provenienz nicht beschweren. Für die übrigen Archiven kann ich es nicht recht einschätzen, weil die DDR-Geschichte in einem Landes-, Kommunal- oder Kirchenarchiv natürlich nur einen begrenzten Zeitraum abdeckt.

Grundsätzlich wird aber meiner Meinung nach der DDR-Geschichte etwa in den Schul-Curricula nicht das gebührende Augenmerk zuteil. Und die Tatsache, dass es in Deutschland keinen universitären Lehrstuhl für die Geschichte der SBZ/DDR gibt, finde ich ebenfalls bedauerlich.

Welche Gedanken haben Sie zur zukünftigen Entwicklung der Stiftung Archive und Bibliotheken der Parteien und Massenorganisationen der DDR?

Ich bin natürlich mit den Interna der Stiftungsarbeit und den strategischen Überlegungen des Bundesarchivs nicht vertraut. Da ich mich intensiv mit der Entstehung der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR beschäftigt habe, deren Einrichtung auf einem mühsam gefundenen aber letztlich tragfähigem Kompromiss beruht, der versucht, allen am Prozess Beteiligten gerecht zu werden, finde ich es gut, wenn diese besondere Organisationsform im Gefüge des Bundesarchivs wie bisher sichtbar bleibt.

Wir danken Ihnen für den anregenden Meinungsaustausch!

Das Interview führten Holger Czitrich-Stahl und Rainer Holze

Besondere Zeitdokumente

Die Programmatik des „Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür“ 1950-1952

Michael Klein

Margarete Buber-Neumann ist heute vor allem bekannt als die Verfasserin von „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“. In dem Buch schildert sie, wie sie mit ihrem Partner, dem KPD-Funktionär Heinz Neumann, in die UdSSR emigrierte. Beide wurden Opfer stalinistischer Verfolgung. Er verschwand spurlos und sie wurde nach sowjetischer Lagerhaft nach Deutschland abgeschoben, wo sie ins KZ Ravensbrück eingeliefert wurde.

Die Erstausgabe des Buches erschien 1948 in Schwedisch, im selben Jahr gab es eine englische Übersetzung im renommierten Gollancz-Verlag. 1949 kam eine deutsche Ausgabe in den Handel.¹ Das Buch erregte großes Aufsehen. Was folgte, liest sich in biografischen Skizzen zu Buber-Neumann, so oder ähnlich:

„Die Auseinandersetzungen um dieses Buch führte Margarete Buber-Neumann zu eigenen Aktionen gegen den Kommunismus und gegen alle ‚linken‘ Strömungen in der westdeutschen Öffentlichkeit. Unterstützt von der amerikanischen Besatzungsmacht und von den konservativen Parteien hielt sie unzählige Vorträge aggressiven, aber auch aufklärenden Charakters, nahm Stellung gegen die Entspannungspolitik Willy Brandts, schrieb zahlreiche Aufsätze und einige Bücher.“²

Wie die wichtigsten „eigenen Aktionen“ aussahen, erfährt man nicht. Etwa, dass Margarete Buber-Neumann in rascher Folge Unternehmen gründete. Es begann mit einem „Befreiungskomitee für die Opfer totalitärer Willkür“ im Oktober 1950, dem Monate später zwei Ableger des Komitees folgten: ein „Aktion“-Verlag mit der gleichnamigen Zeitschrift für Politik und Kultur und einer Schriftenreihe sowie ein Schulungsunternehmen, das „Institut für politische Erziehung“. Urplötzlich jedoch, um die Jahreswende 1952/1953, wurde die Tätigkeit des Befreiungskomitees bereits wieder eingestellt. Über das Ende des Befreiungskomitees ist so gut wie nichts zu erfahren – ebenso wenig über seine Gründung und die politische Praxis des Komitees.

Die Lücke in ihrer Biografie hängt auch mit Margarete Buber-Neumann selbst

1 Margarete Buber-Neumann: Als Gefangene bei Stalin und Hitler. München 1949.

2 Sigrid Jacobeit: Ausstellung Margarete Buber-Neumann 1901-1989. Gefangene bei Stalin und Hitler (2002), <https://www.gedenkstaettenforum.de/aktivitaeten/gedenkstaettenrundbrief/detail/ausstellung-margarete-buber-neumann-1901-1989>.

zusammen. Sie ist kaum in ihren Publikationen auf ihre Unternehmen eingegangen. Der letzte Band ihrer Erinnerungen endet Mitte 1950, vor der Gründung des Befreiungskomitees.³ Und wenn Zeitgeschichtler in ihrem Nachlass im Frankfurter Exil-Archiv Einblick nehmen, stoßen sie nur auf spärliche Überlieferungen, die das Befreiungskomitee betreffen. Kein Wunder also, dass das Komitee in Veröffentlichungen über Margarete Buber-Neumann selten erwähnt wird. Was sie mit dem Befreiungskomitee erreichen wollte, ist nirgendwo zu lesen.

In Vorbereitung meiner Recherchen zu Buber-Neumanns Aktivitäten in den frühen Nachkriegsjahren habe ich als Erstes die programmatischen Verlautbarungen des Befreiungskomitees zusammengestellt. Mehr als drei Dokumente ließen sich nicht auftreiben.

Wie Sigrid Jacobeit oben andeutet, hat die amerikanische Besatzungsmacht Margarete Buber-Neumann unterstützt und das jahrelang auf vielfältige Weise. Buber-Neumann schildert in ihren Erinnerungen, wie sie Anfang 1946 an Zusammenkünften führender Westzonen-Sozialdemokraten teilnahm, die von der amerikanischen Militärregierung organisiert wurden. Es ging darum, ein Gegengewicht zur Ostzonen-SPD zu schaffen, die sich unter Otto Grotewohl anschickte, mit der KPD zu fusionieren.

Die Kontakte mit den Militärbehörden wurden intensiver, als der Kalte Krieg Fahrt aufnahm. Anfang 1949 verschafften die US-Behörden Buber-Neumann einen Auftritt vor Gericht in Paris. Der sowjetische Diplomat Victor Kravčenko hatte sich abgesetzt und in dem Bestseller „Ich wählte die Freiheit“ mit dem Stalinismus abgerechnet. Eine Zeitschrift in Frankreich warf ihm vor, sein Pamphlet sei erlogen und von der CIA verfasst. Der Beschuldigte konterte mit einer Verleumdungsklage. Buber-Neumanns Zeugenaussage über ihre Lagerhaft in der UdSSR und die Auslieferung an Hitlerdeutschland trug wesentlich dazu bei, dass die Redakteure zu einer Geldbuße verurteilt wurden.

Ab 1950 gehörte Margarete Buber-Neumann zu den führenden Repräsentanten des US-geförderten „Kongresses für kulturelle Freiheit“. Im selben Jahr konferierten amerikanische Behörden mit Buber-Neumann, um zu erörtern, wie sich mit ihr als Galionsfigur, die antisowjetische Front in Deutschland stärken ließe.

Das Resultat dieser Gespräche war die Gründung des „Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür“, dem Buber-Neumann vorstand. Als es sich im Oktober 1950 konstituierte, war es eine Frühgeburt. Ein stringentes Konzept fehlte.⁴ Nichts dergleichen war der unbeholfen formulierten Gründungserklärung zu ent-

3 Margarete Buber-Neumann: „Freiheit, du bist wieder mein ...“ Die Kraft zu überleben. München, Wien 1978.

4 Michael Klein: „Millionen erwarten ihre Befreiung.“ Margarete Buber-Neumann und die Gründung des Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG). Berlin 2023, Heft 4. S. 73-85.

nehmen, die passagenweise wirkt, als sei sie aus einer Fremdsprache übertragen. Das Dokument ist nicht im Frankfurter Buber-Neumann-Archiv vorhanden und ist lediglich als eine Art Leserzuschrift in einer Fachzeitschrift abgedruckt, die bezeichnenderweise vom U.S. High Commissioner for Germany (HICOG), dem amerikanischen Vertreter in der Alliierten Hohen Kommission, herausgegeben wurde.

Aus der Erklärung lässt sich schließen, dass das Befreiungskomitee sich im Wesentlichen mit der Sammlung von Informationen beschäftigen sollte. Vorrangig hatte es Vorgänge in der DDR und in den ehemaligen deutschen Ostgebieten im Blick. Hier hatte die in der Erklärung erwähnte „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KGU) bereits Maßstäbe gesetzt. Das Befreiungskomitee würde nun vergleichbare Aufgaben in Westdeutschland übernehmen. Um Informationen abzuschöpfen, mussten die Repräsentanten des Komitees mit Freunden und Angehörigen von in der DDR Inhaftierten in Verbindung kommen sowie mit Flüchtlingen, Übersiedlern und aus den Lagern entlassenen Kriegsgefangenen und Internierten. Das Befreiungskomitee bemühte sich in der Folge um den Zugang zu Flüchtlingslagern und ließ in Institutionen, die sich um Übersiedler kümmerten, mit Aushängen auf die Existenz des Komitees und seiner Anlaufstellen hinweisen. Auch Kontakte in die über Berlin grenzoffene DDR wurden geknüpft. Bei den Unterredungen fertigten die Mitarbeiter Aufzeichnungen an, die, wenn sie informationshaltig waren, auch in die Hände der Sicherheitsorgane gelangten.

In den Gesprächen bekamen die Protokollanten gelegentlich Hinweise, die das Befreiungskomitee für das zweite in der Gründungserklärung formulierte Vorhaben nutzen konnte. Es wollte mit Protestaktionen auf die Lage von politischen Gefangenen im Osten hinweisen. Hier engagierte sich das Komitee zum Beispiel auf einer Kundgebung und mit Flugblättern und einer Broschüre für den linkssozialistischen Publizisten Alfred Weiland, der am 11. November 1950 über die Sektorengrenze nach Ostberlin verschleppt worden war. Wurden anti-stalinistische Linke verfolgt, war das Befreiungskomitee besonders aufmerksam. Denn Buber-Neumann hatte im Frühjahr 1951 in ihrer Zeitschrift „Aktion“ vor allem die nichtkommunistische Linke zum antitotalitären Engagement eingeladen.⁵

Nach einem Jahr Befreiungskomitee zog Margarete Buber-Neumann im Herbst 1951 Bilanz. Sie griff die Kritik linker und liberaler Sympathisanten auf, die das Anliegen des Befreiungskomitees ernst nahmen und anregten, sich mit sämtlichen Opfern des Totalitarismus zu befassen. Jetzt erklärte Buber-Neumann ihre Gegnerschaft auch zu den „faschistischen oder halbfaschistischen Staaten, die im Westblock verblieben sind“. In der Praxis des Komitees bedeutete dies gelegentliche Missbilligungen von Gewaltakten rechter Regime. Die „Befreiungs“-Kampagnen wurden nicht auf Staaten wie Spanien und Portugal ausgedehnt, sondern blieben

5 Margarete Buber-Neumann: Mein Weg zur „Aktion“ (März 1951), in: ebd. S. 83-85.

auf den sowjetischen Machtbereich beschränkt.

In ihrer Herbstbilanz 1951 änderte die Chefin zudem die Aufgabenstellung des Befreiungskomitees. Die Flüchtlingsarbeit wurde zwar fortgesetzt, rückte aber aus dem Fokus. Die Mitarbeiter des Komitees hätten sich ab sofort auf das „Hauptziel“ zu konzentrieren, nämlich den „Heimatlosen“, „politisch einen Kristallisationspunkt zu geben. In Verbindung mit der von mir herausgegebenen Monatschrift AKTION und unserem Institut für politische Erziehung werden laufend in der Bundesrepublik sogenannte Stützpunkte errichtet, die den Förderern und Mitgliedern des Komitees Gelegenheit zu praktischer politischer Arbeit und Diskussionen geben sollen“.⁶

Mit der „Gelegenheit zur praktischen politischen Arbeit“ war der Versuch gemeint, die „Heimatlosen“ mittelfristig in das Komitee aufzunehmen. Wen das Komitee zu den „Heimatlosen“ und potentiellen Mitgliedern zählte, verdeutlicht folgender Appell: „Wir wenden uns besonders an Dich, Ostzonenflüchtling, an Dich, Russlandheimkehrer und an Dich, Heimatvertriebener, die Ihr die bolschewistische Diktatur an eigenem Leibe erlebt habt. Denkt an die Leiden Eurer Mitmenschen im Osten! Werdet Mitglieder des Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür e. V.“⁷

Der Erfolg scheint sich in Grenzen gehalten zu haben, denn sechs Monate nach diesem Appell machte das Befreiungskomitee erneut einen Zielgruppenschwenk. Es verbreitete ab Mai 1952 ein Aktionsprogramm, das die politischen Forderungen und die nächsten Schritte konzentriert festhielt. In ihm lud das Komitee ab sofort jedermann zur Mitarbeit ein. Der Geburtsort, die Herkunft, die Mitgliedschaft in einer Partei oder das religiöse Bekenntnis sollten keine Rolle spielen.

Liest man das Aktionsprogramm, fällt die Forderung nach der „Ausweisung aller offenen und getarnten Stalin-Agenten aus der Bundesrepublik“ auf. Mit den „offenen“ Stalin-Agenten waren die Mitglieder der KPD und ihrer Organisationen gemeint. Die „getarnten Stalin-Agenten“ waren nicht etwa undercover agierende russische Spione, sondern Bundesbürger, die sich – aus der Sicht des Befreiungskomitees – nicht vorbehaltlos im Kalten Krieg auf die Seite des Westens schlugen. Mit der Deportation von „Agenten“ wollte das Komitee Arbeitsplätze und Wohnraum schaffen für Flüchtlinge sowie Heimkehrer aus der russischen Kriegsgefangenschaft. Dass ihr Abgang die Zahl der Staatsfeinde in Westdeutschland reduzieren würde, sollte ein willkommener Nebeneffekt sein.

Die strategischen Schwenks in diesen drei Dokumenten waren nicht das Ergebnis von Diskussionen und Beschlüssen im Leitungszirkel des Befreiungs-

6 Vgl. Dokument 2 [Herbst 1951].

7 Vgl.: 85.000 Männer, Frauen und unmündige Kinder schmachten in den Kerkern der sowjetzonalen Behörden und ersehnen den Tag der Befreiung, in: Informationsblätter des Befreiungskomitees. Nr. 6, Januar 1952.

komitees. Sondern sie geschahen abrupt nach Anweisungen der amerikanischen Berater, die mit der politischen Praxis des Komitees unzufrieden waren. Das Befreiungskomitee hat nicht den Erfolg gehabt, den die Finanziere erhofft hatten. Im Herbst 1952 evaluierten die amerikanischen Behörden die von ihnen gesponserten deutschen Frontorganisationen. Einigen wurden die Zuwendungen gestrichen. Auch Margarete Buber-Neumann erhielt im November 1952 die Mitteilung, dass die Zahlungen eingestellt würden. Das Befreiungskomitee war ab 1953 nur noch eine Fußnote in der Geschichte des Kalten Kriegs in Deutschland.

Dokument 1

Für die Opfer totalitärer Willkür [Oktober 1950]

In Frankfurt/Main hat sich ein Befreiungskomitee für die Opfer totalitärer Willkür gebildet. An seiner Spitze stehen zum Teil Menschen, die in den Lagern zweier totalitärer Regime inhaftiert waren, in Sowjetrußland oder Hitlerdeutschland, zum andern Teil ehrliche Freunde demokratischer Freiheit, die um jeden Preis gewillt sind, dieses wertvolle Gut nicht nur zu erhalten, sondern auch denjenigen zurückzugeben, die seiner verlustig gingen. Jetzt gibt es im Westen, in der Bundesrepublik keine Konzentrationslager mehr, aber immer noch vegetieren Millionen in den Lagern jenseits des Eisernen Vorhangs – darunter Tausende von Deutschen – und hoffen jeden Tag auf ihre Befreiung. Sogar von den in den Jahren 1936-1938 in Sowjetrußland verhafteten deutschen Emigranten gibt es noch Überlebende, wie die wenigen Entkommenen der letzten Jahre berichten. Wir erinnern nur an den Fall der Witwe des deutschen Schriftstellers Erich Mühsam, an Zensl Mühsam, die, wie Augenzeugen berichten, nach Verbüßung von über zehnjähriger Lagerhaft jetzt in der Nähe von Moskau lebt und sich vor Sehnsucht nach ihrer Heimat verzehrt. Aber hätten nicht Zensl Mühsams Freunde in der ganzen Welt ununterbrochen Proteste an die Sowjetbehörden und durch die Presse gehen lassen, so säße Zensl Mühsam sicher noch irgendwo in einem sibirischen KZ. Aber es ist wichtig zu wissen, daß die Organe der sowjetischen Diktatur vernünftlichen Protesten des Auslands gegenüber sehr empfindlich sind und daß sich die Lage des namhaft gemachten Häftlings auf alle Fälle bessert. Der hartnäckige Versuch, den Gutgläubigen diesseits des Eisernen Vorhangs die notwendigen Illusionen zu erhalten, überwiegt den Zynismus der Sowjetbehörden, und sie sind bemüht, geheim zu halten, was alle Welt längst weiß. So wurden die entlassenen italienischen Südosteuropadiplomaten im russischen Lager Wiener-Neustadt vor ihrer Entlassung drei Tage lang in die Sonne gebracht, damit sie die krankhafte Gefängnisblässe verlieren sollten. Vorkommnisse dieser Art bestätigen die Verletz-

lichkeit der Sowjets durch eine allzu eingehende Beschäftigung des Westens mit ihrem terroristischen System.

Seit dem Jahre 1945 wurden ununterbrochen aus der russischen Besatzungszone Deutschlands und in wachsender Zahl sogar aus den Westzonen Menschen verschleppt. Ohne vor ein ordentliches Gericht gestellt zu werden, bezichtigt man sie erfundener Verbrechen und verhängt gegen Unschuldige grausame Urteile. Andere werden auf administrativem Weg ohne Gerichtsverfahren und Urteil als Sklaven in die UdSSR gebracht.

Bisher ist wenig unternommen worden, um das Los dieser Menschen zu erleichtern oder sie gar zu befreien. In Berlin besteht die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, die sich der Verschleppten der Ostzone annimmt, aber in Westdeutschland gibt es bis auf das kürzlich in Düsseldorf gegründete Befreiungskomitee für die Opfer ostzonaler Willkür, keine Organisation, die sich systematisch mit Nachforschungen beschäftigt, die Informationen sammelt und Protestaktionen in die Wege leitet. Die Aufgabe aller freiheitlich gesinnten Menschen sollte es sein, auf die Grausamkeiten hinter dem Eisernen Vorhang hinzuweisen und mitzuhelfen, das Los dieser Unglücklichen zu erleichtern.

Wir fordern die Angehörigen und Freunde von Verschollenen auf, sich zwecks näherer Beratung an das Sekretariat des Befreiungskomitees für die Opfer totalitärer Willkür, Frankfurt a. M., Große Friedberger Straße 44/46, IV, zu wenden. Sprechzeiten: Dienstag, Mittwoch, Donnerstag von 16-18 Uhr. Dieses Komitee wird nicht nur in Frankfurt, sondern auch in mehreren Großstädten Westdeutschlands, in Düsseldorf, Stuttgart und München tätig sein.

Quelle: Für die Opfer totalitärer Willkür. Aus Frankfurt am Main wird uns geschrieben, in: Ost-Probleme, Berlin. Heft 50. 14. Dezember 1950. S. 1582.

Orthographie des Originals. Zu dem in der Erklärung erwähnten „in Düsseldorf gegründete[n] ‚Befreiungskomitee für die Opfer ostzonaler Willkür‘ gibt es derzeit keine Informationen“.

Dokument 2

Typoskript, Durchschlag [undatiert. Ende 1951], Bericht über die Tätigkeit des Befreiungskomitees

„Im Oktober 1950 wurde das Befreiungskomitee f. d. O... [sic] in Frankfurt a. M. gegründet.

Zusammensetzung der Gründungsversammlung: Leute, die in deutschen KZs und sowjetdeutschen oder -russischen Lagern weitgehende Erfahrungen gemacht

haben.

Streng überparteilich und überkonfessionell.

Ein wesentlicher Anstoß zur Gründung war die Entführung des kommunistischen Bundestagsabgeordneten Kurt MÜLLER. Von diesem Anlass ausgehend, dehnte das Komitee seine Arbeit schnell auf alle Flüchtlinge und Geschädigten des Sowjetregimes aus und richtete seine Propaganda auch gegen die faschistischen oder halbfaschistischen Staaten, die im Westblock verblieben sind.

Am Anfang stand zunächst der Versuch, Sowjetzonenflüchtlingen, deren Angehörigen verschwunden waren, so gut wie möglich Aufschluss über deren Schicksal zu verschaffen. Eine Kartei der Verschwundenen wurde angelegt.

Für wirksame caritative Maßnahmen [sic] ist die Organisation nicht ausgedehnt genug. Diese Arbeit muss den amtlichen und halbamtlichen Flüchtlingsstellen überlassen bleiben. Unser Ziel ist eher das Weiterhelfen. Durch gute Verbindung mit den Arbeitsämtern soll versucht werden, möglichst viele der durch die Flüchtlingslager Gegangenen in Arbeit und Brot zu bringen.

Hauptziel ist, den Heimatlosen auch politisch einen Kristallisationspunkt zu geben. In Verbindung mit der von mir herausgegebenen Monatsschrift AKTION und unserem Institut für politische Erziehung werden laufend in der Bundesrepublik sogenannte Stützpunkte errichtet, die den Förderern und Mitgliedern des Komitees Gelegenheit zu praktischer politischer Arbeit und Diskussionen geben sollen.“

Quelle: Deutsches Exil-Archiv, Frankfurt/Main. Nachlass Margarete Buber-Neumann. EB 89/193-B.04.0002.

Orthografie und Interpunktion des Originals. Der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der KPD, Kurt Müller, war Anfang 1950 in der DDR festgenommen worden.

Dokument 3



Was will das Befreiungskomitee?

Tägliche Existenzsorgen lassen uns allzu leicht die Leiden anderer vergessen. Wir wollen Achtung vor der Würde und den Rechten jedes Mitmenschen im politischen Leben.

Daher fordern wir:

**Heimkehr aller militärischen und zivilen
Gefangenen,**

die heute noch, sieben Jahre nach Kriegsschluß, im Ausland zurückgehalten werden!

Befreiung aller politischen Gefangenen

und Zwangsarbeiter, die in der Sowjetzone ohne ordentliches Gerichtsverfahren, einzig um ihrer Überzeugung willen, der Freiheit beraubt wurden!

Schutz gegen die politische Unterwelt von rechts und links,

die mit Menschenraub, Mord, Erpressung und anderen kriminellen Mitteln in die politischen und weltanschaulichen Auseinandersetzungen unserer Zeit einzugreifen sucht!

Wir wollen eine kämpferische Demokratie.

Wir rufen auf zur Offensive der Freiheit!

Das Befreiungskomitee ist eine Selbsthilfeorganisation aller Demokraten, die nicht nur Worte hören, sondern handeln wollen. Wir sind keine politische Partei, keine neue Massenorganisation.

Tatkräftige, entschlossene Mitarbeiter, nicht eindrucksvolle Mitgliederzahlen — darauf kommt es uns an!

Ostflüchtlinge, es geht auch um Eure Sache!

Wir fordern die Ausweisung aller offenen und getarnten Stalin-Agenten aus der Bundesrepublik! Ihre Arbeitsplätze und Wohnungen gehören Ostflüchtlingen und Heimkehrern, den Opfern des von ihnen vertretenen Systems.

Wir fordern die unbedingte Gleichberechtigung aller Flüchtlinge aus der Zone der Ungerechtigkeit!

Freie Wahlen in der Sowjetzone, politische Amnestie, Freilassung der Kriegsgefangenen können wir nicht erbetteln, wir müssen sie erkämpfen.

Darum schließt Euch dem Befreiungskomitee an!

Die Mitgliedschaft ist nicht an die Höhe der Beitragsleistung gebunden. Helft uns, weitere Stützpunkte, Beratungsstellen, Arbeits- und Aussprachekreise zu bilden! Meldet euch zur Mitarbeit! Sendet uns die Anschriften Gleichgesinnter, denen wir unsere Mitteilungen zusenden können!

Wir rufen jeden demokratisch gesinnten Deutschen, wir rufen unsere Jugend:

Für Freiheit und soziale Gerechtigkeit, für kämpferische Demokratie!

Befreiungskomitee
für die Opfer totalitärer Willkür

(gez.) Margarete Buber-Neumann

Frankfurt am Main, 1952
Große Friedberger Straße 44—46
Tel.: 4 44 49.

Zuschriften und Anfragen auch an die Zweigstellen des Befreiungskomitees:
Hamburg 36, Kaiser Wilhelm Straße 85, Zimmer 419
(Norddeutsches Sekretariat, Carl Manger)
Braunschweig-Gliesmarode, Messeweg 14, (Günter Lippoldes)
Hannover 11, Postschließfach 3083
Düsseldorf, Colzheimerstraße 104 bei Ahrens (Dieter Bosch)
Bonn, Küdingshoven, Pützchenweg bei Blatzheim (Karl Bartels) Tel.: Bonn 35 173
Stützpunkte in München, Stuttgart, Nürnberg-Fürth, Wiesbaden, Köln.

Berliner Redaktion und Vertrieb der Monatsschrift **AKTION**:
Berlin-Wilmersdorf, Bundesallee 156, Tel. 85 47 56.

Vortrag

August Bebel oder: Der revolutionäre Sozialdemokrat¹

Das ist der Titel des Buches, das ich zu seinem 110. Todestag am 13. August 2023 geschrieben habe. Es enthält nicht nur eine Biografie, sondern auch eine Sammlung von ausgewählten Texten von und über August Bebel.²

Oft wird mir die Frage gestellt, wieso ich als Frauenforscherin über August Bebel schreibe. Und warum dieses Buch? Es gibt schon so viele Bücher von ihm und über ihn. Allein die Ausgabe seiner Reden und Schriften enthält 10 Bände. Sein wohl bekanntestes Buch ist „Die Frau und der Sozialismus“³, das zu seinen Lebzeiten viele Frauen zum Sozialismus bekehrte. Bebel kämpfte nicht allein. Deshalb kommen in dem Buch und in diesem Text auch seine Lebensgefährtin Julie und einige andere Mitstreiterinnen zu Wort.

Wer war August Bebel?

„Mit dem Tod Bebels haben die Frauen einen treuen Kameraden verloren [...]. Er war ein Proletarierkind, war selbst Arbeiter, ein Drechsler seines Zeichens und der Führer all derjenigen, die die bürgerliche Welt gewohnt ist, hassend zu verachten und verachtend zu hassen“, das schrieb Alexandra Kollontai (1872-1952)⁴, nachdem sie erfahren hatte, dass der revolutionäre Sozialdemokrat gestorben war. Auch andere schreibende Sozialdemokratinnen waren der Meinung, dass der Tod Bebels für die gesamte Arbeiterklasse ein unersetzlicher Verlust gewesen sei, für die Frau, die Arbeiterin jedoch ein doppelt so großer.

Oft wird August Bebel als „Kaiser Bebel“, „Gegenkaiser“, „Arbeiterkaiser“ oder „Kaiser der kleinen Leute“ bezeichnet. Ihm selbst hätten solche Bezeichnungen nicht gefallen, denn er war ein Todfeind der Monarchie und wollte sie beseitigen. Bebel war „gegen alle Autoritäten, gegen die himmlischen, wie gegen die irdischen“, mit denen die konservativen Parteien die Massen geführt haben und immer noch zu führen versuchen. Er kämpfte gegen Kapitalismus, Militarismus, Rassismus, Kolonialismus, Klerikalismus, Antisemitismus und Sexismus.

1 Der Vortrag wurde am 27.04.2024 anlässlich der 33. Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung gehalten.

2 Gisela Notz (Hrsg.): August Bebel oder: Der revolutionäre Sozialdemokrat, Berlin: Karl Dietz-Verlag, 2023.

3 August Bebel: Die Frau und der Sozialismus, Berlin/Bonn: Verlag J. H. W. Dietz Nachf., 1980. Neusatz der 1929 erschienenen Jubiläumsausgabe.

4 Zu Alexandra Kollontai siehe: Hella Hertzfeldt: Alexandra Kollontai (1872-1952), in: Gisela Notz (Hrsg.): Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte, Neu-Ulm 2020, 3. Aufl., S. 124 f.

Vor allem kämpfte er für Sozialismus und für Demokratie. Sein Zeitgenosse Karl Marx (1818-1883) antwortete auf die Frage, wer Bebel war: „Er war eine einzige Erscheinung innerhalb der deutschen (man kann sagen innerhalb der ‚europäischen‘) Arbeiterbewegung.“ Er wollte der Würde der Menschen zu ihrem Recht verhelfen. Er war ein Autodidakt im allerbesten Sinne. Er hat sich selbst beigebracht, was er wissen wollte. Vieles hat er in seinem dreibändigen Lebensbuch geschrieben. Es heißt: „Aus meinem Leben“, und er hat es Julie Bebel gewidmet.⁵ Er schrieb das Buch auf den Wunsch seiner Parteigenossen, weil er nicht wollte, dass andere in seiner Biografie herumstochern. Er wollte selbst mit Offenheit und Ehrlichkeit über sein Leben schreiben, nichts vertuschen und nichts schönfärben. Auch wenn es manchen nicht gefiel.

Kindheit, Lehr- und Wanderjahre

Poetisch, wie man es einem berühmten Politiker nicht zutrauen würde, schrieb Bebel in seinem Lebensbuch, dass das „Licht der Welt“, das er nach seiner Geburt am 22. Februar 1840 in den Kasematten in Deutz bei Köln erblickte, das „trübe Licht einer zinnernen Öllampe“ war. Er war der Sohn der Dienstmagd Wilhelmine Johanna Bebel (1804-1853), geb. Simon, und des Unteroffiziers Johann Gottlieb Bebel (1809-1844). Das Zimmer, in dem er zur Welt kam, war zugleich Wohn- und Schlafzimmer, Salon, Küche und Wirtschaftsraum. Er bekam 1841 einen Bruder und 1842 einen zweiten. Die Kinder wuchsen in einfachen Verhältnissen auf. Das Geld war meist knapp und Schmalhans oft Küchenmeister. Nachdem sein Vater nach einer schweren Krankheit im Alter von 35 Jahren gestorben war, erlebte die Familie eine bittere Zeit der Armut. Die Mutter bekam keine Pension und musste für sich und ihre Kinder allein sorgen, bis sie 1844 den Zwilingsbruder des Vaters heiratete. Der vierjährige August konnte in Brauweiler, wo sie nun lebten, die Dorfschule besuchen und musste die körperliche Züchtigung des „furchtbar strengen“ Stiefvaters ertragen, bis auch der 1846 starb und die Mutter wieder mittellos war. Sie zog nun mit den Kindern „mit Sack und Pack“ nach Wetzlar, ihrem Geburtsort. Obwohl August als begabter Schüler galt, konnte er nur die städtische Armenschule besuchen. Um die Finanzen aufzubessern, arbeitete er als Kegeljunge in einer Gastwirtschaft. Dreizehn Jahre war er alt, als auch seine Mutter starb. Nun lebte er bei einer Tante. Es gefiel ihm gar nicht, dass er nach dem Besuch der Volksschule 1854 die Schule verlassen musste.

Eigentlich wollte August Bebel „das Bergfach“ studieren. Dazu fehlte das Geld. Einem Armen- und Waisenfonds hatte er es zu verdanken, dass er eine Lehre beginnen konnte. Nun musste er von fünf Uhr morgens bis sieben Uhr abends arbeiten. Nur am Sonntagvormittag bekam er frei, damit er den Gottesdienst

⁵ August Bebel: Aus meinem Leben, ungekürzte Neuauflage, Bonn: Dietz-Verlag 1997.

besuchen konnte. Da sich herausstellte, dass er die Kirche schwänzte, entfiel diese „Freizeit“. Nach dem Ende seiner Lehre, am 1. Februar 1858, begab sich Bebel auf die Wanderschaft, wie es damals für Handwerksgehlen üblich war. „Tippelei“ und Gesellenvereine waren wichtige Anstöße, nicht nur für die Weiterbildung des lernbegierigen Gesellen, sondern auch für die folgende politische Arbeit.

Ende Februar 1860 trat er zu Fuß den letzten Teil seiner Wanderschaft an, um nach Wetzlar zurückzukehren. Im Nachbardorf Butzbach fand er Arbeit, zog aber bald weiter nach Leipzig, wo er am 7. Mai 1860 ankam und in einem kleinen Drechslerbetrieb arbeiten konnte. Dort platzte er mitten in einen Streik der Lehrlinge. Es imponierte dem jungen August mächtig, dass sie durchsetzen konnten, statt früh um fünf Uhr künftig erst um sechs Uhr mit der Arbeit zu beginnen. Als sein Meister ihm Ende 1863 kündigte, reiste er nach Wetzlar, wo er mit Hilfe des Erlöses aus kleinen geerbten Grundstücken 1864 sein eigenes kleines Unternehmen gründete.

Eine resolute und kluge Frau: Julie Otto (1843-1910)⁶

In der aufstrebenden Stadt Leipzig, die damals als Hauptstadt des Liberalismus, der Demokratie und als Mittelpunkt des Vereinswesens der Arbeiter und Handwerker galt, lernte er am 21. Februar 1863 auf einem Stiftungsfest des Gewerblichen Bildungsvereins, bei dem er als einer der Festredner auftrat, die Arbeitertochter und Putzmacherin Julie Otto kennen. Bevor sie August Bebel traf, hatte Julie schon mit der Sozialdemokratie sympathisiert. Sie war von der ‚Jungfernrede‘ Bebels begeistert. Drei Jahre später heirateten beide. Julie übte ihren Beruf weiter aus und engagierte sich verstärkt für den Sozialismus, auch wenn sie aufgrund des Sächsischen Vereinsgesetzes kein Parteimitglied werden konnte. Am 16. Januar 1869 wurde die Tochter Friederike geboren. Ihren Vater sollte „Friedchen“ zunächst nur selten zu sehen bekommen. Er stritt gemeinsam mit Wilhelm Liebknecht (1826-1900) im Norddeutschen Reichstag gegen den Deutsch-Französischen Krieg (1870/71). Da Bebel durch sein Mandat im Deutschen Reichstag und durch Gefängnisunterschied häufig von zu Hause abwesend war, übernahm Julie während dieser Zeit die Drechslerwerkstatt, arbeitete als Parteisekretärin, verwaltete die Parteigelder, organisierte Solidaritätsversammlungen mit den Frauen anderer Inhaftierter und verteilte Hilfsgüter für die Frauen und Kinder der in Haft gehaltenen Sozialisten. Bis zu Julies Tod blieben die beiden zusammen. Julie war mehr als „Die Frau an seiner Seite“. Sie hatte keinen geringen Anteil am Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung.

6 Zu Julie Bebel, geb. Otto, siehe Gisela Notz: Julie Bebel (1843-1910), in: dies. (Hrsg.): Wegbereiterinnen, S. 50 f.

Auf dem Weg zum Sozialismus

Bebel, der zunächst der liberalen Fraktion der Arbeitervereinsbewegung zuzurechnen war und der Fortschrittspartei nahestand, rückte bald nach links. Unterstützt wurde seine Wende hin zum Sozialismus, als er 1865 den radikaldemokratischen Revolutionär Wilhelm Liebknecht (1826-1900) kennenlernte. Mit der gemeinsamen politischen Arbeit begann eine lebenslange Freundschaft. 1867 wurden beide in den Norddeutschen Reichstag gewählt, wo sie am 28. November die Kriegskredite ablehnten. Mit der im August 1869 unter dem Vorsitz von Bebel und Liebknecht in Eisenach gegründeten marxistischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) forderten sie früh die Gleichberechtigung der Frauen in der Parteiorganisation und das Frauenwahlrecht.

Nach der Reichstagsgründung am 18. Januar 1871 erfolgt am 3. März die Wahl Bebels in den ersten Reichstag. Das Mandat wurde ihm jedoch ein Jahr später aberkannt, weil er mit Liebknecht zu zwei Jahren Festungshaft wegen „Hochverrats“ verurteilt wurde. Während verschiedener Inhaftierungen begann er die Arbeit an dem berühmten Werk „Die Frau und der Sozialismus“, das 1879 erstmals erschien und dem viele weitere Auflagen folgten.

„Die Frau und der Sozialismus“

Dass die Geschichte der SPD des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts aus frauenpolitischer Sicht eine Erfolgsgeschichte wurde, war wesentlich August und Julie Bebel zu verdanken. Sie wirkten bahnbrechend sowohl für die sozialistische, aber auch für die bürgerliche Frauenbewegung. Nicht nur weil August Bebel das Buch „Die Frau und der Sozialismus“ schrieb. Bebel hatte eine ganz andere Einstellung zur Frauenerwerbsarbeit als etwa die Lassalleaner, zu deren Grundätzen es gehörte, dass die Situation der Frau nur durch eine Verbesserung der Situation des Mannes positiv verändert werden könne. Sie forderten das Verbot der Frauenerarbeit in den Fabriken und befürworteten deren Tätigkeit im Haus sowie einen Familienlohn, der es den Männern erlauben würde, so viel zu verdienen, dass sie ihre Familien alleine ernähren konnten.

August Bebel hingegen setzte sich für die ökonomische Unabhängigkeit der Frauen ein, die er – ebenso wie Clara Zetkin (1857-1933)⁷ – als eine Voraussetzung für deren wirtschaftliche, körperliche und geistige Unabhängigkeit erachtete. Er sah die Rolle der emanzipierten Frauen in einer sozialistischen Welt als dem Mann ebenbürtige Arbeiterin und Gefährtin: „Eben noch praktische Arbeiterin

7 Zu Clara Zetkin siehe Gisela Notz: Clara Zetkin und die internationale sozialistische Frauenbewegung, in: Ulla Plener (Hrsg.): Clara Zetkin in ihrer Zeit. Neue Fakten, Erkenntnisse, Wertungen, Berlin: Karl Dietz Verlag, 2008, S. 9-21.

in irgendeinem Gewerbe, ist sie in einem anderen Teil des Tages Erzieherin, Lehrerin, Pflegerin, übt sie in einem dritten Teil irgendeine Kunst aus oder pflegt eine Wissenschaft und versieht in einem vierten Teil irgend eine verwaltende Funktion. Sie treibt Studien, leistet Arbeiten, genießt Vergnügungen und Unterhaltungen mit ihresgleichen oder mit Männern, wie es ihr beliebt.“⁸

Bebel legte mit dem Buch ein flammendes Bekenntnis zur ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Gleichstellung der Geschlechter ab. Er schrieb darin: „Die Frauen wollen nicht bloß ihre Kräfte auf dem gewerblichen und industriellen Gebiet mit jenen des Mannes messen, sie wollen nicht nur eine freiere, unabhängigere Stellung in der Familie einnehmen, sie wollen auch ihre geistigen Fähigkeiten in höheren Lebensstellungen und im öffentlichen Leben verwerten.“ Seine Schilderungen verband er mit der Kritik an der bestehenden patriarchalischen gesellschaftlichen Ordnung und mit der sozialen Frage. Daraus zog er den Schluss, dass erst eine sozialistische Gesellschaft die Frauendiskriminierung wirklich beenden könne.

Für ihn galt es, die bürgerliche kapitalistische Gesellschaft von Grund auf umzugestalten und in einen Zustand zu überführen, in der es kein Privateigentum mehr an Grund und Boden und an Produktionsmitteln gibt. In einer sozialistischen Gesellschaft, so Bebels Vorstellung, wären auch zahlreiche andere gesellschaftliche Übel abgestellt, staatliche Organisationen würden überflüssig; genauso wie die Religion. Obwohl er nicht viel von Utopien hielt, skizzierte er am Ende des Buches eine ganzheitliche Realutopie, die nicht nur die Arbeit in der Industrie umfasste. Auch die Haus- und Sorgearbeit sowie künstlerische und literarische Betätigung hatte er im Blick und wollte sie neugestalten. Selbst die Nutzung von Sonnenenergie als Energiequelle sah er bereits vor. Die kleinfamiliären Privatküchen, die er als eine „rückständige und überwundene Einrichtung“ betrachtete, wollte er durch kollektive, mit den neuesten technischen Errungenschaften seiner Zeit ausgestattete Großküchen ersetzen.

In Anspielung an Bettina von Arnims (1785-1859) im Jahr 1843 erschienene Schrift „Dies Buch gehört dem König“ schrieb Clara Zetkin 1910: „Dies Buch gehört den Massen.“ Und weiter: Es ist „eine wuchtige Anklage wider die kapitalistische Ordnung, ein überzeugungsstarkes Bekenntnis zum Sozialismus, ein begeisterter Jubelhymnus auf seine befreiende Macht.“⁹ „Die Frau und der Sozialismus“ gehörte in Arbeiterkreisen für viele Jahrzehnte zu den wirkungsvollsten Agitationsschriften. Viele Frauen, nicht nur Bebels Generation, sondern auch der nachfolgenden, kamen durch dieses Buch zum Sozialismus: „Als ich Ende der achtziger Jahre als blutjunge Frau Bebels Buch ‚Die Frau und der Sozialismus‘ in die Hand nahm, da ging es mir, wie es so vielen Proletarierfrauen ebenso ergangen

8 Bebel, Die Frau, S. 421.

9 Clara Zetkin: Der Vorkämpfer unserer Frauenbewegung, in: *Vorwärts* vom 22. Februar 1910.

ist: ‚Wie Schuppen fiel es uns von den Augen‘,“ schrieb etwa Luise Zietz (1865-1922)¹⁰, eine der führenden Persönlichkeiten der sozialdemokratischen Frauenbewegung, als sie das anschauliche Bild, das Bebel von der zukünftigen Gesellschaft zeichnete, gelesen hatte.

Auch Hildegard Wegscheider (1871-1953), 1919 für die SPD in der verfassungsgebenden preußischen Landesversammlung und ab 1921 Abgeordnete im Preußischen Landtag, Lehrerin, Schulreformerin und Frauenrechtlerin, Vorstandsmitglied des 1919 gegründeten Bundes Entschiedener Schulreformer, verschlang das Buch und lernte daraus, dass auch eine Frau intellektuelle Interessen vertreten kann.¹¹

August Bebel unterstützte die Anliegen der Frauen jedoch nicht nur durch seine Schriften, sondern auch durch Taten. „Die Frauen dürfen so wenig auf die Hilfe der Männer warten, wie die Arbeiter auf die Hilfe der Bourgeoisie warteten“, schrieb er in dem Buch, obwohl er es war, der die kämpfenden Proletarierinnen stets unterstützte. Er setzte sich jahrzehntelang konsequent für die Rechte der Frau ein, trat für Arbeiterinnenschutzgesetze und für das Verbot der Kinderarbeit ein. Erst auf dem Parteitag 1891 in Erfurt konnte er jedoch gemeinsam mit Clara Zetkin die (meisten) Genossen davon überzeugen, dass im Blick auf das Wahlrecht „allgemein und gleich“ auch die Frauen einschließen musste. Im Parteiprogramm hieß es nun: „ohne Unterschied des Geschlechts“. Für Bebel was das allgemeine Stimmrecht Ausdruck der Rechtsgleichheit aller und es gehörte zur demokratischen Anerkennung der Gleichheit aller Staatsbürger ohne Unterschied des Standes, des Besitzes, der religiösen Auffassung und der Geburt. Von dieser Auffassung profitierte auch die radikale bürgerliche Frauenbewegung in Deutschland, die sich mit ihrer Forderung nach Einführung des Frauenwahlrechts auf keine politische Partei beziehen konnte.

Bebel entwickelte sich zu einem wichtigen Wegbereiter der Frauenemanzipation. Davon zeugen auch eine Vielzahl von weiteren Dokumenten, Aufsätzen und Briefen. Weniger bekannt ist, dass Bebel im Deutschen Reichstag 1891 als erster und einziger Reichstagsabgeordneter für die Zulassung der Frauen zum Studium eintrat. Das erfahren wir aus der Zeitschrift *Neue Bahnen*, herausgegeben von Louise-Otto-Peters.¹² Ebenso wie 1895, als er einen Gesetzentwurf einbrachte, der das Frauenwahlrecht forderte, musste er Hohn und Spott der Vertreter aller anderen Fraktionen – alles Männer, denn vor 1920 gab es keine weiblichen Abgeordneten

10 Zu Luise Zietz siehe Gisela Notz: Alle, die ihr schafft und euch mühet im Dienste anderer, seid einig! Luise Zietz, geb. Körner (1865-1922), in: Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 2/2003, S. 135-149.

11 Zu Hildegard Wegscheider siehe: Luise Wegscheider: Hildegard Wegscheider (1871-1953), in: Gisela Notz (Hrsg.): Kalender 2025, Wegbereiterinnen XXIII, Dezember.

12 Neue Bahnen 8/1891, S. 57-59; 10/1894, S. 73-76.

im Reichstag – ertragen. Das war auch ein Jahr später so, als er sich bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches für die gesetzliche Verankerung der Gleichstellung der Frau in der Ehe einsetzte. Und im März 1900, als er in einer Rede seine Hoffnung zum Ausdruck brachte, den Tag noch erleben zu dürfen, an dem er Frauen im Reichstag als Kolleginnen begrüßen könne. Das 1908 verabschiedete neue Vereinsgesetz, das endlich das politische und öffentliche Betätigungsverbot für Frauen aufhob, geht auf seinen unermüdlichen Einsatz zurück. Dass 1918 im Zuge der Novemberrevolution in Deutschland das Reichswahlgesetz mit dem allgemeinen aktiven und passiven Wahlrecht für Frauen in Kraft trat, konnte Bebel leider nicht mehr erleben. Dennoch hatte er wie auch Clara Zetkin, Luise Zietz, auch Rosa Luxemburg und viele andere Sozialdemokratinnen großen Anteil an diesem Erfolg der Arbeiter- und Frauenbewegung.

Wie Bebel dachten zu seiner Zeit noch lange nicht alle Sozialdemokraten. Zwar war die SPD die einzige Partei im Kaiserreich, die bereit war, sich im Parlament für die Emanzipation der Frauen einzusetzen; die Frauenfrage galt aber noch lange nicht allen Genossen als Teil der Klassenfrage. Viele verfolgten sexistische Differenzdiskurse. Sie sprachen Frauen und Männern unterschiedliche Eigenschaften und Eignungen zu und Frauen die demokratische Eignung ab. Glaubt man Bebel, so behaupten viele Genossen gar, „es gäbe keine Frauenfrage, denn die Stellung, welche die Frau bisher eingenommen habe und auch in Zukunft einnehmen solle, sei durch ihren ‚Naturberuf‘, der sie zur Gattin und Mutter bestimme und auf die Häuslichkeit beschränke, gegeben“.¹³ Schließlich beehrten auch viele Sozialisten eine Hausfrau nach bürgerlichem Vorbild. Viele fürchteten die Selbständigkeit der Frau und lehnten sowohl das Stimmrecht als auch die Berufstätigkeit der (verheirateten) Frauen ab: Es gibt „eine, ich glaube nicht unerhebliche Anzahl von Sozialisten, die der Frauenemanzipation nicht weniger abgeneigt gegenüberstehen, wie der Kapitalist dem Sozialismus“,¹⁴ so das Urteil von August Bebel über seine linken Zeitgenossen. Letztlich fand das Leitbild des männlichen Familienernährers in der arbeitenden Bevölkerung große Unterstützung. Befördert wurde dieses auch durch die christlichen Kirchen und die christliche Arbeiterbewegung, die den „antichristlichen Liberalismus“ kritisierte, weil er gegenüber den Bedürfnissen von Familien blind sei.

Bebel kannte viele Frauenrechtlerinnen

Was August Bebel darüber hinaus auszeichnete, waren seine vielfältigen persönlichen Kontakte zu bekannten Frauenrechtlerinnen seiner Zeit. Mit etlichen deut-

13 Bebel: Die Frau, S. 39.

14 Zit. nach Susanna Woodtli: Gleichberechtigung: der Kampf um die politischen Rechte der Frau in der Schweiz, Mannheim 1983, S. 15.

schen und ausländischen Sozialistinnen, darunter Vertreterinnen der Frauenbewegung aus England, Russland und den USA, stand Bebel im Briefwechsel. Dazu gehörten Josephine Butler, Minna Cauer, Louise Freyberger, Luise Kautsky, Minna Kautsky, Alexandra Kollontai, Natalie Liebknecht, Rosa Luxemburg, Eleanor Marx, Alice Salomon, Clara Zetkin, Luise Zietz, Bertha von Suttner.

Zudem war August Bebel neben Karl Marx der einzige sozialistische Autor und Vordenker, der die sozialdemokratische Frauenzeitschrift *Die Gleichheit* zwischen 1891 und 1913 intensiv rezipierte. Umgekehrt würdigte die Redaktion von *Die Gleichheit* wiederholt die Verdienste August Bebels. Anlässlich seines 70. Geburtstages und zu Bebels Tod brachte sie jeweils Nullnummern heraus, die ausschließlich ihm gewidmet waren.

Rosa Luxemburg (1871-1919)¹⁵ verehrte August Bebel, der sie stets beschützte. Dafür soll sie sich während des Lübecker Parteitages der SPD vor Begeisterung über seine politischen Ansichten revanchiert haben, indem sie Bebel einen Zettel unter die Zimmertür des Hotels geschoben habe, manche schreiben auch, sie hätte den Zettel in seinen vor der Tür stehenden Stiefel gesteckt. Darauf stand: „Aujust, ick liebe dir.“ Sie schätzte vor allem seine unbeugsame politische Überzeugung.

„Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“

August Bebel war der Überzeugung, dass der Sozialismus bald über die „absterbende bürgerliche Gesellschaft“ siegen würde. Am Endziel seiner Politik ließ er nie einen Zweifel. Es ging ihm und seinen MitstreiterInnen um den Sturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung durch die Arbeiterschaft und um die weltweite Einführung des Sozialismus. Die internationale sozialistische Arbeiterbewegung war für ihn ein „mächtiger Strom, der kein Hindernis mehr kennt“. Daher rechnete er damit, dass sie siegen würde. Das Ziel war für ihn nicht mit „Feuer und Schwert“ zu erreichen, sondern nur auf friedlichem Wege. Auch wenn er gesagt haben soll, dass er für die Verteidigung von Fortschritt und Freiheit (!) auch „noch als alter Knabe zum Gewehr greifen“ würde, war er sicherlich kein Militarist. Er blieb sein Leben lang ein entschlossener Gegner von Imperialismus und Kriegstreiberei.¹⁶ 1887 brachte er die Weigerung der sozialdemokratischen Fraktion, den Militäretat zu bewilligen, auf eine knappe Formel: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.“ Das ist eine der bekanntesten Aussagen August Bebels. Für ihn war sicher, dass die Mittel für die Rüstung eingestellt werden müssen, weil ohne dies keine Verständigung möglich ist.

Am 9. November 1911 hielt er seine letzte große außenpolitische Rede. Der

15 Zu Rosa Luxemburg siehe: Gisela Notz, Rosa Luxemburg (1871-1919), in: dies.: Wegbereiterinnen, S. 114 f.

16 August Bebel Institut: Bebel, S. 25.

Erste Weltkrieg stand bereits vor der Tür, leidenschaftlich warnte er vor der Rüstungs- und Kriegspolitik des deutschen Imperialismus. Bebels Hoffnung war, dass es in einer gerechten sozialistischen Welt keine Kriege mehr geben müsse. Diese Welt – für die er kompromisslos kämpfte –, konnte er nicht mehr erleben, und sie steht heute noch oder wieder in weiter Ferne.

Der unvergessene Genosse

Am 13. August 1913 starb August Bebel in Passugg in der Schweiz an Herzversagen. Sein Begräbnis fand am 17. August in Zürich statt. 30.000 Menschen folgten seinem Sarg, darunter führende Vertreter sozialistischer Parteien aus zahlreichen Ländern. „Unsterblich“, so formulierte es sein österreichischer Freund und Genosse Victor Adler in einem Nachruf, „ist August Bebels Name in den dankbaren Herzen der deutschen Arbeiterschaft und der Arbeiterschaft aller Nationen eingetragen, und als einer der größten Arbeiter an dem Werk der Befreiung des Menschengeschlechts, als einer der gewaltigsten Streiter für das Recht der Bedrückten wird er fortleben und unvergänglich erstrahlen im Bildersaal der Helden der Menschheit.“ Wahrscheinlich wollte er ein Held ebenso wenig sein, wie ein Kaiser. Er lebte und agitierte für die Arbeiterbewegung und war einer der unvergessenen proletarischen Größen, die aus ihr hervorgegangen sind. Mit Bebel verlor die Sozialdemokratie die exponierteste politische Drehpunktperson. Weniger als ein Jahr nach Bebels Tod begann der Erste Weltkrieg, vor dem er immer gewarnt hatte.

Gisela Notz

Berichte

Bericht von der Zweijahresmitgliederversammlung des Fördervereins für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V. am 28. Juni 2024

Der auch personell mit unserem Förderkreis verflochtene Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung führte am 28. Juni 2024 seine alle zwei Jahre stattfindende Mitgliederversammlung in der Kultur- und Schankwirtschaft „Baiz“ in der Schönhauser Allee in Berlin-Mitte durch. Der Vorsitzende Fabian Bennewitz begrüßte die anwesenden Mitglieder und Gäste und eröffnete die Versammlung. Er stellte die fristgemäße Einladung fest.

Die Mitglieder wählten Axel Weipert zum Versammlungsleiter und Holger Czitrich-Stahl zum Protokollanten.

Der Vorsitzende berichtete, dass der Vorstand regelmäßig in Präsenz oder mittels Videokonferenz getagt und mehrere Veranstaltungen durchgeführt habe, die sich in der Regel an den Schwerpunktthemen der Zeitschrift „Arbeit – Bewegung – Geschichte“ orientierten. Die Redaktion der ABG ist nun auch in Hamburg präsent und tagte dort, wofür bei Bedarf Fahrtkostenzuschüsse des Vereins gezahlt wurden. Er regte an, mehr Finanzmittel für Heftwerbung und Mitgliedergewinnung bereit zu stellen sowie eine weitere Abonnementkampagne zu organisieren. Es gebe nun auch Initiativen zur internationalen Vernetzung von Zeitschriften mit dem Schwerpunkt Arbeiterbewegung.

Mirjam Sachse trug den Finanzbericht vor. Der Verein ist finanziell gut ausgestattet. In der Berichtsperiode habe es sieben Eintritte und vier Austritte sowie einen Todesfall (Bärbel Kontny) gegeben. Sie gab einen Überblick über die Einnahmen und Ausgaben des Vereins. Vera Bianchi und Lisa Leichthammer stellten die ordnungsgemäße Kassenführung und die satzungsgemäße Verwendung der Vereinsmittel fest.

Anschließend wurden der Vorstand und die Schatzmeisterin für die vergangene Berichtsperiode einstimmig entlastet.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab das folgende Ergebnis: Zum Vorsitzenden wurde Fabian Bennewitz einstimmig wiedergewählt, Dietmar Lange wurde in Abwesenheit in seiner Funktion als stv. Vorsitzender einstimmig bestätigt. Schatzmeisterin bleibt Mirjam Sachse, als Beisitzer wurden Eric Angermann und Axel Weipert bestätigt. Auch hier wurde einstimmig gewählt. Für die Kassenprüfung, ebenfalls in einstimmiger Wahl, sind in den folgenden zwei Jahren Lisa Leichthammer und Marcel Bois zuständig.

Die anschließende Aussprache thematisierte vor allem die positive Entwicklung der ABG. Die Schwerpunktheftes im Besonderen trafen auf positive Resonanz und verkauften sich besonders gut. Die Redaktion ist nun an mehreren Orten (Berlin, Hamburg, Göttingen) präsent und konferiert monatlich, meistens über eine Videokonferenz, aber in regelmäßigen Abständen auch in Präsenz.

Weitere Beiträge betrafen das peer-review-Begutachtungsverfahren, die Verzeichnung der ABG auf Datenbanken, die Kooperation mit dem Wissenschaftlichen Beirat etc. Mario Keßler regte an, den alten Zwist zwischen ABG und BzG zu beenden.

Der Vorsitzende hielt ein kurzes Schlusswort. Anschließend lud der Förderverein zu einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Weniger Staat, mehr Markt? Neue Forschungen zu Privatisierung und Vergesellschaftung“ ein. Referenten und Diskussionspartner waren Ralf Hoffrogge und Marcel Bois, insgesamt boten Zweijahresversammlung und die gelungene Diskussionsveranstaltung einen guten Einblick in die Arbeit von Förderverein und Zeitschrift.

Holger Czitrich-Stahl

Aus der Forschung

„Die Unorganisierbaren“. Weibliches Engagement in der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (1945-1998)¹

Wird in Deutschland über den Strukturwandel gesprochen, dominiert hier klar eine Region die Narrative – das Ruhrgebiet. Kaum eine andere Gegend ist so stark mit dem Bild der Malocher, die ihre Arbeitsplätze im Niedergang der Montanindustrie verloren, verknüpft. Anders als in vielen anderen Regionen Europas wurden die Arbeitsplatzverluste in beiden Branchen durch staatlich subventionierte Programme aufgefangen, so dass niemand befürchten musste, „ins Bergfreie“ zu fallen. Heute präsentiert sich das Ruhrgebiet als Vorbild für einen erfolgreich gemeisterten Übergang vom sekundären zum tertiären Sektor und prägt damit die Erzählung eines abgewendeten Niedergangs.

Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille. Gemeinsam mit dieser Erzählung des gemeisterten Strukturwandels ist ein strukturelles Gender Bias dafür verantwortlich, dass andere Branchen und Industrien, die ebenfalls seit Mitte der 1960er-Jahre einen Transformationsprozess erlebten, übersehen wurden und werden. Was vergessen und vielleicht auch nie gesehen wurde, sind die Branchen ohne rauchende Schornsteine², die Arbeitsplätze für eine große, überwiegend weibliche Belegschaft boten – die Textil- und Bekleidungsindustrie. Dort greift das eben geschilderte Narrativ mitnichten.

In Deutschland verloren insgesamt 800.000 Personen in diesen Branchen ihre Arbeit. Im Vergleich dazu erscheinen die 600.000 Personen, die im Zuge der Zechenschließungen ihre Arbeit verloren geradezu „gering“.³ Im Gegensatz zu den „Malochern“ erhielt diese enorme Zahl von Arbeitnehmer:innen keine Subventionen oder gezielte berufliche Umschulungen. Als eine mögliche Erklärung dafür kann angeführt werden, dass beide Sektoren in ganz Deutschland verteilt waren, sodass es keine starke Konzentration der Industrie gab, wie im Ruhrge-

1 Werkstattbericht zum Promotionsprojekt: „Die Unorganisierbaren“. Weibliche Gewerkschaftsarbeit in der Bekleidungsindustrie, im Bergbau und der Metallindustrie. Alicia Gorny ist seit Dezember 2021 Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung.

2 Vgl. Schnaus, Julia: Kleidung zieht jeden an. Die deutschen Bekleidungsindustrie 1918 bis 1973, Berlin/Boston 2017 (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Beihefte, Band 20, S. 11).

3 Zu den Zahlen siehe: Donath, Peter/Szegfü, Annette: „Wir machen Stoff“. Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung 1949-1998, Bielefeld 2021 (Histoire, Bd. 170), S. 33, zudem Tabelle 8 und Tabelle 9, S. 306-312; Statistik der Kohlenwirtschaft e. V., URL: <https://kohlenstatistik.de> (abgerufen am 11.07.2024).

biet im Kohlebergbau der Fall. Allerdings legt der Rückbezug auf die Kategorie den Schluss nahe, dass die Stellenstreichungen schlicht als akzeptabel angesehen wurden, da die Frauen, die in diesen Branchen beschäftigt wurden, immer noch eine alternative Beschäftigung als Hausfrauen aufnehmen oder leicht Arbeit im vielversprechenden Dienstleistungssektor finden konnten.

Obleich es heute hauptsächlich mit Kohle und Stahl in Verbindung gebracht wird, wurde die Industrialisierung im Ruhrgebiet tatsächlich von der Textilindustrie Ende des 18. Jahrhunderts eingeleitet. Zu dieser Zeit war sie der bedeutendste Industriesektor in der Region, mit mehr Textilfabriken als Kohlebergwerken.⁴ Zunächst muss festgehalten werden, dass die Textilindustrie einen erheblichen Bedarf an Arbeitskräften aufwies. Um die Produktionskosten zu minimieren, wurden viele Frauen und Kinder als ungelernete Arbeiter:innen mit niedrigen Löhnen eingesetzt. Im Gegensatz dazu erhielten männliche Arbeiter relativ hohe Löhne und stiegen schnell in den Stand des Facharbeiters auf, um sie davon abzuhalten, in die wachsende und besser bezahlte Bergbauindustrie abzuwandern. Mit zunehmender Mechanisierung wurde die Arbeit im Textilsektor als immer „einfacher“ angesehen, was zur Beschäftigung von mehr ungelerten oder gering qualifizierten Frauen führte. Folglich war die Textilindustrie zu Beginn des 20. Jahrhunderts überwiegend von Frauen dominiert. Zu dieser Zeit hatte sich auch der Bergbau gegenüber der Textilindustrie als führende Branche im Ruhrgebiet durchgesetzt.⁵

Konträr dazu gestaltete sich die Etablierung der Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet. So gab es vor dem Zweiten Weltkrieg keine nennenswerte Verankerung dieses Gewerbes. Vielmehr lagen die Zentren der Konfektionierung in Berlin oder anderen östlichen Teilen des Landes. Mit dem Verlust dieser Gebiete wurde die Bekleidungsindustrie in der neu formierten Bundesrepublik angesiedelt, auch im Ruhrgebiet. Hier waren es drei Faktoren, die für die Neuansiedelung der Industrie sprachen: Erstens wurde eine effektive Flüchtlingspolitik umgesetzt, um den Zustrom von vertriebenen Personen zu bewältigen. Zweitens diente die Industrie als Gegengewicht zur männlich dominierten Schwerindustrie. Und drittens wurden dadurch für Frauen „geeignete“ Arbeitsplätze geschaffen. Vor allem die Verfügbarkeit des großen weiblichen Arbeitskräftereservoirs, das die niedrigen branchenüblichen Löhne akzeptierte, da es nur begrenzte alternative Beschäftigungsmöglichkeiten gab, sprach für die Etablierung des Gewerbes im Ruhrgebiet.⁶

4 Vgl. Lassotta, Arnold: Textilland an der Ruhr. Die Textil- und Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet von Brügelmann zu Steilmann, in: Rasch, Manfred/Bleidick, Dietmar (Hgg.): Technikgeschichte für das Ruhrgebiet, Duisburg 2004, S. 847-872, hier S. 849.

5 Vgl. Canning, Kathleen: Languages of Labor and Gender. Female Factory Work in Germany, 1850-1914, Ithaca/London 1996, S. 25.

6 Fischerworrning, Heinz-Edgar: Textil- und Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet unter besonderer

Die Bekleidungsindustrie des Ruhrgebiets profitierte enorm von der Verfügbarkeit weiblicher Arbeitskräfte, da sie sich vor allem durch eine hohe Arbeitsintensität auszeichnete. Von allen Ruhrgebietsstädten tat sich vor allem Gelsenkirchen hervor. Neben der chemischen Industrie, der Glasherstellung, Kohle und Stahl nahm die Bekleidungsindustrie dort die „fünfte Säule“ der Industrie ein, was noch heute bildlich anhand eines Buntglasfensters im ehemaligen Boecker-Haus dargestellt ist. Die Zeit des Booms dauerte jedoch nur etwa zwanzig Jahre. Vielmehr erreichte die deutsche Bekleidungsindustrie 1966 ihren Zenit. Zu dieser Zeit waren im Ruhrgebiet 22.287 Personen in 195 Betrieben beschäftigt. Der Produktionsstandort Deutschland hatte sich inzwischen zu einem der teuersten Standorte weltweit entwickelt und konnte mit dem günstiger produzierenden Ausland nicht mehr mithalten. In der Folge verlagerten einige Unternehmen ihre Produktion in ländliche Gebiete Deutschlands oder ins Ausland, während andere auf „Heimarbeitende“ oder Arbeiter:innen mit Migrationsgeschichte zurückgriffen, die oft noch niedrigere Löhne als Fabrikarbeiter:innen erhielten. Von 1970 bis 1985 sank die Zahl der Beschäftigten im Ruhrgebiet von über 22.000 auf unter 8.000. Gelsenkirchen war besonders stark betroffen: Über die Hälfte der Beschäftigten in der Stadt verlor während dieses Zeitraums ihre Jobs. Heute gibt es keine Bekleidungsindustrie mehr im Ruhrgebiet.⁷

In Ergänzung dazu muss erwähnt werden, dass die Textilindustrie bereits seit dem Jahr 1957 einem Abwärtstrend ausgesetzt war. Innerhalb von fünf Jahren wurden über 5.000 Personen im Ruhrgebiet entlassen und ein Viertel der Unternehmen war gezwungen zu schließen. Die Ölkrise in den 1970er-Jahren verschärfte diesen Trend noch zusätzlich. Bis Ende der 1980er-Jahre waren nur noch etwas über 1.000 Menschen in der Textilindustrie beschäftigt. Heute gibt es auch keine Textilindustrie mehr im Ruhrgebiet.⁸

Erstaunlich ist, dass dieser massive Rückgang von beiden Industrien sowohl in Deutschland als auch im Ruhrgebiet ungesehen blieb. Stattdessen wurde er vom Niedergang von Kohle und Stahl überschattet. Dies ist umso erstaunlicher vor dem Fakt, dass Textil- und Bekleidungsindustrie in den 1990er-Jahren die höchste Arbeitslosenquote verzeichneten. Die Tatsache, dass die Stadt Gelsenkirchen die Arbeitslosenstatistik in Westdeutschland anführt, kann ebenfalls auf den Rück-

Berücksichtigung der Veränderung der Standortfaktoren, Diss., Essen 2007, S. 320; Lassotta, Arnold/ Schneider, Brigitte: Bekleidungsindustrie. Strukturwandel und Frauenarbeitsplätze, in: Kift, Dagmar (Hrsg.): Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder, Essen 2005, S. 212-227, hier S. 214.

7 Landesdatenbank NRW (Hg.), Stoff aus NRW. Hotspots der Textil- und Bekleidungsindustrie – Bedeutung der Branchen für den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen, URL: <https://www.giscloud.nrw.de/stoff-aus-nrw.html> (abgerufen am 11.07.2024).

8 Ebd.

gang dieser Industrie zurückgeführt werden.⁹

Als eine mögliche Ursache hierfür wird häufig als Argument genannt, dass die in den Branchen Beschäftigten nicht um ihre Arbeitsplätze kämpften oder sich nicht gewerkschaftlich organisierten, weil sie Frauenindustrien waren. Diese Annahme muss jedoch als falsch angesehen werden. Tatsächlich waren viele Frauen in der Gewerkschaft Textil-Bekleidung (GTB) organisiert. In Zuge von Interviews, die von mir geführt wurden, zeigt sich, dass die Gewerkschafter:innen dem Abbau von Arbeitsplätzen keineswegs passiv gegenüberstanden:

„Eine Kollegin im Betrieb hat mal den Spruch geprägt, ‚Frauenarbeitsplätze sterben leise.‘ (...) Und wir haben ja auch als Gewerkschaft Textil-Bekleidung damals ganz viel gemacht in Richtung Handelsabkommen, faire Zollbedingungen statt freien Zoll und solche Sachen. Und wir waren in Bonn mehrfach mit Demonstrationen. Wir haben ja noch kurz vorher das längste Transparent der Welt in Bonn festgehalten.“¹⁰

Der Behauptung, dass Frauen sich nicht für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze eingesetzt haben, wird vielmehr entgegen gehalten, dass ihr Protest ungehört blieb, eben weil es der Protest von Frauen war:

„Aber es ist natürlich wirklich echt so – insbesondere in der Bekleidungsindustrie dadurch, dass es sich überwiegend um eine Frauenindustrie gehandelt hat – war der politische Fokus nicht auf diesen Arbeitsplätzen, weil Frauen immer noch den unbezahlten Arbeitsplatz zu Hause haben und das geht natürlich auch – oder das steckt in ganz, ganz vielen Köpfen, auch der Politiker, und ich finde das immer wieder erstaunlich, man sieht es ja auch heute, da wird eine Firma – das ist total tragisch, das will ich auch gar nicht außer Frage stellen –, aber da wird eine Firma zugemacht mit 120 Arbeitsplätzen, und da geht ein Aufschrei durch die Bevölkerung und wenn eine Bekleidungsfirma zugemacht hat mit 300 Arbeitsplätzen, dann wurde das einfach so hingenommen.“¹¹

Der Erhalt von Arbeitsplätzen war demnach wichtiger als das weibliche Pendant. Konsequenterweise artikuliert eine der von mir Interviewten daher ihren Unmut wie folgt:

„Und ich glaube – das wollte ich vorhin zu Bergbau sagen – Frauenarbeitsplätze sind leise gestorben. Als die Bergwerke anfangen zu schließen, sind alle Frauen mit auf die Straße gegangen. Wir hatten keine Unterstützung von Männern. Wir waren Frauen.“¹²

Alicia Gorny

9 Beese, Birgit/Schneider, Brigitte: Arbeit an der Mode. Zur Geschichte der Bekleidungsindustrie im Ruhrgebiet, Essen 2001, S. 138, 187.

10 Archiv LWL-IM 3261-12-45-9007, 06.08.2019, Z. 395-404.

11 Ebd., Z. 404-414.

12 Archiv LWL-IM 3261-12-45/9005, 17.10.2019, Z. 46-50.

Informationen

Internationale Rosa-Luxemburg-Gesellschaft (IRLG)

Der französische Historiker Julien Chuzeville arbeitet an einer Edition der kompletten Briefe Rosa Luxemburgs auf Französisch. Einige neu aufgefundene auf Französisch geschriebene Briefe Rosa Luxemburgs hat er schon veröffentlicht, einmal in der Zeitschrift *La Révolution prolétarienne*:

<https://revolutionproletarienne.wordpress.com/2023/11/07/rosa-luxemburg-et-le-salut-sisternel-une-lettre-inedite/>,

zum anderen auf der Website der *Fondation Jean Jaurès*:

<https://www.jean-jaures.org/publication/rosa-luxemburg-lettres-inedites/>
Die Begleittexte von Julien Chuzeville sind französisch.

Neuerscheinung

FELIKS TYCH: Leo Jogiches – Alternativen zu Lenins diktatorischem Modell. Fragmente einer unveröffentlichten politischen Biographie. Zusammengestellt, übersetzt und bearbeitet von Jürgen Hensel & Holger Politt. Kostenloser Online-Zugang:

https://sachsen.rosalux.de/fileadmin/ls_sachsen/dokumente/Publikationen/Luxemburg-Forschungsberichte/Luxemburg_Forschungsberichte_20_2023.pdf.

Aus dem Inhalt der BzG 3/2024 (September), 66. Jg., 186 Seiten

Dörte Putensen: Beziehungen zwischen Finnland und der DDR (1947-1955). Das Scheitern erster Hoffnungen auf DDR-Anerkennung

Michael Klein: „Eine äußerst aktive und manchmal unberechenbare Person“. Wie SPD und CIA das Kalte-Kriegs-Projekt von Margarethe Buber-Neumann beendeten

Siegfried Prokop: Der demokratische Block – Ausweg aus dem Stalinschen Einparteienmodell?

Joachim Heise: Zwischen allen Stühlen. „Fortschrittliche Christen“ in der SBZ und jungen DDR

Horst Groschopp: Humanismus als Verfassungsgebot in der DDR

Heinz Niemann: Eine Band-Geschichte-Meinungsforschung in der DDR

Ulrich van der Heyden: Transformation, Abwicklung und Aufarbeitung der Aufarbeitung. Neue Sichten auf den Transformationsprozess geisteswissenschaftlicher Institutionen der DDR nach der deutschen Einheit. (Teil I)

Holger Czitrich-Stahl: „Der verhaltene Weg in den Neoliberalismus. Die bundesdeutsche ‚Erfolgsgeschichte‘ mit langem Atem“. Bericht über die Konferenz der „Hellen Panke“/Rosa Luxemburg Stiftung am 14. November 2023 in Berlin

Günter Benser: Autobiografisches von Spitzenpolitikern der DDR

John Erpenbeck: Herbert Hörz zum Gedenken (geb. 12. August 1933 - gest. 8. Juni 2024)

Holger Czitrich-Stahl/Rainer Holze: Interview mit Stefan Bollinger zu dessen 70. Geburtstag.

*Bestellung: trafo Wissenschaftsverlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin
(Tel: 030/61299418; E-Mail: info@trafoberlin.de)*

Aus dem Vereinsleben

Protokoll der 33. Jahresmitgliederversammlung des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung am 27.04.2024

Im Stadtteilzentrum „Kreativhaus“, Fischerinsel 3, 10179 Berlin

Tagesordnung:

1. Regularien
 - 1.1 Eröffnung und Genehmigung der Tagesordnung
 - 1.2 Wahl einer Versammlungsleitung
 - 1.3 Bestätigung des Protokolls der
32. Jahresmitgliederversammlung
 2. Berichte
 - 2.1 Erläuterung zum Geschäftsbericht 2023
 - 2.2 Kassenbericht
 - 2.3 Bericht der kommissarischen Kassenprüfer
 3. Diskussion und Abstimmung über die Berichte
 4. Wahlen
 - 4.1 Wahl einer Wahlleitung
 - 4.2 Nachwahl der Kassenprüfer
 5. Informationen
 - Zur Entwicklung der SAPMO
 - des Wissenschaftlichen Beirats der *Mitteilungen*
- Anschließendes Gespräch und Diskussion
Schlusswort

Anwesend: 21 Mitglieder

Die Förderkreismitglieder gedenken der im vergangenen Jahr verstorbenen Mitglieder des Vereins.

1. Regularien

- 1.1 Der Vorsitzende Holger Czitrich-Stahl eröffnet die Sitzung. Die Tagesordnung wird einstimmig genehmigt.
- 1.2 Als Versammlungsleiterin wird Elke Reuter einstimmig gewählt.
- 1.3 Das Protokoll der 32. Jahresmitgliederversammlung, das alle Mitglieder mit

dem Mitteilungsheft 64 erhalten haben, wird einstimmig bestätigt.

2. Berichte

Der Vorstand entschuldigt sich für Probleme bei der Versendung der Einladung zur Jahresmitgliederversammlung 2024 und verspricht eine bessere Kommunikation. So sollen die Mitgliederlisten und E-Mail-Verteiler aktualisiert werden.

2.1 Geschäftsbericht 2023

Holger Czitrich-Stahl erläutert und ergänzt den Geschäftsbericht für das Vereinsjahr 2023, der im Heft 65 der *Mitteilungen* (März 2024) abgedruckt ist. Der Förderkreis konnte erneut auf eine überwiegend erfolgreiche Tätigkeit zurückschauen. Veranstaltungen des Förderkreises konnten realisiert werden. Die Arbeit des Vereins konzentrierte sich 2023 sowohl auf die wissenschaftliche und kulturelle Publizistik als auch auf die Begleitung der Debatte um die Zukunft der BStU-Unterlagen und der SAPMO-BArch.

2.2 Kassenbericht

Der von Kassenwartin Elisabeth Ittershagen erstellte detaillierte Bericht über die Einnahmen und Ausgaben sowie über den Mitgliederstand des Förderkreises im Jahr 2023 wurde vorgestellt:

Die Gesamteinnahme aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Verkauf der *Mitteilungen* betrug 3.052,66 € (Gesamtsumme der Einnahmen). Dem stehen Ausgaben in Höhe von 3.137,80 € gegenüber. Erstmalig überstiegen 2023 die Ausgaben die Einnahmen.

Der Kontostand betrug am 31.12.2023 1.419,01 €, der Kassen-Barbestand 687,67 €.

Zu Beginn des Jahres 2023 gehörten dem Förderkreis 99 Mitglieder an. Am 31.12.2023 zählte der Förderkreis 98 Mitglieder. Der detaillierte Kassenbericht liegt dem Protokoll bei.

2.3 Bericht der kommissarischen Kassenprüfer

Die Kassenprüfung wurde durch Dagmar Goldbeck und Andreas Grunwald vorgenommen. Der Bericht über die Kassenprüfung wird erstattet. Es besteht keine Beanstandung: die Unterlagen waren vollständig, wurden geprüft und für korrekt befunden. Der Einsatz der Mittel entsprach der satzungsgemäßen Aufgabe.

3. Diskussionen und Abstimmung über die Berichte

Die vorgelegten Berichte werden einstimmig bestätigt.

4. Wahlen

4.1 Wahl einer Wahlleitung

Als Wahlleitung werden Heinz Sommer und Michael Klein einstimmig gewählt.

4.2 Nachwahl der Kassenprüfer

Dagmar Goldbeck und Andreas Grunwald werden in offener Wahl einstimmig zu Kassenprüfern gewählt und nehmen die Wahl an.

5. Informationen

5.1 Zur Entwicklung der SAPMO

Die Arbeit des Kuratoriums der SAPMO-BArch wurde 2023 unter Präsenzbedingungen fortgesetzt. So fand die 33. Kuratoriumssitzung am 20. April 2023 statt. Über die Sitzung wurde im Vorstand gesprochen, die entsprechenden Berichte erschienen in den *Mitteilungen*. In Sachen Zukunft des Areals in Lichtenberg berichtete Prof. Hollmann, Präsident des Bundesarchivs, dass es in Bezug auf Baufragen keine neuen Entwicklungen hinsichtlich des Standorts Berlin-Lichtenberg gebe. Der Förderkreis wird weiterhin die aktuellen Entwicklungen aufmerksam verfolgen und bewerten sowie im Interesse der von ihm vertretenen Einbringer möglichst im Verein mit anderen Einbringern von Dokumenten und Nachlässen tätig werden, wo es sich gebietet. Grundsätzlich müsste die rechtliche Grundlage des Prozesses juristisch überprüft werden.

5.2 Informationen des Wissenschaftlichen Beirates der *Mitteilungen*

Die Redaktion der *Mitteilungen* bewertet die Unterstützung durch den Wissenschaftlichen Beirat positiv und hilfreich. Von Seiten des Wissenschaftlichen Beirats wird hervorgehoben, dass das Augenmerk auf Archive, Bibliotheken und Erinnerungsstätten der „Markenkern“ bleiben solle.

6. Schlusswort

Da es keine Möglichkeit gab, die Mitgliedsbeiträge vor Ort zu entrichten, weist die Versammlungsleitung darauf hin, dass die Beiträge auf das Vereinskonto zu überweisen sind.

Der Vorsitzende dankt den Anwesenden und schließt die Sitzung.
Berlin, 28.04.2024

Uwe Michel (Schriftführer)

Glückwünsche zum 90. Geburtstag

Am 29. Juni 2024 konnte Prof. Dr. h. c. Heinz Deutschland seinen 90. Geburts-

tag feiern. Seit Januar 2006 ist er unserem Förderkreis als Mitglied treu verbunden. Wir gratulieren herzlich zu seinem Ehrentag!

Prof. Deutschland kann auf ein bewegtes und erfolgreiches Leben als Historiker und ehemaliger Diplomat zurückblicken. Nach seinem Studium war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und später Leiter des Instituts für internationale Gewerkschaftsbewegung an der Hochschule für Gewerkschaftsbewegung in Bernau. 1967 wurde er Mitglied des Auswärtigen Dienstes und vertrat u. a. die DDR als Botschafter in der Zentralafrikanischen Republik. 1977 kehrte er an die Gewerkschaftshochschule zurück und leitete die Forschungsgruppe Geschichte des FDGB, 1980 wurde er zum Professor berufen. Im Fokus seiner Forschungs- und Publikationstätigkeit stand die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung, speziell auch auf dem afrikanischen Kontinent. Als früherer Mitarbeiter von Hermann Duncker und späterer Leiter des Duncker-Archivs/Gedenkstätte waren Leben und Wirken von Käte und Hermann Duncker ein weiterer Schwerpunkt seiner Arbeit.

Nach 1990 widmete sich Heinz Deutschland mit ganzer Kraft dem Erhalt der kulturgeschichtlich bedeutenden Bauhaus-Gebäude der ehemaligen Bundesschule des ADGB in Bernau und war Mitbegründer und bis 2007 Vorsitzender des Vereins „Baudenkmal Bundesschule Bernau e. V.“

Prof. Deutschland war und ist Mitglied zahlreicher wissenschaftlicher Gremien und Organisationen, u. a. gehört er der unserem Förderkreis in vieler Hinsicht verbundenen Johannes-Sassenbach-Stiftung e. V. an.

Wir wünschen ihm für die Zukunft gute Gesundheit und weiterhin ein erfolgreiches Schaffen.

Nachruf auf Gerd Callesen (10.11.1940 – 9.11.2023)

Kurz vor seinem 83. Geburtstag starb in Wien der langjährige Bibliotheksleiter des Kopenhagener Arbeiterarchivs (ABA), Gerd Callesen, der dort von 1970-2002 als Forschungsbibliothekar nicht nur die dänische „Gesellschaft für Forschungen zur Arbeiterbewegung“ mit aufbaute. Auch die IALHI war ihm eine Herzensangelegenheit. Er versuchte Einrichtungen, die sich diesem Spezialgebiet der Geschichte widmeten, international miteinander zu vernetzen, z. B. durch Dublettenaustausch oder durch Hilfsmittel wie die 2001 erschienene Bibliografie „Socialist Internationals“, die IALHI und Friedrich-Ebert-Stiftung gemeinsam veröffentlichten.

Callesen hatte 1970 mit einer Arbeit über „Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen deutscher und dänischer Sozialdemokratie“ promoviert, die er „Ein(en) Beitrag zum sozialdemokratischen Internationalismus“ nannte. Sein

Spezialgebiet war allerdings die Marx-Engels-Forschung. Bereits 1973 hatte er den Briefwechsel zwischen Friedrich Engels und dem dänischen Sozialisten Gerson Trier publiziert, und als die MEGA Gestalt annahm, suchte er ihr Erscheinen möglichst bekannt zu machen. Allein ab 2000 brachte die kommunistische Tageszeitung *Arbejderen* 50 Beiträge von ihm zum Thema heraus. Ab 1997 arbeitete er selbst an einem Briefband, der schließlich 2014 erschien (MEGA III/30). Der davorliegende Band III/29, an dem er mit Georg Fülberth gearbeitet hatte, konnte leider nicht mehr in Buchform erscheinen. Seit August 2004 wohnte Gerd in Wien, wo er mit dem dortigen „Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung“ den Briefwechsel zwischen Victor Adler und Friedrich Engels neu herausgab. Bereits 1990 war er einer der Ersten gewesen, die sich in der BzG Gedanken gemacht hatten, wie es mit dem IML weitergehen könne. Zum „Förderkreis“ gehörte er von Anfang an, und als 2009 das Buch „Bewahren – Verbreiten – Aufklären“ erschien, waren dort auch zwei Beiträge von ihm zu finden.

Ein Unfall im Sommer 2020 zwang ihn, sein „Workaholic“-Leben aufzugeben und nur noch sporadisch einzugreifen, wo es ihm nötig erschien. Die internationale Geschichtswissenschaft verliert mit Gerd Callesen einen stets hilfsbereiten Kollegen, dessen Wissen uns fehlen wird.

Peter Mönnikes (Paderborner Archiv zur Geschichte der Arbeiterbewegung)

Einladung zum Besuch des Lern- und Gedenkortes Annedore und Julius Leber

Liebe Vereinsmitglieder, liebe Interessierte!

Wir laden zum Besuch des „Lern- und Gedenkortes Annedore und Julius Leber“ herzlich ein. Der vereinbarte Termin ist

Mittwoch, d. 23. Oktober 2024 um 11 Uhr.

Die Adresse lautet: Torgauer Straße 24/25 in 10829 Berlin-Schöneberg auf der „Roten Insel“. Dort erhalten wir eine Führung und können ins Gespräch eintreten. Die ehemalige Kohlenhandlung ist erreichbar mit der S-Bahn (S 2, S 25, S 26) über Bhf. Südkreuz, von dort aus mit Bus 204 (Zool. Garten) bis Torgauer Straße, oder über Julius-Leber-Brücke (S 1), von dort aus mit dem Bus 106 (Lindenhof) bis Torgauer Straße.

Die maximale Gruppenstärke beträgt 10 bis 12 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Anmeldungen bitte an Dr. Elke Reuter oder Dr. Holger Czitrich-Stahl, Kontaktdaten auf der inneren vorderen Umschlagseite.

Die Buchmacherei

September 2024

226 Seiten

16,00 Euro

ISBN:

978-3-9826199-2-7



Ungleichheit und Hass

**Die europäische „Neue Rechte“ –
vom italienischen Showman
zum ukrainischen Terroristen**

Anton Stengl

Überall in Europa und in anderen Teilen der Welt ist die Rechte auf dem Vormarsch. Die alte Rechte, die offen den historischen Faschismus verherrlicht, ist nicht verschwunden. Doch sie hat ihre, die Szene prägende Rolle, zugunsten einer „Neuen Rechten“ verloren. Deren heute sichtbare ideologische Verkleidung verschafft ihr Einfluss auf bisher eher verschlossene soziale Milieus und die Aussicht auf politische Mehrheiten in der Gesellschaft.

Anton Stengl verfolgt die historische Genesis dieser Strömung bis in die aktuelle Gegenwart. In ihrer ethnopluralistisch unterlegten Vision eines Europa und einer Welt voller Apartheiden sucht die Neue Rechte nicht zuletzt den Kontakt zu Intellektuellen – sogar bis in das linke Spektrum hinein, aus dem sie Überläufer rekrutieren kann. So nähert sie sich – wie ihre jungkonservativen Vorgänger – den Schalthebeln der Macht. Dieses Buch soll das Verständnis für die Einfallstore und Verläufe dieses Eroberungsprozesses schärfen.

Buchbesprechungen & Literaturhinweise

Ulrich Brand, Markus Wissen: Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven. oekom München, 304 Seiten.

Die Lage ist düster, aber nicht hoffnungslos

Eines ist gewiss: An einer schlechten oder wenig effektiven Kommunikation wissenschaftlicher Fakten zu den Auswirkungen des Klimawandels wird dessen Bekämpfung nicht scheitern. Nach Angaben des Copernicus Climate Change Service war 2023 nach heutigem Wissensstand das wärmste Jahr in den weltweiten Temperaturaufzeichnungen seit 1850 (S. 14). Die Klimakrise, wie sie sich in den Messwerten zeigt, ist nur eine von mehreren aktuellen, sich gegenseitig verstärkenden Krisen, etwa die Umwelt- und Biodiversitätskrise, klimabedingte Migrationen sowie imperiale und Bürgerkriege, die sich gegenseitig beeinflussen und dadurch verschärfen. Die zentrale These der Studie: „Die ... kapitalistische Produktionsweise und die mit ihr verbundene imperiale Lebensweise (sind) die entscheidende Ursache dafür, dass (sich) die Menschheit ... in einen potenziell katastrophischen Bereich manövriert“ (S. 18).

Unterstützt durch konservative Boulevardmedien und die Lobbyarbeit fossiler Branchen verfügen kapitalistische Staatsapparate jedoch über vielfältige Mittel, mit denen auch die drängendsten Gefahren multipler sozio-ökologischer, geökonomischer und geopolitischer Krisen demontiert, verharmlost oder ignoriert werden.

Die Krisenbearbeitungen führen eher zu Problemverlagerungen in Raum und Zeit – wobei die Möglichkeiten der Grenzverschiebungen selbst an ihr Limit geraten (S. 19).

In der Mainstream-Lesart ist die Klimakrise – gewissermaßen als Ausnahmezustand – von außen auf die Gesellschaft hereingebrochen, was den Verharmlosungs- und Verschleierungstendenzen Vorschub leistet. Dagegen zeigen die von Ulrich Brand und Markus Wissen zitierten umfangreichen empirischen Daten eindeutig, dass die sozio-ökologische Krise Auswirkung einer alltäglich gelebten gesellschaftlichen Normalität ist. Sie ergibt sich „aus dem Wachstumszwang eines Wirtschaftssystems, das nur auf der Basis von Konkurrenz und fossilen Energien aufrechterhalten werden kann“ (S. 35).

Die Autoren charakterisieren diese „monströse Normalität“ (S. 31) als „imperiale Lebensweise“, deren Produktions- und Konsummuster auf einem grenzenlos erscheinenden Zugang zu Naturressourcen und Arbeitskräften beruhen (S. 37). In der gesellschaftlichen „Strukturkategorie der imperialen Lebensweise“ (S. 41), die einer in der Natur der Sache liegenden Notwendigkeit folgt, sind die alltäglichen Arbeits- und Lebensverhältnisse mit den gesellschaftlichen, nationalen und internationalen Strukturen von Wachstum und Kapitalakkumulation verknüpft (S. 40). Allerdings weist die der Strukturkategorie innewohnende Ambivalenz gleichzeitig auf Möglichkeiten der Veränderung hin.

Detailliert setzen sich Brand/Wissen auch mit anderen, konkurrierenden Analyse- und Erklärungssätzen der sozio-ökologischen Krise auseinander und weisen sie allesamt zurück: Die These vom Anthropozän verkennt die Verursachung der Schäden ökologischer Krisen. Der gesellschaftliche Charakter und damit die Strukturbedingungen der Naturaneignung bleiben unterbelichtet (S. 60). Der Ansatz einer soziologischen Ökologie unterstellt „eine Art ungesteuerte(n) Selbstlauf der Moderne“ (S. 65). Auch wenn Mythen der Nachhaltigkeitsdebatte entlarvt werden, verkennen Vertreter dieses Ansatzes die den gesellschaftlichen Verhältnissen inhärenten Widersprüche und die sich daraus ergebenden Entwicklungspfade (S. 65 f.). Die ökologische Ungleichheitsforschung weist in ihrer Diagnose völlig zutreffend auf Verteilungswirkung der Klimakrise hin. Die daraus abgeleitete Therapie einer Umverteilung von Einkommen und Vermögen kann die zugrundeliegenden Ursachen nicht bekämpfen (S. 71). Im Unterschied zu anderen Erklärungen diagnostiziert der von Brand/Wissen vertretene historisch-materialistische Ansatz den „fossilen und kolonialen Kapitalismus“ (S. 54), wie er sich in den letzten 200 Jahren weltweit durchsetzte, als die eigentliche Hypothek. Produktivitätsgewinne und ein verbesserter Lebensstandard auf der einen Seite waren als Folge der damit verbundenen Externalisierung von Umweltschäden immer mit Vernichtung und Deklassierung in den Randgebieten kapitalistischer Einzelstaaten des Nordens und den peripheren Staaten des Südens verknüpft.

Als Beispiel für den Umgang des politi-

schen Systems mit der sozio-ökologischen Krise kritisieren die Autoren den von der EU-Kommission 2019 vorgestellten European Green Deal (EGD). Das Projekt, das seit der Europawahl im Juni 2024 zugunsten einer massiven Steigerung der Rüstungsausgaben weitgehend auf Eis gelegt wurde, speiste sich aus zwei Motiven: Erstens einer Halbierung der CO₂-Emissionen in der EU bis 2030 im Vergleich zu 1990 und zweitens aus den in den Jahren nach 2010 zunehmenden geökonomischen und geopolitischen Rivalitäten, im Wesentlichen zwischen den USA, China und Europa. Wie kaum anders zu erwarten, wurden die Ziele deutlich verfehlt. Der EGD war kaum mehr als das Weiterso eines Wirtschaftsmodells, das im Kern die Auslagerung der Kosten in die europäischen und afrikanischen Randstaaten vorsieht (S. 117).

Der grundlegende Widerspruch eines „grünen Kapitalismus“, wie er dem EGD zugrunde liegt, besteht in einem ungehinderten Zugang zu kritischen Rohstoffen ohne Berücksichtigung der Kosten; deutlich wird das in der CRMA-(Critical Raw Materials Act)EU-Verordnung. Nicht umsonst haben viele der internationalen geopolitischen und geökonomischen Krisen und Spannungen eine ökologische Dimension. Durch die ungebrochene kapitalistische Expansionsdynamik in den Bereichen Elektromobilität und Infrastrukturinvestitionen in erneuerbare Energien steigt der Bedarf an kritischen Rohstoffen und es müssen zunehmend neue Quellen erschlossen werden. So hat die Konkurrenz um die geplante Erschließung der Tiefsee gerade erst begonnen, bei der diametrale politisch-

ökonomische Interessen zwischen den Beteiligten entlang der Wertschöpfungskette aufeinanderprallen. Zu den wesentlichen Ursachen der zunehmenden Bedeutung der Tiefsee-Extraktion zählen die geringeren Möglichkeiten der herkömmlichen Externalisierung, Hitzerekorde, ausgetrocknete und damit nicht mehr nutzbare Böden machen weite Regionen unbewohnbar. Die daraus entstehenden Rebound-Effekte führen zu Fluchtbewegungen und Massenmigration in Richtung USA und Europa.

Die sich gegenseitig verstärkenden Krisenerscheinungen bringen laut Brand/Wissen „Monster hervor“ (S. 169), die mit den herkömmlichen demokratischen Verfahren kaum noch zu beherrschen sind. Die Krisen lassen bei vielen Zweifel an der Wirksamkeit demokratischer Verfahren aufkommen, und damit eröffnen sich Möglichkeiten der Agitation für rechtspopulistische Kräfte. Sie versprechen ihren Anhängern mit einem nach innen autoritären und nach außen militärischen Vorgehen die angeblich verlorene Demokratie zurückzugewinnen und damit eine außer Kontrolle geratene (imperiale) und aus ihrer Sicht bewährte und damit gerechte Lebensweise abzusichern. Ein solches Hegemonieprojekt von rechts setzt bei den Alltagserfahrungen und -praktiken von Menschen sowie deren Ahnung an, dass ihre gewohnte, geordnete und verlässliche Welt aus den Fugen gerät. Die autoritäre Rechte macht sich eine solche, mit Hilfe von Boulevardmedien konstruierte und immer wieder reproduzierte Wahrnehmung der Realität zu nutze.

Das Gegenprojekt „solidarischer Perspektiven“ präsentieren Brand/Wissen im abschließenden Kapitel (S. 201 ff.). Einer

der Aspekte dabei: „den lebens- und arbeitsweltlichen Klassenerfahrungen vieler Menschen einen emanzipatorischen Ausdruck (zu) verleihen“ (S. 197). Transformative Zellen (S. 235) zeigen, wo es bereits vorwärts geht. Beispiele dafür sind die Zusammenarbeit von Mieten- und Klimabewegung (siehe etwa: „Klimaschutz darf niemand verdrängen“: <https://taz.de/Kritik-am-Gebaueuedeenergiegesetz/!5956526/>) und die Kooperation von Fridays for Future und verdi (siehe etwa: Klimastreik am 1. März 2024 und Wir-fahren-zusammen-Konferenz: <https://fridaysforfuture.de/wir-fahren-zusammen/>). Wichtig ist darüber hinaus eine Einbindung in politische Prozesse. Hier gilt es, transformative Zellen in den Staatsapparaten zu nutzen, um Widerstände gemeinsam mit den sozialen Bewegungen bearbeiten zu können.

Die Abwiegler und Leugner der sozio-ökologischen Krisen, die sich in einer breiten Koalition libertärer und rechtspopulistischer gesellschaftlicher und politischer Kräfte zusammengefunden haben, könnten die Überhand gewinnen, wenn die anderen sich aus Angst vor Misserfolgen frustriert und fatalistisch ausklinken. Brand/Wissen haben ein Mutmacherbuch geschrieben, das solchen Anwendungen entgegenwirkt.

Jürgen Wasem-Gutensohn

Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Wladimir Iljitsch Lenin oder: Revolution gegen das „Kapital“. Berlin 2024.

Nach dem zuletzt besprochenen Band über Stalin¹ hat der profilierte Kommu-

¹ Wladislaw Hedeler (Hrsg.): Josef Stalin

nismusforscher Wladislaw Hedeler nun einen weiteren seiner bislang drei Beiträge zur Dietz'schen Reihe „Biografische Miniaturen“ mit einer Neuauflage bedacht: Es geht um Lenin, den zentralen Parteitheoretiker und Revolutionsführer des 1917 entstandenen Sowjetstaates und bis heute weltweit omnipräsente Bezugsfigur der sozialistischen Bewegung. Der Zeitpunkt könnte kaum ein passenderer sein: Der Tod der revolutionären Ikone jährt sich in diesem Jahr zum 100. Mal. Ein willkommener Anlass also, die erweiterte und aktualisierte Neuauflage des erstmals 2013 erschienenen Bandes etwas genauer zu betrachten. Wie für die Reihe üblich besteht der Band aus einem kurzbiografischen Text und einem Fundus verschiedener Quellentexte zur behandelten Person. Für die Neuauflage kann nunmehr auch tatsächlich uneingeschränkt von „Quellentexten“ die Rede sein, denn ein Beitrag von Maxim Gorki über Lenin ersetzt einen in der Erstauflage von 2013 noch enthaltenen Auszug aus der (von Hedeler mitherausgegebenen) Lenin-Biografie Wolfgang Ruges.²

Den ersten Teil beginnt Hedeler mit einem Verweis auf die hohe Symbolkraft, die der Person Lenins bereits früh zukam, und betont ihre starke Verschmelzung mit der Partei in der öffentlichen Wahrnehmung, sowohl im inner- als auch im außersowjetischen Raum. Der Autor unterstellt Lenin zudem ein Selbstverständnis als „orthodoxer Marxist“, aus welchem heraus er seine ebenso zahlreichen wie

vielfältigen Theorien entwickelt habe und trotz dessen dabei „teilweise über Marx [hinausging], nicht selten an ihm vorbei“. (S. 10) Dieses Spannungsverhältnis findet sich auch im Buchtitel wieder: Die mehrdeutige Phrase „Revolution gegen das ‚Kapital‘“ bezieht sich auf die Kritik Antonio Gramscis, Georgi Plechanows und anderer Zeitgenossen, Lenins Politik widerspräche dem Geist von Karl Marx und dessen ökonomischem Hauptwerk. Sein Einfluss auf die marxistische Theoriewelt war dessen ungeachtet immens: „Schon zu Lebzeiten wurde Lenin in den Rang eines Klassikers des Marxismus erhoben.“ (S. 10) Seit 1920 fanden seine Schriften in diversen Übersetzungen weitreichende Verbreitung, ein Vorbote der später sukzessive erscheinenden Werkausgaben. Die historische Biografieschreibung zu Lenin seit den 1990er-Jahren skizziert Hedeler schemenhaft – dass er hierbei das (kontroverse, aber unlegbar einflussreiche) Buch von Robert Service³ ausspart, dürfte kein Versehen gewesen sein: Der Fokus liegt auf russischsprachiger Literatur.

Im biografischen Abschnitt des Buches liefert der Autor einen bündigen Überblick über Lenins Leben. Von Lenins Kindheit, über den frühen Tod des Vaters wie des Bruders Alexanders, Lenins Politisierung in jungen Jahren und seine Beteiligung an den Studentenunruhen von Kasan 1887 spannt Hedeler einen konzisen Bogen bis zum Beginn der illegalen politischen Arbeit Anfang der 1890er-Jahre. Nach Verbannung im fernen Sibirien begab sich Lenin ins westeuropäische Ausland, traf auf prominente Persönlichkeiten der internationalen Arbei-

oder: Revolution als Verbrechen, Berlin 2023, rezensiert in *Mitteilungen* 65, März 2024, S. 103-106.

2 Wolfgang Ruge: Lenin. Vorgänger Stalins, Berlin 2010, S. 373-398.

3 Robert Service: Lenin. Eine Biographie, München 2000.

terbewegung wie Plechanow und Wilhelm Liebknecht und übernahm eine führende Rolle in der Publizistik der gerade gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands. Seine Schrift „Was tun?“, die er 1902 veröffentlichte und dabei erstmals das Pseudonym „Lenin“ verwandte, erlangte breite Beachtung, verschärfte aber auch bereits bestehende Meinungsverschiedenheiten. In Einführung der Duma 1905 und Februarrevolution 1917 sah Lenin zwar jeweils Chancen, neue Handlungsspielräume zur Agitation auszunutzen, verwies jedoch auch auf starke Einschränkungen in diesen Arenen – die Auflösungen der Duma durch den Zaren 1906/7 und die erneute Offensive im Ersten Weltkrieg unter Alexander Kerenski 1917 sollten ihm in dieser Hinsicht Recht geben – und hielt beharrlich daran fest, dass ein weiterer Umsturz notwendig sei. Nach seiner Rückkehr im Frühjahr 1917 proklamierte Lenin die berühmten „April-Thesen“, deren radikale Forderungen nach Verstaatlichung, Kriegsausritt und Sturz der Provisorischen Regierung allgemeine Irritation, auch innerhalb seiner Partei, auslösten. Hedeler weist vor diesem Hintergrund darauf hin, dass die Bolschewiki im schicksalsträchtigen Jahr 1917 keineswegs so geeint und homogen agierten, wie es die spätere sowjetische Geschichtsschreibung zu suggerieren bemüht war.

Auch die im Herbst verstärkt diskutierte Aussicht auf einen Umsturz illustriert dies, sprachen sich mit Grigori Sinowjew und Lew Kamenew doch zwei äußerst prominente Köpfe dagegen aus. Auf die Erklärung, die sie dazu im Oktober 1917 abgaben, macht Hedeler ebenso aufmerksam wie auf Lenins Replik; beide Dokumente

sind im zweiten Teil des Buches enthalten. Das ist begrüßenswert, denn hierin liegt meines Erachtens das große Potenzial der „Biografischen Miniaturen“: einen knizsen Überblick über die Biografie einer Person zu liefern, den Lesende mittels direkter Verweise auf beigefügte Dokumente punktuell vertiefen können. Umso bedauerlicher ist es, dass Hedeler hiervon weitgehend absieht. Deutlich besser ist das beispielsweise Mario Keßler gelungen, der in seinem vor zwei Jahren erschienenen Band über Leo Trotzki auf jedes einzelne der 15 beigefügten Dokumente eingeht und diese kritisch und sorgfältig in seine Analyse einbindet, ohne dabei den inhaltlichen Rahmen zu sprengen.⁴

Die Schilderung des eigentlichen Umsturzes, der als ‚Oktoberrevolution‘ in die Geschichte einging, überlässt der Autor dieses Bandes derweil Trotzki, dessen Sicht der Ereignisse sich über fast zwei Seiten erstreckt und keine weitere Einordnung des Autors erfährt. Für ausschweifende Zitatpassagen ist Hedeler zwar durchaus bekannt (auch hier ist es bei Weitem nicht die einzige), die Darstellung eines so zentralen Ereignisses allerdings derart uneingeschränkt einem Zeitzeugen zu überlassen, der voreingenommener wohl kaum sein könnte, erstaunt trotzdem. Die zahlreichen sozialpolitischen Errungenschaften des Oktoberumsturzes, etwa hinsichtlich Arbeiter- und Frauenrechten, finden keine Erwähnung, stattdessen folgen eingehende Ausführungen über Lenins Affiliation mit dem politischen Instrument des Terrors.

4 Mario Keßler (Hrsg.): Leo Trotzki oder: Sozialismus gegen Antisemitismus, Berlin 2022.

Vielfach habe sich dieser nach Erringung der Macht über die von ihm als nachlässig empfundene Milde beklagt, die einer „Diktatur“ unwürdig sei. (S. 44) Auf der lang angekündigten und oft vertagten Gründungssitzung der Konstituierenden Versammlung, die schließlich am 5. Januar 1918 tagte, verzichtete Lenin auf einen eigenen Redebeitrag, stattdessen sagte Nikolai Bucharin mit flammenden Worten der „bürgerlich-parlamentarischen Republik“ den Kampf an. (S. 47) Über die Auflösung der Versammlung, die wenige Stunden später erfolgte und den weiteren Kurs des Landes maßgeblich beeinflussen sollte, verliert Hedeler indes kein Wort. Dies ist umso erstaunlicher, als das von Lenin konzipierte entsprechende Dekret vom 6. Januar im hinteren Teil des Buchs enthalten ist. Hier wäre eine Bezugnahme auf das beigefügte Quellenmaterial wünschenswert gewesen. Gelungener ist da der Abschnitt zur Gründung der III. Internationale, deren Errichtung Lenin zwecks baldiger Weltrevolution eifrig vorantrieb – sein stures Beharren auf Deutungshoheit für den Marxismus auf globaler Ebene geht dabei aus beigefügten Dokumenten anschaulich hervor.

In Lenins Abkehr vom repressiven Kriegskommunismus der Bürgerkriegsjahre auf dem X. Parteitag 1921 sieht Hedeler keine Lossagung vom zunehmend autokratischen Kurs der Partei, ganz im Gegenteil: Er verweist auf die zeitgleiche Verhängung des folgenschweren Fraktionsverbots. Die Verkündung Lenins, es sei jetzt daran, „mit Gewehren zu diskutieren“ [statt] mit Thesen“ (S. 51) stellt er in direkten Zusammenhang mit dem unmittelbar folgenden Kronstädter Aufstand, in dessen Zuge zahl-

reiche einst zentrale Akteure der Revolution, darunter mehrere Delegierte des Parteitags, erschossen wurden. Lenins führende Rolle bei dieser Eskalation der Gewalt ist evident: 1922 forderte er etwa eine massive Ausweitung gesetzlich verankerter Erschießungen politisch Unliebsamer auf Grundlage vager Kategorien wie „revolutionäres Rechtsbewusstsein“ oder „revolutionäres Gewissen“. (S. 52) Als Jurist dürfte ihm dabei klar gewesen sein, dass derart unpräzise Begrifflichkeiten die Tür zur totalen Willkür aufstießen. Anknüpfend an Ruge formuliert Hedeler in diesem Kontext die These, Lenin sei mitnichten lediglich das Versäumnis vorzuwerfen, Stalins rapiden Machtzuwachs früh und entschlossen Einhalt zu gebieten, vielmehr habe er in mancherlei Hinsicht aktiv „die ersten Weichen in den Abgrund gestellt“ (S. 53).

Den Entstehungsprozess von Lenins berühmten, dem Band beigefügten „Brief an den Parteitag“, beschreibt Hedeler ausgesprochen detailliert und kenntnisreich. In diesem Schreiben äußerte der schwer kranke Lenin Zweifel an der Eignung Stalins für eine Führungsrolle und sprach sich für dessen Absetzung aus. Die sich zu dieser Zeit parallel zu Lenins Gesundheitszustand verschärfenden parteiinternen Intrigen und Machtkämpfe vermag Hedeler eindrücklich und nachvollziehbar zu erzählen, die sich abzeichnende Ausbootung Trotzki durch Stalin schließt als gelungener Ausblick an. Lenin, der Maxim Gorkis Lobgesang auf ihn noch 1920 als „antikommunistisch“ bezeichnet hatte (S. 102), wurde nach seinem Tod 1924 zur unsterblichen Ikone erhoben, auf deren kultischer Grundlage Stalin unbeirrbar die Festigung seiner eigenen,

zunehmend unumschränkten Herrschaft vollzog.

Die dem Text beigefügte Auswahl an Quellenmaterial ist angenehm vielseitig und äußerst interessant. Etwa die Hälfte stammt von Lenin selbst, darunter etwa ein handbuchartiger Text über Grundlagen des Marxismus und einige knappe Briefe. Sie alle zusammen bieten einen spannenden Einblick in Lenins politischen Ansprüche und Arbeitsmodi. Mit Plechanow und Karl Kautsky kommen zwei seiner prominentesten Kritiker zu Wort; durch Bucharin, Gorki und Anatoli Lunatscharski sind auch die obligatorischen Lobgesänge vertreten (wobei Bucharins Text durch Analyse einiger Lenin-Aufsätze durchaus Mehrwert besitzt). Stalins Einleitung in seine Vorlesungsreihe zu den „Grundlagen des Leninismus“ von 1924 (S. 139-141) veranschaulicht, wie früh dieser sich der Chance bewusst war, Lenins politisches Erbe in seinem Sinne umzudeuten und zu eigen zu machen – nachdem er das ihn verunglimpfende ‚Testament‘ behutsam unterschlagen hatte. Sehr lesenswert ist auch ein Brief des Archivars und langjährigen Marx-Engels-Institut-Direktors David Rjasanow an die Redaktion der „Prawda“ von 1931, in dem er sich über dort gedruckte Diskreditierungen seiner Person als Antileninist und Menschewist empört und seine nüchtern-differenzierte Einschätzung von Lenins politischem Gewicht kühn verteidigt. Leider versäumt es Hedeler, an dieser Stelle anzumerken, dass Rjasanow bereits einen Monat später unter ebensolchen Vorwürfen verhaftet und 1938 in den Unruhen des Großen Terrors erschossen werden sollte. Generell lassen die Quellen, wie schon im Stalin-

Band, eine kritische Einordnung schmerzlich vermissen. Alle vorliegenden Texte hätten von einer kenntnisreichen Verortung durch den Herausgeber immens profitiert. Die Datierung erfolgt zudem leider unregelmäßig und bisweilen unzuverlässig: So ist etwa der Textauszug von Kautsky im bibliografischen Verweis als aus dem Jahr 1918 angegeben, obwohl dieser selbst zu Beginn der angeführten Passage vermerkt, den Text im Mai 1919 zu verfassen und auch die von Hedeler angegebene Quelle die betreffende Erstausgabe auf dieses Jahr datiert.⁵

Der Band schließt mit einem recht umfangreichen Anhang, beginnend mit einer Chronologie zu Lenins Lebensdaten und einem Personenregister, dem zwar einige Informationen zu den Personen, allerdings leider keine Seitenzahlen beigefügt sind, was den praktischen Nutzen erheblich einschränkt. Die Auflistung von Quellen und Literatur enthält einen chronologischen Überblick über die verschiedenen Werkausgaben, deren Einordnung zweifelsohne von Hedelers Expertise profitiert. Zwar erwähnt er nicht die 1989 in Aussicht gestellte und doch nie erschienene 70-bändige Gesamtausgabe der Leninwerke,⁶ immerhin ist jedoch ein Verweis auf die Unvollständigkeit bisheriger Ausgaben gegeben – bis heute bleiben Tausende archivierte Dokumente

5 Vgl. Karl Kautsky: Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, in: Hans-Jürgen Mende (Hrsg.): Demokratie oder Diktatur?, Bd. 1, Berlin 1990, S. 322-329.

6 Vgl. Klaus J. Hermann: 70-bändige Lenin-Ausgabe wird in Moskau vorbereitet, in: *Neues Deutschland*, 17./18. Juni 1989, S. 10.

unveröffentlicht.

Hedellers neuaufgelegte „Biografische Miniatur“ zu Lenin fällt gewinnbringender aus als die zu Stalin. Nicht nur vermag er einen kompakten und kenntnisreichen Überblick über Lenins Biografie zu vermitteln, er bedient sich seiner umfangreichen Expertise auch erfreulich regelmäßig, um eigenständige Thesen zu formulieren und damit den Diskurs zu dieser vielseitigen Persönlichkeit aktiv voranzubringen. Der Text stellt dabei, anders als der Titel („Visionär und Pragmatiker“) vermuten lassen könnte, keine Glorifizierung à la Stefan Bollinger dar, dessen unkritische bis schwärmerische Darstellung Lenins von 2017 mit Hedellers ähnlich dimensioniertem Band hoffentlich massentaugliche Konkurrenz erfährt.⁷ Jedoch lässt Hedeler viel Potenzial liegen: Sein Text, der mitunter entscheidende Ereignisse auslässt und dafür weniger bedeutsame detailliert beschreibt, nimmt kaum Bezug auf die ihm beigefügten Quellentexte, die ihrerseits eine kritische Einordnung des Herausgebers schmerzlich vermissen lassen. Wer nach einer solchen anregenden Auseinandersetzung mit Lenins Politik und Weltanschauung in kompaktem Format sucht, dem sei an dieser Stelle eher zu Slavoj Žižeks Buch von 2018 geraten.⁸ Nichtsdestotrotz ist Hedellers Band durchaus dafür geeignet, einen konzisen Überblick über die Person Lenins zu verschaffen und Fragen zu seinem politischen Erbe aufzuwerfen, die ein Jahrhundert nach seinem Tod nichts von ihrer

historischen wie geopolitischen Relevanz eingebüßt haben.

Milan Mentz

Czitrich-Stahl, Holger: Der Oppositionelle. Georg Ledebour (1850-1947). Linksliberaler, Sozialdemokrat, Linkssozialist (= Historische Demokratieforschung Bd. 23). Metropol Verlag, Berlin 2024, 484 Seiten. ISBN 978-3-86331-741-6.

Der Vorsitzende unseres Förderkreises hat eine umfassende Publikation zu Leben und historischer Rolle George Ledebours vorgelegt, die den Rahmen einer klassischen Biografie eigentlich sprengt. Der Autor geht nicht nur ausführlich auf die Aktivitäten seines Protagonisten ein, sondern auch auf dessen Handeln bestimmende Überzeugungen und sein taktisches Vorgehen. Das geschieht in kritischen Vergleichen mit den Motiven und Argumentationen anderer Akteure. So ist eine Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entstanden, die wie kaum eine andere die handelnden Personen in den Vordergrund rückt. Bereits der Titel des Buches verweist auf die Wesenszüge der Vita Ledebour – ein oppositioneller Geist, der folgerichtig den Weg vom Linksliberalen zum Sozialdemokraten und schließlich zum Linkssozialisten beschritt und auf allen Stationen dieser Entwicklung seinen unverwechselbaren, häufig polarisierenden Platz einnahm.

In der Einführung wird bereits eine Skizze von Ledebours Lebenslauf geboten und der bisherige Forschungsstand benannt. Daraus leitet der Autor seine eigene Aufga-

7 Stefan Bollinger: Lenin. Theoretiker, Strategie, marxistischer Realpolitiker, Köln 2017.

8 Slavoj Žižek: Lenin heute. Erinnern, Wiederholen und Durcharbeiten, Darmstadt 2018.

benstellung ab, „die politische Persönlichkeit Georg Ledebour genauer zu verorten und ihre Positionen zu bestimmen“. Czitrich-Stahl unternimmt, was selten genug geschieht, er führt die in beiden deutschen Staaten gewonnenen Forschungsergebnisse vorurteilsfrei zusammen und nimmt sie zum Ausgangspunkt seiner eigenen, tiefer eindringenden Untersuchungen. Leider blieben als Nachlass nur die im Schweizer Exil entstandenen Papiere erhalten, während die in einer Berliner Wohnung aufbewahrten Bücher und Texte bei einem Bombenangriff verloren gingen. Bedingt durch diese Quellenlage hat Czitrich-Stahl – auf Indizien gestützt – besonders für die frühen Jahre die Faktenkenntnisse über Aktivitäten und Publikationen Ledebours spürbar erweitert.

Die chronologisch angelegten Teile des Buches setzen mit den Jahren 1850 bis 1890 ein. Das ist die Zeit, in der Ledebours politische Sozialisierung erfolgte und er sich vom liberalen Demokraten zum Sozialdemokraten entwickelte. Eine prägende Zeit war sein sechsjähriger Aufenthalt in England, wo ihn der britische Rechtsstaat und Parlamentarismus sowie die Tradeunions stark beeindruckten, sodass nicht zufällig sein Einstieg in das politische Leben seiner deutschen Heimat über die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine erfolgte. Hauptfeld seiner politischen Aktivitäten wurden jedoch die in häufiger Umgruppierung befindlichen Organisationen der kleinbürgerlichen Demokratie. Davor steht allerdings eine ausführliche Analyse seines familiären Umfeldes. Hier ist der Autor der Verlockung nicht entgangen, alles, was sich über die Sippe der Ledebours beziehungs-

weise Ledebours, ihrer tatsächlichen oder vermutlichen Verwandten und Anverwandten ermitteln ließ, im Buche unterzubringen.

Die endgültige Hinwendung Ledebours zur Sozialdemokratie – durch persönliche Kontakte zu Wilhelm Liebknecht und anderen führenden Sozialdemokraten vorbereitet – erfolgte mit dem Ende des 1878 erlassenen „Sozialistengesetzes“. Die Felder, auf denen er nun vor allem tätig wurde, waren die Bildungsarbeit – insbesondere als Mitorganisator und Lehrer der Arbeiterbildungsschule und des Leseklubs „Karl Marx“, als Redakteur und Autor der Parteipresse sowie die Freie Volksbühne. Einen besonderen Abschnitt widmet der Autor Ledebours Rolle als Rezenten, denn hier treten dessen Ansichten in polemischer Zuspitzung besonders markant hervor. Auch um die organisatorische Erneuerung des Parteaufbaus, mit der zu Zeiten der Illegalität bewährte zentralistische Strukturen zugunsten einer stärkeren Verankerung an der Basis der Wahlkreise erreicht werden sollte, trat er hervor. Es lässt sich wohl sagen, dass es kaum eine Kontroverse oder Querele gegeben hat, in die er nicht involviert gewesen wäre. Czitrich-Stahl deckt die einander widerstrebenden Orientierungen gründlich auf. In diese Zeit fällt auch Ledebours Eheschließung mit Minna Stamfuß. Eine glückliche Wahl, die beide Partner aufs engste verband und sich in guten wie in schlechten Jahren bewährte.

Intensiv beteiligte sich Ledebour an den drei großen Debatten, welche auf mehreren Parteitagen der SDAP in den letzten Jahren des 19. Jahrhunderts ausgetragen wurden: die Agrarfrage, die Entscheidung über Boy-

kott oder Teilnahme an Wahlen unter den Bedingungen des preußischen Dreiklassenwahlrechtes und die durch Eduard Bernstein's Buch ausgelöste Revisionismusedebatte. Der Autor charakterisiert Ledebours Agieren als Beharren „auf dem Primat des Prinzips gegenüber der möglichen Gunst der Stunde“, womit er sich „als eine feste Größe auf Seiten des ‚marxistischen Zentrums‘“ etablierte. So gelang es ihm auch nach dem Tode Wilhelm Liebknechts, in einer Nachwahl dessen Nachfolge als Abgeordneter des Deutschen Reichstages anzutreten.

Ledebour gehörte 24 Jahre dem Deutschen Reichstag an. Es erweist sich als zweckmäßig, dass Czitrich-Stahl sich entschlossen hat, diese parlamentarischen Aktivitäten nicht chronologisch, sondern nach Schwerpunkten, die Geschehnisse in ihren Ursachen und Folgen gründlich abzuhandeln. Diese sind: Kolonialpolitik – aufgefächert in „Boxeraufstand“, Burenkrieg, Genozid an den Herero und Nama, „Hottentottenwahl“; Rechte ethnischer Minderheiten und „Nationalitätentoleranz“; Demokratisierung der Innenpolitik, und zwar Verfassung und Parlamentarismus, Wahlrecht, Massenstreikdebatten; Außenpolitik und Kriegsgefahr, darunter Marokkokrisen, Beziehungen zu Großbritannien. Am Ende dieses Kapitels steht der Wahlsieg der SPD in den Reichstagswahlen 1912, zu dem Ledebour Wesentliches beigetragen hat. Dieser Erfolg war allerdings mit Veränderungen der inneren Kräfteverhältnisse der SPD verbunden. Der Autor beschreibt dies wie folgt: „Tatsächlich verschoben sich in der Spitze der Sozialdemokratie die Gewichte langsam aber stetig in Richtung

einer stärkeren Zusammenarbeit zwischen dem Parteizentrum Bebel und Kautsky mit dem gemäßigeren Flügel, sodass die Radikalen immer mehr an potenzieller Mehrheitsfähigkeit verloren.“ Ledebour begegnet uns nun zunehmend als Pendler zwischen dem marxistischen Zentrum und der radikalen Linken.

Die Entwicklung vom 4. August 1914 bis zur definitiven organisatorischen Spaltung der deutschen Sozialdemokratie dürfte den meisten Lesern in ihren wichtigsten Stationen bekannt sein, wenngleich nicht derartig detailliert, wie vom Autor beschrieben. Wir beschränken uns an dieser Stelle auf einige Hinweise, wie Ledebour in diesen Prozess involviert war. Wir finden ihn immer bei den Gegnern der Burgfriedenspolitik, unter denen, die am längsten gegen die Zustimmung zu den Kriegskrediten aufgetreten sind, aber sich in der Hoffnung, als linker Flügel innerhalb der SPD zu obersiegen, dann doch der Fraktionsdisziplin gebeugt haben. Damit stand er auch im Dissens zur Spartakusgruppe und zu Karl Liebknechts Alleingang. Als 1915 eine klare Abgrenzung von der Fraktionsmehrheit einsetzte, die schließlich in die Bildung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und die Gründung der USPD einmündete, gehörte Ledebour zu den aktivsten Vertretern dieses Kurses. Gemeinsam mit Hugo Haase wurde er zu Vorsitzenden dieser Partei gewählt.

Die in der Novemberrevolution gipfelnde Entwicklung, besonders die erbitterten Auseinandersetzungen zwischen „alter“ Sozialdemokratie und „Unabhängigen“ wie auch innerhalb der USPD erfahren eine eingehende und anschauliche Be-

schreibung. Dabei war Ledebours schroffer Umgang mit Kontrahenten seiner Sache oft nicht dienlich. Er widersetzte sich ganz entschieden einer Beteiligung an der Regierung Ebert-Scheidemann, „Rat der Volksbeauftragten“ genannt, und hoffte über den Vollzugsrat der Großberliner Arbeiter- und Soldatenräte, die Revolution als Kampf um den Sozialismus vorantreiben zu können. Dafür konnte jedoch das notwendige Kräfteverhältnis nicht herbeigeführt werden. Der Autor wertet dies nicht nur als politische, sondern auch als persönliche Niederlage Ledebours.

Der Reichsrätekongress, der am 16. Dezember 1918 zusammentrat, sollte diesen Trend eindeutig bestätigen. Ledebours Einsatz für einen Bund von USPD-Linken und Spartakusbund blieb der Erfolg versagt. Obwohl er punktuell mit Vertretern des Spartakusbundes zusammenarbeitete, ließen sich in entscheidenden Punkten die Differenzen nicht ausräumen: die von ihm angestrebte linkssozialistische Massenpartei sollte keine kommunistische Partei sein und die erstrebte neue Internationale nicht die von Moskau dirigierte Kommunistische Internationale, deren 21 Aufnahmebedingungen er strikt ablehnte. Der zur Besetzung des Berliner Zeitungsquartiers durch revolutionäre Kämpfer führende Januaraufstand war wesentlich von Ledebour initiiert. Dessen opferreiche Niederschlagung festigte letztlich die Positionen des Vollzugsrates und der Soldateska. Der Autor schätzt unter Berufung auf Mark Jones ein, „dass die Januarkämpfe kein organisierter ‚spartakistischer‘ Aufstand waren, sondern eher ‚ein improvisierter Umsturzversuch mit sehr geringen realen Erfolgsaus-

sichten‘.“ Würdigende Behandlung erfährt im anschließenden Abschnitt die offensive Verteidigung Ledebours und seiner Anwälte in dem gegen ihn angestrebten Prozess. Das Gericht kam nicht umhin, ihn in allen fünf Anklagepunkten für „nicht schuldig“ zu erklären.

Trotz zeitweiliger beeindruckender Erfolge der USPD und ihres linken Flügels ließ sich Ledebours Konzept, die USPD dauerhaft als dritte Kraft zu etablieren, nicht realisieren. In den Auseinandersetzungen um Vereinigung mit der KPD oder Rückkehr in die alte Sozialdemokratie geriet Ledebour vollends zwischen alle Fronten, und sein Einfluss verbleibt spürbar. Czitrich-Stahl hat seine Aktivitäten in verschiedenen linkssozialistischen Gruppierungen der Jahre 1923-1932 mit der Überschrift versehen: „Vom Massenführer zum Sektenführer“. Bei Aktionen der Internationalen Arbeiterhilfe, der antikolonialen, antifaschistischen oder Erwerbslosenbewegung, in den Auseinandersetzungen um die Fürstenabfindung und den Panzerkreuzerbau, und selbst mit seinen Wahlempfehlungen, unterstützte er meistens die Initiativen der KPD. Aber generell ließ er sich weiterhin von seiner Überzeugung leiten, dass es einer linkssozialistischen Partei als Kristallisationskern einer einflussreichen Arbeiterbewegung bedürfe. Das führte ihn folgerichtig zur im Oktober 1931 gegründeten Sozialistischen Arbeiterpartei, die indes keine kraftvolle politische Anziehungskraft auszustrahlen vermochte.

Gleichwohl trat Ledebour für Aktionseinheit von KPD und SPD gegen die drohende Machtübernahme durch die Hitlerfaschisten ein. Die Darstellung des

Autors lässt den Schluss zu, dass er Ledebours ernüchternde Kritik teilt: SPD und KPD „beharren bei ihrer Taktik, den Einheitsfrontgedanken zu einem Werbemittel für ihre eigenen Parteien zu missbrauchen“ und erwarteten eigentlich eine Unterordnung von ihren Bündnispartnern.

Ledebour, der sich keinerlei Illusionen über den verbrecherischen Charakter des Naziregimes hingab und sich bewusst war, dass er zu den am meisten gefährdeten Personen gehörte, zog daraus frühzeitig die Konsequenzen und flüchtete in die Schweiz. Die Familie lebte hier in bescheidenen Verhältnissen, aber sie war nicht isoliert. Sie erhielten Besuche von Genossen und Zeichen solidarischer Verbundenheit. Diese galten aber mehr der greisen Symbolfigur der sozialistischen Bewegung als dem aktiv ins Geschehen eingreifenden Arbeiterführer, dem die Schweizer Behörden jegliche politische Betätigung verboten hatten. Die kurze Zeit, die ihm nach der Befreiung vom Faschismus noch vergönnt war, verbrachte er in der Schweiz, eine Rückkehr nach Deutschland erschien ihm aus gesundheitlichen Gründen zu beschwerlich. Aber er verfolgte die Geschehnisse in seinem Heimatland. So wünschte er auch der im Osten Deutschlands gebildeten, noch nicht auf dem Weg zur Partei neuen Typs befindlichen Einheitspartei, eine erfolgreiche Entwicklung.

In einem Schlusskapitel zieht der Autor noch einmal Bilanz der Lebensleistung dieses „radikalen Vorkämpfers einer sozialen Demokratie“. Die Ledebour oft ins Abseits führenden Alleingänge nicht ausblendend, hebt er die Konstanten dieses radikalen, seinen Grundüberzeugungen immer treublei-

benden Sozialisten hervor. Georg Ledebour verstarb am 31. März 1947.

Günter Benser

Miklós Nyiszli: Im Jenseits der Menschlichkeit. Ein Gerichtsmediziner in Auschwitz. Herausgegeben von Andreas Kilian und Friedrich Herber. Karl Dietz Verlag, Berlin 2024, 359 Seiten.

Dieses Buch ist die wesentlich erweiterte, um einen wichtigen Anmerkungssteil ergänzte Neuauflage der bereits 1992 sowie 2005 auf Deutsch erschienenen Erinnerungen Nyiszlis an seine Zeit als Häftlings-Sektionsarzt in Auschwitz. Die Erstausgabe war bereits 1946 in Oradea (Rumänien) erschienen. Miklós Nyiszli, geboren 1901, war ungarischer Jude mit rumänischer Staatsbürgerschaft, hatte vor allem in Deutschland Medizin studiert und 1930 in Breslau mit einer Arbeit promoviert, die sich auf Material aus Sektionen stützte.

Er wurde im Mai 1944 mit seiner Frau und seiner Tochter nach Auschwitz deportiert und dort nach kurzer Zeit in das Krematorium I verlegt, wo er zusammen mit zwei anderen Ärzten und einem Gehilfen als „Sektionskommando“ direkt Josef Mengele unterstand und in dessen Auftrag viele Sektionen und Zusatzuntersuchungen durchführen musste. Nyiszli hatte zuerst, bevor dieses Sektionskommando aufgestellt wurde, unter den Augen Mengeles und anderer SS-Offiziere zwei „Probesektionen“ zu bewältigen. Das Sektionskommando verfügte im Krematorium über einen Sektionsraum mit Laboratorium und über eine eigene Unterkunft mit Blick auf das

Frauenlager und die Rampe. Nyzsli musste keine Häftlingsuniform tragen, durfte Schreibmaterial und eine Uhr besitzen und war, was Verpflegung, Zigaretten und andere Annehmlichkeiten betraf – wie die Angehörigen des Sonderkommandos – in einer privilegierten Situation gegenüber den sonstigen Häftlingen. Mit Duldung der SS konnten sich die im Krematorium beschäftigten Häftlinge aus dem Reiseproviant und den Habseligkeiten der Ermordeten bedienen. Als besonderer „Geheimnisträger“ im abgeschirmten Bereich des Krematoriums war Nyzsli in einer außergewöhnlichen Situation: Er war nur Mengele, dem 1. Lagerarzt Birkenaus, unterstellt, nicht den für die Krematorien zuständigen Kommandoführern, lebte aber im Krematorium und war damit als Zeuge der Massenmorde in steter Todesangst, da er wusste, dass letztendlich die SS plante, alle Mitwisser zu liquidieren.

Die Aufgabe des Sektionskommandos war es vor allem, Leichenöffnungen durchzuführen, die im Zusammenhang mit den „Forschungen“ Mengeles standen. Es ging also um Themen wie Zwillinge, körperliche Missbildungen, zum Beispiel Kleinwüchsigkeit, und um Vererbung. Neben den Sektionen mussten aber auch detaillierte medizinische Untersuchungen an Personen vorgenommen werden, die wegen besonderer Umstände nicht sofort vergast wurden, sondern vor ihrem Tode klinisch überprüft werden sollten. Nyzsli musste zum Beispiel einen Vater mit Sohn begutachten, die beide von Mengele aus einem Transport aus dem Getto „Litzmannstadt“ wegen ihrer körperlichen Missbildungen selektiert worden waren. Unmittelbar nach der Untersuchung wurden diese zwei Män-

ner erschossen und ihre Leichen Nyzsli zur Sektion übergeben. Nyzsli beschreibt ähnliche Vorgänge auch mit Zwillingspaaren.

Er hatte natürlich auch Kontakt zu einigen Mitgliedern des Sonderkommandos, das im Krematorium I untergebracht war, sodass sein autobiografischer Bericht 1946 eine der ersten Darstellungen des Sonderkommandos war. Manches von dem, was Nyzsli vor allem über den Aufstand des Sonderkommandos am 7. Oktober 1944 schrieb, beruhte wohl auf Hörensagen, da er während des Aufstands mit seinen drei Mitarbeitern eine Sektion begonnen hatte. Alle vier mussten sich, nachdem die SS die Herrschaft über das Krematorium wieder übernommen hatte, zusammen mit den anderen Häftlingen mit dem Gesicht nach unten im Hof auf die Erde legen und wurden von der SS misshandelt. Nur Mengeles Ankunft im Krematorium rettete das Leben des Sektionskommandos; alle anderen Häftlinge wurden erschossen.

Nyzsli überlebte Anfang 1945 den Todesmarsch nach der Auflösung des Lagers, kam über Mauthausen und Melk schließlich in das Lager Ebensee, wo er am 20. April von amerikanischen Truppen befreit wurde. Er kehrte nach Oradea zurück, mittellos, durch die Haft geschwächt und arbeitsunfähig, konnte aber im Oktober seine Frau und seine Tochter wiedersehen, die die Lagerhaft überlebt hatten. Er setzte nun seine ganze Kraft dafür ein, Zeugnis über die Massenmorde in Birkenau und über seine Rolle als Pathologe im Krematorium abzulegen. Gesundheitlich angeschlagen und vielfachen Anfeindungen ausgesetzt, starb Nyzsli bereits 1956 an einem Herzinfarkt.

Seinen besonderen Wert erhält das Buch

durch den umfangreichen und detaillierten Anmerkungsapparat des Herausgebers Andreas Kilian. Kilian ist Gründer des Internetportals sonderkommando-studien.de und wohl einer der besten Kenner der Geschichte der Sonderkommandos. In 331 Anmerkungen allein für den Hauptteil des Buches klärt Kilian Ungenauigkeiten und Irrtümer Nyzslis auf (dieser hatte außer seinem Gedächtnis keine anderen Quellen zur Verfügung), gibt wichtige Zusatzinformationen über Birkenau und behandelt auch die langjährigen Diskussionen über die Rolle der Sonderkommandos.

Das Buch wird vervollständigt durch Aussagen und Erklärungen Nyzslis aus den Nachkriegsjahren, so vor allem eine eidesstattliche Erklärung für den Nürnberger I.G.-Farben-Prozess 1947. Eine von Kilian verfasste Darstellung des Lebenswegs Nyzslis und Kurzbiografien einiger Häftlinge und SS-Täter sowie eine Auswahlbiografie runden das Buch ab.

Dieses Buch ist ein Muss für jeden, der sich mit Auschwitz und mit der Shoah befasst.

Wolfgang Kaiser

Paul Mattick: Die Rückkehr der Inflation. Geld und Kapital im 21. Jahrhundert, Dietz Berlin 2024, 192 Seiten.

Rückgang der Profitabilität oder Gierflation?

In der Politischen Ökonomie fand der Begriff „Inflation“ erstmals Mitte des 19. Jahrhundert Verwendung und lässt sich Paul Mattick zufolge erstmals im Oxford Dictionary von 1864 nachweisen (S. 44).

Trotz der Hyperinflation 1923 wurde das Wort „Inflation“ erst 1929 in den Rechtsschreibbuden aufgenommen. Marx nutzte das Wort Inflation nur an wenigen Stellen in seinem Werk, vorwiegend in seinen philosophisch-ökonomischen Manuskripten, wenn es ihm um die Geldentwertung im Sinne einer Wertminderung (Depreziation) ging. Eine explizite Inflationstheorie entwickelte er nicht.

Mattick befasst sich in seiner Studie mit der Entwicklung der Verbraucherpreise, genauer gesagt dem Verbraucherpreisindex; er misst die Preisentwicklung der Waren und Dienstleistungen, die Privathaushalte konsumieren. Die Volkswirtschaftslehre nutzt darüber hinaus weitere Indizes wie den BIP-Deflator (er misst die Veränderung der Preise für die im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen im Vergleich zum Vorjahr), die Importpreise und die Exportpreise (einen Überblick gibt es etwa hier: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/lexikon-der-wirtschaft/19723/inflation/>). Massiv steigende Importpreise für Erdöl und Erdgas beispielsweise haben die Verbraucherpreise – wie in den Jahren 2022 und 2023 geschehen – steil nach oben getrieben und den Energielieferanten Extraprofite beschert. Generell bewirkt eine steigende Inflationsrate eine Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten.

Die Ökonomin Isabella Weber machte als eine der Ursachen der Teuerung einen Angebotsschock aus. Er habe sich aus einer Kombination der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, der Klimakrise und Russlands Krieg in der Ukraine ergeben. Oligopole in der Energiebranche und der Retail-Industrie hätten die Möglichkeiten

für Preiserhöhungen genutzt und damit Übergewinne im Sinne einer „Gierflation“ erzielt (S. 10 f. und Tom Krebs/Isabella Weber: Können Preiskontrollen optimal sein? Die wirtschaftlichen Folgen des Energieschocks in Deutschland, Berlin 2024). Das Bundeswirtschaftsministerium etwa stützte sich bei der Einführung der „Gaspreisbremse“ auf Webers Argumente.

Im Unterschied zu Weber, die sich auf die Energiebranche konzentriert, geht Mattick von der Weltwirtschaft und die diese laut Marx zufolge dominierenden „Veränderungen des ‚gesellschaftlichen Gesamtkapitals‘“ aus (S. 17). Seine zentrale These lautet daher: Die inflationären Tendenzen in den kapitalistischen Ländern nach 1945 lassen sich auf den Rückgang der weltweiten Profitabilität zurückführen; diese wiederum zeigt sich in abnehmenden Wachstumsraten seit Beginn der 1970er-Jahre. Nur durch eine höhere Verschuldung von Staaten, Unternehmen und Privathaushalten konnten die Verbraucherpreisindizes auf einem weitgehend von der Öffentlichkeit akzeptierten Niveau gehalten werden (S. 18). Anders ausgedrückt: Die aktuell in allen bedeutenden Volkswirtschaften der Welt weiterhin hoch bleibenden Inflationsraten haben keine temporären oder exogenen, sondern strukturelle Ursachen.

Bereits Ende der 1960er-Jahre in den USA und verstärkt zu Beginn der 1970er-Jahre auch in den anderen kapitalistischen Staaten deutete sich ein tiefgreifender Wandel in den politisch-ökonomischen Zusammenhängen an: Die Phase der Hochkonjunktur (genauer: das fordistische Akkumulationsregime) wurde durch eine strukturelle Überakkumulationskrise ver-

bunden mit einer Inflationsrate von 7 % in Deutschland, 13,6 % in Frankreich, 16 % in Großbritannien und 11 % in USA im Jahr 1974 abgelöst (siehe: <https://www.global-rates.com/de/inflation/historisch/1974/>).

Auch die Entwicklung der Profitrate zeigt ein eindeutiges Bild. Von einem Peak Mitte der 1960er mit knapp über 10 % sank sie in den USA auf etwas über 8 % im Jahr 1974 und erreichte 1982 nur noch rund 7,8 %. In Deutschland reduzierte sich die Profitrate von mehr als 11 % im Jahr 1960 kontinuierlich auf 6,2 % im Jahr 1982 (siehe: <https://www.wiso.uni-hamburg.de/fachbereich-sozoek/professuren/heise/zoess/forschungsprogramm/forschungsfelder/forschungsfeld-iii-bildung-und-weiterbildung/prag-04.pdf>, S. 9 und S. 5).

Als Ursache der hohen Inflationsraten – mit einem Peak in den USA im Jahr 1980 mit 13,6 % und in der EU mit 13,2 % bereits 1974 (siehe: <https://www.laenderdaten.info/Amerika/USA/inflationsraten.php>) – machten Regierungen unzutreffender Weise die hohe Nachfrage und eine zu hohe Geldmenge als Folge gestiegener Löhne aus (die sogenannte Lohn-Preis-Spirale). Als „Gegenmittel“ erhöhten Zentralbanken die Zinssätze mit dem Ergebnis einer sich im Laufe der 1970er-Jahre weiter verschärfenden weltweiten Rezession (S. 63 f.). Immer wieder tragen Vertreter der Mainstream-Ökonomie auch das Argument vor, dass die Inflation ein „monetäres Phänomen“ sei – und dessen Ursache seien drastisch steigende Staatsdefizite (S. 147). Bereits Mitte der 1980er-Jahre wies David Cameron in einem Aufsatz (Does Government Causes Inflation) nach, dass Länder

wie Deutschland und Japan, die über einen längeren Zeitraum Leistungsbilanzüberschüsse erreichen, eine geringere Inflationsrate aufweisen als andere Länder (S. 147 f.).

Parallel zu tendenziell sinkenden Profit- und steigenden Inflationsraten reduzierten sich auch die Wachstumsraten und die Kapitalinvestitionen von Beginn der 1970er- bis Mitte der 1990er-Jahre. Durch die zunehmende weltweite wirtschaftliche Verflechtung der einzelnen Länder war davon die große Mehrzahl der Volkswirtschaften betroffen. Besserung trat erst ein, als die US-Zentralbank zu Beginn der 1990er-Jahre die Leitzinsen senkte, die Kreditvergabe für Unternehmen und die Kapitalinvestitionen damit attraktiver machte (S. 65 f.). Damit waren laut Mattick aber zugleich die Rahmenbedingungen für die große Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09 entstanden (S. 65). Zwischenzeitlich kam es 2001/02 zu einem weltweiten Konjunkturreinbruch, der in vielen Ländern glimpflich ablief. In Deutschland jedoch kam es zu größeren politisch-ökonomischen Verwerfungen und massiven Einschnitten in die sozialen Sicherungssysteme.

Belege für die These einer sinkenden Profitrate finden sich auch für den Zeitraum von 2000 (kurz vor dem eben erwähnten Einbruch) bis zum Jahr 2014. Rishabh Kumar und Tomás N. Rotta haben in ihrem Aufsatz „Was Marx right? Development and Exploitation in 43 Countries, 2000-2014“ aus dem Jahr 2024 (<https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0954349X23001753>) die World Input-Output Database (WIOD) ausgewertet. Das zentrale Ergebnis: „Die globale Profitrate des Gesamtkapitals (einschließlich

des staatlichen Anlagevermögens, Anm. JW) erreichte kurz vor der Finanzkrise 2008 mit 13,7 % ihren Höchststand, sank dann vorübergehend stark ab und setzte ihren allmählichen Rückgang auf 12,7 % im Jahr 2014 fort.“ Ergänzend dazu belief sich die durchschnittliche weltweite Inflationsrate für 2000 bis 2014 auf 3,4 % und einem Peak von 6,3 % im Jahr 2008.

Dem Zusammenhang von Preisen und Profiten widmet der Autor ein ausführliches Kapitel. Mattick zufolge macht die Mehrzahl heutiger Konjunkturtheorien exogene Faktoren wie Kriege oder Pandemien für das Auftreten von Krisen – und damit auch von hohen Inflationsraten – verantwortlich. Sie würden eine Volkswirtschaft aus dem Gleichgewicht bringen (S. 69). Demzufolge gäbe es keine allgemeingültige Erklärung, sondern lediglich individuelle Gründe für immer wiederkehrende Konjunkturzyklen. Die Marxsche These vom tendenziellen Fall der Profitrate dagegen könne den Zyklus von Rezession und Prosperität laut Mattick sehr wohl erklären. Unter der Annahme, dass sich eine rückläufige Profitabilität des Kapitals in geringen Wachstumsraten einer Volkswirtschaft zeigt, findet sich auch ein Beleg im BIP-Wachstum in Deutschland, das laut Statistischem Bundesamt von 2010 bis 2020 im Jahresdurchschnitt lediglich um 1,2 % anstieg (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/06/PD23_N032_81.htm).

In seiner historisch ausgerichteten Studie liefert Mattick einen enorm bedeutsamen Beitrag zur Analyse von Inflationsursachen. Die Arbeit ist ein wesentlicher Meilenstein für weitere Forschungsarbeiten, in denen es

unter anderem um eine Einordnung der Inflationsentwicklung als Volatilitätsindikator in eine allgemeine Krisentheorie geht. Eine solche kohärente Krisentheorie sollte Elemente wie etwa den tendenziellen Fall der Profitrate, Überakkumulation, Unterkonsumtion und Disproportionen umfassen.

Jürgen Wasem-Gutensohn

Auf stacheligen Wegen zur Befreiung. Immer wieder Aufbruch und Neuanfang. Gretchen Dutschke im Interview mit Cornelia Dildei. Trafo Literaturverlag Berlin, 347 Seiten, 26,80 €. ISBN 978-3-86465-183-0.

Wie konnte es kommen, dass aus einer Nachkriegs-Bundesrepublik, in der nur eine kleine Minderheit die Demokratie wirklich wollte, viel lieber jedoch in einer Monarchie oder in einem „anderen“ Faschismus gelebt hätte, eine Gesellschaft werden konnte, in der sich 80 Prozent und mehr der Menschen für die parlamentarische Form der Demokratie ausgesprochen haben? Dazu haben vor allem die demokratischen und sozialen Bewegungen, die Gewerkschaften und die Arbeiterbewegung beigetragen. Den vielleicht wichtigsten politisch-kulturellen Impuls der Demokratisierung gaben die „Achtundsechziger“, also Studentenbewegung und die Außerparlamentarische Opposition. Ohne sie wären die Politik der „inneren Reformen“ und jene der Entspannung zwischen Ost und West der Regierungszeit Willy Brandts kaum vorstellbar gewesen.

Eine wirkungsmächtige radikale Studierendenschaft ist heute kaum Realität. Dass

es deren Repräsentanten wie Rudi Dutschke in West-Berlin oder Daniel Cohn-Bendit in Paris zu einer solch großen öffentlichen Wirksamkeit bringen würden, heute aber trotzdem weitgehend vergessen sind, die Wirklichkeit in der „westlichen Welt“ von sozialistischen Utopien und vom friedlichen Miteinander weiter entfernt denn je zu sein scheint, gehört zu den Motiven dieses Interviewbandes. Er entstand zwischen September 2021 und April 2022. Gretchen Dutschke widmet ihn ausdrücklich der jungen Generation in der Hoffnung, dass auch sie einen umfassenden gesellschaftlichen Wandlungsprozess zum Besseren durchsetzen kann. Deshalb soll die Lebensgeschichte der Interviewten, die, wie sie selbst sagt, auch nur noch Insider*innen bekannt und eng verwoben mit dem demokratischen Umbruch von „1968“ ist, den heute jungen Menschen mitgeteilt werden.

Cornelia Dildei arbeitete als Fachtierärztin für Lebensmittel in staatlichen Instituten und als Referentin für Verbraucherschutz in Ministerien. Wie auch Gretchen Dutschke wirkt sie bei den Berliner Grünen mit. Ihre Absicht ist es, Gretchen Dutschke aus dem Schatten ihres prominenten, 1979 gestorbenen Mannes herauszuholen und sie ihre eigene Lebensgeschichte erzählen zu lassen.

In einem lockeren Gesprächsverlauf erfahren die Leserinnen und Leser, dass Gretchen Klotz in einer evangelikalen Familie in einem Vorort von Chicago (USA) mit beinahe hermetischer Abkapselung von der Welt außerhalb der Sektengemeinde aufwuchs. Die Angst vor der Hölle, die in dieser Religionsgemeinschaft allgegenwärtig verbreitet wurde, ließ sie verstummen

und in Kindheit und Pubertät vereinsamen. Doch die positiven Auswirkungen eines in der Schule selbst verfassten Gedichts mit dadaistischen Zügen öffneten sie für die Welt, auch für jene der Politik. Auf der High School kam sie mit der Literatur der „Beatniks“ wie Allen Ginsberg und Jack Kerouac in Berührung, auch mit Aldous Huxleys „Brave New World“, wodurch sie politisiert wurde, wie sie selbst sagt, antibürgerlich. 1964 kam sie nach Deutschland, um Deutsch zu lernen. Hier lernte sie Rudi Dutschke kennen und lieben. 1966 heirateten sie in Berlin, um zusammen wohnen zu können. Natürlich stieß die „bürgerliche Ehe“ auf die Kritik bei den Genossen des SDS, denn als Revolutionär hätte man gar nicht die Zeit zur Gründung einer Familie, so wie es auch Rudi vorher postuliert hatte. Gretchen bestätigt die feministische Kritik am Verhalten der männlichen SDS-Genossen ausdrücklich. Obwohl Rudi aufgeschlossener für eine Rollenveränderung war, musste sie ihm deutlich zeigen, dass sie eine Hausfrauenrolle verweigerte. Insofern gibt das Interview Einblicke in die Binnenverhältnisse der Akteure von „1968“ und nennt auch Namen, um besonders frauenfeindliches Verhalten im linksradikalen Umfeld aufzuzeigen, was auch für die bekannten Kommunen galt. Andererseits regt es zum Schmunzeln an, wenn Gretchen Dutschke die kleinen Unterschiede in den Dingen des Alltags, so etwa bei der Bekleidung von Neugeborenen, zwischen den USA und der BRD bzw. West-Berlin benennt und sie belustigend fand.

Um vor Anfeindungen geschützt zu sein, zogen die Dutschkes in die Wohnung von Helmut Gollwitzer, von dem sie politisch

als Sozialisten erheblich beeinflusst waren. Doch das am 11. April 1968 verübte Attentat auf Rudi, angeheizt durch die massiven bösartigen Angriffe in der Springerpresse, konnte dadurch nicht verhindert werden und wurde zur großen Zäsur in beider Leben. Die Schritte zurück in ein gemeinsames Leben werden einfühlsam und mitnehmend geschildert. Danach begann die Zeit des faktischen Exils der drei Dutschkes. Von Italien (Hans Werner Henze) ging es über die Schweiz nach London zu Erich Fried. Von dort ausgewiesen (!), fanden sie eine feste Bleibe in Dänemark, wo sie in Aarhus lebten. Gretchen hatte nun die Zeit, ihr Theologiestudium zu beenden und unterrichtete, wie auch Rudi, an der Universität in Aarhus, doch Panikanfälle als Folge des Attentats und der nachfolgenden Wirren zwangen sie zur Aufgabe der Lehre. Aber sie fand eine Anstellung am universitären Hygieneinstitut und begann sich mit Ernährungswissenschaft bzw. dem Verhältnis von Religion und Ernährung in ausgewählten Kulturen zu befassen. Besonders Indien hatte es ihr angetan. Kurz darauf starb Rudi am 24.12.1979 an den Spätfolgen des Attentats, erneut trat eine Zäsur in Gretchens Leben ein. Zeitweilige Arbeitslosigkeit und materielle Knappheit folgten auf dem Fuße. Über die Fragen von Ernährung und Grenzen des Wachstums war sie zur Umweltpolitik gelangt und hatte Rudi damit konfrontiert und interessiert. Dass er sich zu den noch nicht als Partei verbundenen Grünen hingezogen fühlte, verdankte sich nicht zuletzt ihrer praktischen und wissenschaftlichen Hinwendung zu diesem Problemkreis. Doch endete ihre ohnehin stets unterbrochene wissenschaftliche Lauf-

bahn in einer Sackgasse, und sie entschloss sich 1985 in die USA zurückzukehren. Von 1990 bis 1995 lebte sie in Hamburg, musste aus ausländerrechtlichen Gründen wieder in die USA migrieren. Seit 2009 lebt sie wieder in Berlin, wo sie mit Cornelia Dildei zusammentraf.

Der Band enthält zahlreiche Vertiefungen in Dialogform, zum Beispiel über die aktuelle Relevanz des Marxismus, die Befreiung der Dritten Welt, die theoretischen Positionen und Diskussionen innerhalb der „Achtundsechziger“ und zeigt, dass Gretchen Dutschke auch heute noch auf der Seite einer emanzipatorischen, ökologischen und freiheitlichen Linken steht. Dies hat sie in ihren Büchern über ihren Mann Rudi und über 1968 publizistisch untermauert. Von daher ist dieses Buch ein interessantes Dokument über ein Leben in einer Zeit der Kraftprobe zwischen Bewegung und Stillstand, zwischen einer durchaus starken und zu durchgreifenden Reformen (und mehr) bereiten Linken und einer Staats- und Polizeigewalt, die in Teilen Protest und Widerstand als Straftat verstand. Und es schildert eine Frau, die zu bescheiden für das Rampenlicht war und ist, aber mehr Aufmerksamkeit verdient hat.

Holger Czitrich-Stahl

Etta Grotrian: Barfuß oder Lackschuh? Geschichtswerkstätten und „neue Geschichtsbewegung“ in den 1980er-Jahren, www.epubli.de, Berlin 2023, 370 Seiten, 26 €. ISBN 978-3-7575-1249-1.

Zum ersten Geschichtsfest kommen 1984 in Berlin (West) 700 statt der erwarteten

500 TeilnehmerInnen zusammen. Das Geschichtsfest, das 1984 alternativ zum offiziellen Historikertag und danach noch in Hamburg (1985), Dortmund (1986), Hannover (1988), Bonn (1989) und nochmals in Hamburg (1990) stattfindet, ist ein Treffpunkt all derer, die sich in Geschichtswerkstätten und anderen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Vereinen für eine andere Geschichtsschreibung und -wissenschaft engagieren. Stichworte sind damals „Geschichte von unten“ oder auch „Barfußhistoriker“.

Etta Grotrian hat nun diese Bewegung, deren wissenschaftliche Aufarbeitung längst überfällig war, in ihrer 2020 an der FU Berlin abgegebenen Dissertation ausführlich untersucht und mit einem Online-Angebot verbunden.⁹ Die Geschichtswerkstätten waren eine Bewegung „von unten“, in der sich dissidente Experten und Expertinnen ebenso engagierten wie „LaiInnen“, die sich der Lokalgeschichte, der Frauengeschichte oder der Geschichte der lokalen NS-Herrschaft und -Verbrechen, und deren vergessener Opfer widmen wollten. Oral History und andere „Zeitzeugenprojekte“ waren seinerzeit eine beliebte und weitverbreitete, wenn auch dann einige Jahre später bereits kritisch betrachtete Methode. Die traditionell konservative Geschichtswissenschaft wurde kritisch gesehen, und der linksliberal/sozialdemokratischen Sozial- und Strukturgeschichte vorgeworfen, sie interessiere sich

⁹ Unter<https://refubium.fu-berlin.de/handle/fub188/37803> ist die im Druck sehr preiswerte Publikation auch Open Access zugänglich. Auf der Website <https://www.barfuss-oder-lackschuh.de> findet sich eine Liste aller Geschichtswerkstätten, deren Existenz Grotrian nachweisen konnte.

zu wenig für „normale“ Menschen, und wie diese, womöglich mit „Eigen-Sinn“ (Alf Lüdtké) ihren Alltag bewältigen.

Grotrian gliedert ihre Arbeit in drei bzw. fünf Kapitel: Einleitung, (drei) Fallbeispiele, und drittens Ergebnisse und Ausblick. Im ersten Kapitel skizziert sie die Geschichtskultur Ende der 1970er-, anfangs der 1980er-Jahre in Westdeutschland. Das Ende des Fortschrittsoptimismus und die damit zusammenhängende Existenz und Prägekraft der neuen sozialen Bewegungen habe Identitäts- und Traditionsfragen auf die Tagesordnung gesetzt, bis hin zu Fragen von Heimat und Provinz, die quer zu dichotomen klassischen Links-Rechts-Kategorien verhandelt worden seien, ja diese Kategorien in Frage gestellt hätten. Im zweiten Kapitel untersucht die Verfasserin dann drei aus der Vielzahl von Initiativen ausgewählte Beispiele auf je 70 Seiten sehr ausführlich: Den Verein für ein Museum der Arbeit in Hamburg, die Geschichtswerkstatt Berlin und den Arbeitskreis Regionalgeschichte in Konstanz (Bodensee). Zu diesen fand Grotrian einen umfangreichen Quellenbestand vor, alle drei gehören zu den frühen Gründungen und alle drei nahmen in den bundesweiten Debatten und Vernetzungsanstrengungen eine wichtige und erkennbare Rolle ein. Grotrian stellt die Aktivitäten und das Profil dieser drei ausführlich vor. Konnte in Hamburg erfolgreich als einzigem Ort in dieser Periode ein solches Museum neu gegründet und schließlich erst 1997 eröffnet werden, so spielte in Berlin Stadtteilgeschichte, und die Diskussionen um „Betroffenheit“ und Professionalisierung (und „Staatsknete“) eine wichtige Rolle. Konstanz repräsentiert

die „Provinz“, vor allem durch die dort durchgeführten Projekte und den darin verfolgten „Ansatz“, steht aber auch repräsentativ für die Debatte um das Verhältnis von Geschichtsinitiativen und Wissenschaft. Berlin und Konstanz waren zudem auch an der Gründung des bundesweiten Geschichtswerkstatt e. V. 1983 beteiligt.

Im letzten Kapitel werden, noch unter der Überschrift „Ergebnisse und Ausblick“ die komplexen Vorgänge rund um die Gründung des bundesweiten Vereins Geschichtswerkstatt e. V. und die Zeitschrift *Geschichtswerkstatt* und die daraus 1992 konflikthaft ausgegründete Werkstatt Geschichte geschildert.¹⁰ Hier kulminierten die Debatten um das Selbstverständnis und die Methoden der Geschichtswerkstätten. Unvermeidlich wurden dort auch die Debatten um Professionalisierung, Unabhängigkeit, Karrierismus oder Basisdemokratie versus Zentralismus geführt, die Grotrian auch skizziert. Die Geschichtsbewegung wurde auch aus der Wissenschaft heraus

¹⁰ *Geschichtswerkstatt* erschien von 1983 bis 2001, Werkstatt Geschichte seit 1992. *Werkstatt Geschichte* ist digitalisiert zugänglich, siehe <https://werkstattgeschichte.de/ausgaben/alle-ausgaben/>. Heute nahezu unbekannt ist die Zeitschrift (Monografische Reihe) *Ergebnisse: Zeitschrift für demokratische Geschichtswissenschaft* (1978-1990), die zuerst als *Hefte für historische Öffentlichkeit* erschien. Einer der damals Beteiligten, hat aus seiner Perspektive diese Geschichte viel später auch erzählt, vgl. Michael Wildt: Die große Geschichtswerkstattschlacht im Jahr 1992 oder: Wie Werkstatt Geschichte entstand, in *Werkstatt Geschichte*, Heft 50, 2009, S. 73-81, https://werkstattgeschichte.de/wp-content/uploads/2017/02/WG50_073-081_WILDT_GESCHICHTSWERKSTATT-SCHLACHT.pdf, Zugriff 21.7.2024.

gegründet und von Personen wie den ProfessorInnen Adelheid von Saldern, Alf Lüdtke oder Lutz Niethammer wohlwollend begleitet. Im Laufe der Jahre konnte nicht nur einzelne Akteure aus der jüngeren Generation (als Beispiele seien nur Thomas Lindenberger, Michael Wildt oder Klaus Schönberger genannt) akademische Karrieren begründen, wichtiger war, dass die Existenz der Geschichtsbewegung die Entwicklung der Disziplin (bis hin zu Museen) sehr wohl beeinflusste.

Für Grottrian profitierten die vielen Geschichtsinitiativen vom „Geschichtsboom“ jener Jahre, sie waren dessen Teil, und kritisierten ihn doch zugleich. Der durch die Geschichtsbewegung ausgelöste Streit habe zu einer Modernisierung der Geschichtswissenschaft geführt, auch wenn die Debatten damals erstaunlich scharf geführt worden seien. Theoretische und methodische Neuansätze seien eingeführt worden und die Debatte darüber, ob der Blick auf den Alltag die Strukturen vernachlässige, sei bis heute fruchtbar. Zu zwei seinerzeit heiß debattierten Themen kann sie Neuigkeiten zu Tage fördern. Zum einen sei die Frontstellung damals nicht zwischen universitären und nichtuniversitären AkteurInnen verlaufen, da viele der Aktiven selbst eine universitäre Ausbildung hatten, oder (prekär) an Universitäten arbeiteten: Auch Alltagsgeschichte brauche schließlich Theorie (S. 305). Und auch die weitverbreitete These, dass die Fraktion der Professionalisierer sich durchgesetzt habe, wie es die unübersichtlichen Vorgänge rund um die beiden Zeitschriften nahelegten, sei „nur zum Teil zutreffend“ (S. 298). Der Konflikt sei – innerhalb der Bewegung – auch ein

generationeller gewesen.

Grottrian hat ihre langjährige Forschung abschließen können und ein wichtiges Werk vorgelegt.¹¹ Sie kann zeigen, dass die Frontstellungen, wie sie oftmals nachträglich imaginiert werden, etwa hier demokratische Basisinitiativen, dort die bösen Akademiker, so nicht stimmen, es vielmehr in jenen Jahren eine unübersichtliche Gemengelage gab, und Organisierung und Vernetzung (in einer Zeit ohne Internet und Mobiltelefon) ein aufwendiger und ambivalenter Prozess war, in dem letztlich Struktur und Inhalt eng verwoben waren.

„Geschichte von unten“ ist nicht in den Kanon der Geschichtswissenschaft eingegangen, aber Alltagsgeschichte, feministische Geschichte und übergreifend „Public History“ gibt es heute sehr wohl.

Ein Personen- und Stichwortverzeichnis rundet das absolut lesenswerte Buch ab.

Bernd Hüttner

11 Weitere Beiträge sind zu erwarten. Die Dissertation von Lena Langensiepen (Titel: „Eine Geschichte für alle? Zivilgesellschaftliche Geschichtsinitiativen in Hamburg zwischen Stadtteilkultur und neuer Geschichtsbewegung in den 1980er und 1990er Jahren“) wird in der Reihe „Forum Zeitgeschichte“ der Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg 2024/25 im Wallstein Verlag, Göttingen erscheinen. Brigitta Bernet befasst sich an der Universität Zürich in ihrem aktuellen Forschungsprojekt mit dem Titel „Microstoria. Politik und Praxis eines historiographischen Aufbruchs in den 1960er und 70er Jahren“ mit „der Kritik und Erneuerung der Geschichtsschreibung in den 1960er und 70er Jahren“, <https://www.fsw.uzh.ch/de/personen-az/bernet.html>, (Zugriff 21.7.2024).

ARBEIT | BEWEGUNG | GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN



ARBEIT – BEWEGUNG

– **GESCHICHTE** widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement: (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de

www.arbeit-bewegung-geschichte.de • www.metropol-verlag.de